

SEDUTA n. 41 del 20.01.1995

Presidenza del Presidente Tretter

Ore 10.10

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Denicolò per il pomeriggio, Di Puppò, Feichter, Grandi, Holzer, Mayr, Willeit e Boldrini per il pomeriggio.

Diamo lettura del processo verbale della precedente seduta.

DIVINA: *(segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRESIDENTE: Chiedo al Capogruppo del SVP se era pronto a fare un nominativo per la sostituzione del cons. Frasnelli nella Commissione legislativa.

Viene rinviato.

Ci sono osservazioni in merito al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno.

Non essendo stata espressamente richiesta risposta scritta, l'interrogazione n. 14 deve essere trattata e chiederei al primo firmatario, cons. Holzmann, se la risposta che la Giunta regionale ha fornito per iscritto in data 29 aprile può evitare la discussione. Il cons. Holzmann non è presente, quindi il discorso è automatico, daremo risposta scritta e l'interrogante la proporrà nuovamente al Consiglio.

Abbiamo una interrogazione urgente, la interrogazione n. 16 della cons. Klotz. Dò lettura dell'interrogazione:

'Interrogazione urgente

In relazione all'Ufficio Traduzioni della Giunta regionale si pongono i seguenti quesiti:

corrisponde al vero che una dipendente di madrelingua tedesca in servizio per un anno presso il sopra citato ufficio sia passata alle dipendenze di un ufficio provinciale, perché riceveva troppo poco lavoro e perché non si sentiva sufficientemente impiegata in predetto ufficio'

Corrisponde al vero che gran parte del lavoro di traduzione viene svolto, anche attraverso incarichi, da uffici traduzione esterni, anche se i dipendenti dell'Ufficio traduzioni della Giunta non hanno sufficiente lavoro?

Si può escludere che sino ad ora molte traduzioni siano state assegnate ad esterni, onde affidare ad "amici" incarichi lucrativi e molto remunerativi?

Chi decide sull'eventuale affidamento di lavori ad esterni e determina quali lavori verranno svolti da uffici esterni all'amministrazione?

Quali uffici traduzione hanno ottenuto, nel corso degli ultimi tre anni, incarichi dalla Giunta regionale e quanto è stato speso complessivamente a tale scopo? Quanto ha percepito complessivamente ogni ufficio traduzione per il periodo sopra citato?

Intende illustrare l'interrogazione, cons. Klotz?

Ha 5 minuti a disposizione.

A lei la parola.

KLOTZ: Ganz kurz, Herr Präsident. Denn es sind hier eine Reihe sehr wichtiger Fragen gestellt worden. Diese Anfrage habe ich am 22. April 1994 eingebracht. Ich weiß schon, daß es nicht Ihre Schuld ist, daß sie erst jetzt behandelt wird, weil eben in diesem Regionalrat immer wieder andere Punkte vorgezogen worden sind.

Was den letzten Absatz anbelangt, also welche Übersetzungsbüros in den letzten drei Jahren Aufträge von der Regionalregierung erhalten und wieviel Geld dafür insgesamt ausgegeben wurde und wieviel jedes Übersetzungsbüro insgesamt in diesen Jahren kassiert hat, denke ich, daß es auch schriftlich eine Aufstellung gibt, eine Liste, um die ich ersuche, denn in diesem Jahr hat man dazu sicherlich nachprüfen können, ob die Punkte stimmen und wir auch entsprechend schriftliche Unterlagen gesammelt haben.

Ich bitte also um eine ausführliche Beantwortung der übrigen Fragen, die letzte wie gesagt, kann auch schriftlich mittels einer Liste beantwortet werden.

PRESIDENTE: La parola al Vicepresidente della Giunta Pahl.

PAHL: Geehrte Frau Abg. Dr. Klotz!

Wie Sie wissen, besteht in der Regionalverwaltung zunächst einmal nach außen hin gegenüber dem Bürger die Pflicht zur Zweisprachigkeit. Andererseits besteht für das Personal, das wir einstellen keine Verpflichtung, daß es automatisch zweisprachig ist, aber mit wenigen Ausnahmen. Schon aus diesem Grunde ist es in der Praxis nicht so leicht, daß Übersetzungsarbeiten, ob jetzt größeren oder kleineren Umfanges, vom eigenen Personal in jedem Fall gemacht werden können. Jetzt nur ein paar allgemeine Hinweise, die aus meiner eigenen Erfahrung stammen. In eigenen Büros werden Übersetzungen von den Büros selber gemacht, und zwar auch dann, wenn sie

textlich sehr schwierig sind. Das betrifft z.B. jenen Bereich wo ich selber zuständig bin, da weiß ich es eben, was die europäischen Angelegenheiten betrifft, wenn es also kleinere Texte sind. Text im Umfang von 10 bis 20 Seiten, auch wenn sie wissenschaftlicher Art sind, werden seit längerem d.h. seit ich für meinen Teil im Amt bin, selber gemacht. Wir haben einige Beamte, die zum Glück, muß ich sagen, perfekt zweisprachig sind, aber insgesamt sind es natürlich Einzelfälle und jetzt kommen die Schwierigkeiten.

Das Übersetzungsamt befindet sich in Trient und nicht in Bozen und so ist es für die Übersetzer nicht immer ganz leicht laufend mit den neuen Entwicklungen der deutschen Sprache bekannt zu werden, weil sie sich ja im italienischen Sprachmilieu aufhalten. Es gibt also in Einzelfällen durchaus einige Probleme bei Übersetzungen von Fachtermini, die in diesem oder jenem Fall etwas veraltet klingen, weil nicht eben immer die letzte sprachliche Entwicklung mitgemacht werden kann. Das ist natürlich eine objektive Schwierigkeit, sonst allgemein sind die Übersetzungen schon gut. Wenn es sich aber um Übersetzungen von großem Umfang handelt z.B. wenn es ganze Broschüren sind - also mit 50, 100, 150 Seiten, also großen Umfangs - dann ist das Übersetzungsbüro bei weitem nicht immer in der Lage diese Arbeit zu leisten und dafür habe ich Verständnis. Ich habe mich da ziemlich genau umgesehen. Ich bin da schon sehr kritisch. In solchen Fällen erteilt das Sekretariat des Präsidenten - also jetzt nicht ich persönlich, sondern das Sekretariat des Präsidenten - einen entsprechenden Auftrag und selbstverständlich ist da ausgeschlossen, daß irgendeine Übersetzungsfirma bevorzugt wird oder nicht. Das ist ausgeschlossen. Aber wie gesagt, das sind eigentlich Einzelfälle, wo es sich um umfangreiche Texte handelt. Das betrifft natürlich auch den Bereich vor allem der europäischen Angelegenheiten, weil hier die Region doch einige sehr wertvolle Texte zugänglich macht, meistens mindestens zweisprachig Deutsch-Italienisch, die sicherlich wert wären, größere Aufmerksamkeit zu finden.

Von wissenschaftlichen Stellen, den Universitäten und einschlägigen Forschungsinstituten werden solche Texte auch laufend angefordert. Sie werden in der Regel auch den Abgeordneten zugestellt aus der entscheidende Stelle, die die Aufträge erteilt. Das ist das Amt des Präsidenten, sofern nicht der Assessor eben intern einem perfekt zweisprachigen Beamten einen Auftrag erteilt. Wir haben aber mehrere solche, die dazu in der Lage sind z.B. ein Dr. Longo, der fließend Deutsch spricht, und zwar ein echtes Hochdeutsch, mit dem sich nicht jeder Deutsche messen kann, aber das sind natürlich Einzelfälle.

Um generell jetzt Frau Doktor, um generell diesen Mangel an Zweisprachigkeit, der de facto da ist in der Region abzuhefen, nehme ich an, daß bei der Gesetzesvorlage für die Neustrukturierung der Ämter auch ein Passus eingebaut wird, der beim Personal die Zweisprachigkeit fördert und für einige leitende Stellen sogar vorschreibt. Solche Überlegungen sind im Ausschuß bereits vor einem Monat bei einer Sondersitzung gemacht worden. Es ist aber noch keine Entscheidung gefallen. Wir sind uns aber bewußt, daß eine möglichst perfekte Zweisprachigkeit sämtlicher Ämter auf Dauer längerfristig - denn so schnell geht es nicht - für die Region selbstverständlich werden muß. Wenn wir künftig von einer Europaregion Tirol sprechen wollen, dann

gehört ein zweisprachiger Dienst nicht nur nach außen, sondern auch intern einfach zu einer selbstverständlichen politischen Aufgabe.

Ich habe die Erfahrung gemacht, die mich sehr überrascht hat, daß nicht wenige deutsche Stellen aus Südtirol auch Institutionen wie z.B. Gemeindenverband und andere, die an sich schon Deutsch können, weil sie Deutsche sind zum größeren Teil, daß auch diese italienische Schreiben an die Region richten, und ich habe dann mehrmals bereits im April und Mai in Pressestellungennahmen alle Bürger in Südtirol und öffentlichen Institutionen aufgerufen sich der deutschen Sprache zu bedienen. Sie werden dann auch in der gleichen Sprache die Antwort erhalten und das trifft auch zu, auch wenn das für das Übersetzungsbüro mehr Arbeit macht. Es muß eine Selbstverständlichkeit sein. Nur müssen dann die Südtiroler selber die Freundlichkeit haben in deutscher Sprache an die Region zu schreiben und ich habe öfters schon Schreiben von Südtirolern natürlich auch in italienischer Sprache angenommen, das versteht sich, aber sie wissen lassen, daß sie sich schon der deutschen Sprache bedienen dürfen und sollen, und dann hat sich das auch mehrfach geändert.

Jetzt habe ich hier, Frau Doktor, eine Aufstellung, welche Übersetzungsarbeiten nach außen gegangen sind. Ich kann Sie Ihnen kurz wiedergeben, aber ich denke, wir würden sie Ihnen dann auch zustellen, weil es sonst nicht so leicht zu merken ist.

Im Jahre 1991, ist hier angegeben - ich erwähne sie nur ganz kurz - Studio Glorietti, Traduzioni di Trento, sind zwei größere Arbeiten um 8,3 Millionen vergeben worden; Candotti Roberto, Traduzioni, in Bozen 900.000.- plus 18 Millionen. Die ganz genauen Zahlen sehen Sie auf dieser Liste. Studio Thomann, Übersetzungen in Bozen, hat im Jahre 1991 nichts bekommen, aber früher einmal - das sind insgesamt 27 Millionen. Dann weitere Übersetzungsarbeiten sind ergangen wiederum an das Studio Glorietti, Studio di Traduzioni riuniti in Trient; dann eines nach Triest sogar, das war eine Facharbeit für 4 Millionen; die anderen zwei Arbeiten waren 16, 35, und 24 Millionen bzw. 4 Millionen. Dann eine weitere Arbeit ebenfalls nach Triest um 4 und 6 Millionen und dann eine nach Bozen, Candotti Roberto, Traduzioni, 17 Millionen und 1 Million und dann mehrere private um 6, um 1 und um 10 Millionen - insgesamt 134 Millionen 200 Tausend, und dann noch einige, Candotti Roberto, Traduzioni, 20 Millionen und 17 Millionen, in Bozen. Wiederum das Studio Glorietti in Trient um 4,8 Millionen und Studio di Traduzioni riuniti in Trient um 80 Millionen. Insgesamt wiederum 44 Millionen.

Diese Liste lasse ich Ihnen auch gleich ablichten. Das heißt, Sie sehen also, daß Übersetzung sowohl nach Trient als auch nach Bozen gehen und in zwei Fällen sogar nach Triest. In jedem Fall handelt es sich um längere Arbeiten, aber das betrifft eher die Vergangenheit. In letzter Zeit haben wir solche Arbeiten viel weniger nach außen gegeben als bisher und wir mußten dann etwas länger auf die Übersetzung warten, damit sie im eigenen Haus gemacht werden konnte. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Qualität besonders z.B. vom Herrn Übersetzer Dr. Longo, der ist eigentlich nicht Übersetzer von Beruf, sondern er ist in der Abteilung für europäische Angelegenheiten tätig, ausgezeichnet ist, und z.B. auch eine Studie des Genueser

Professors - mir fällt der Name jetzt nicht ein - über die Toponomastik, die er übersetzt hat, ist auch zugänglich, wenn sie sie in deutscher Sprache wollen.

Das heißt wir haben bei der Ausweisung der Gelder, die durch den Regionalausschuß bereitgestellt werden müssen, in letzter Zeit, das heißt seit der neue Ausschuß seit dem 30. März im Amt ist, auf Sparsamkeit geachtet und das ist ein Auftrag, der natürlich für die ganze Legislatur gilt.

Ich habe mich erkundigt, weil es eine Angelegenheit ist, die mich natürlich interessiert, als Vertreter der deutschen Bevölkerung versteht sich, und auch weil es indirekt mein Assessorat betrifft. Von seiten der betreffenden Angestellten wurde diese Feststellung bestätigt, von seiten der deutschen Angestellten. Von seiten der Angestellten des betreffenden Amtes nicht. Es ist also ein Beweis im strengen Sinne schwer zu liefern. Hier steht eine Behauptung gegen die andere und es war uns nicht möglich der Wahrheit ganz genau auf den Grund zu gehen bzw. sie zu erfahren. Sicher ist - ich sage nur, es gibt zwei verschiedene Aussagen und somit muß ich es jedem einzelnen überlassen, wo er glaubt, daß die Wahrheit eher liegt - sicher ist und das bezieht sich aber auf die Vergangenheit nicht auf diese Legislatur, daß wenn es ein solches Vorkommnis gegeben haben sollte, seit dem Amtsantritt dieser Regionalregierung ein solches Vorkommnis nicht mehr gegeben war und ich würde es sicherlich auch für die Zukunft ausschließen, aber das ändert nichts daran, daß wir in diesen Fragen sehr sehr aufmerksam sein müssen, und wenn es irgend Hinweise zu einer Klage geben sollte, ob Vergangenheit oder die Zukunft betreffend, so sind wir froh, wenn wir einen Hinweis bekommen, weil es auch dem Regionalausschuß nicht möglich ist jedes einzelne Amt in allen einzelnen Teilen genau jetzt zu kontrollieren. Die Kontrolle gibt es. Aber für Einzelheiten muß man natürlich auch notfalls einen Hinweis erhalten.

Im Augenblick kann ich sagen, daß das Übersetzungsbüro schon sehr darauf bedacht ist, die Arbeiten so gut wie möglich zu verteilen und aufgrund der Bedeutung, die der Ausschuß der Zweisprachigkeit seit seinem Amtsantritt gibt, ist das Übersetzungsbüro auch tatsächlich nicht nur irgendwie ausgelastet, sondern meistens sogar etwas überlastet. Wir ziehen es auch immer herbei, wenn gewisse Veranstaltungen stattfinden, von denen wir ausdrücklich wünschen, daß sie zweisprachig sind, damit keine Unterbewertung der einen oder anderen Sprache entsteht. Also konkret in der Praxis der deutschen Sprache.

So hoffe ich Ihre Antwort vielleicht mehr oder weniger befriedigend beantwortet zu haben. Ich versichere Sie jedenfalls, daß das Bestreben des Ausschusses ist, hier so rasch wie möglich Fortschritte zu machen, um ein deutliches Zeichen nach außen zu setzen gegenüber der deutschen und auch gegenüber der italienischen Bevölkerung.

Vielleicht darf ich auch darauf verweisen, daß es keine Selbstverständlichkeit ist, daß der Präsident des Regionalausschusses, Herr Dr. Tarcisio Grandi - er ist heute in Brüssel beim Rat der Regionen Europas und kann also nicht hier sein -, daß er aus eigener Initiative und niemand hätte ihn dazu zwingen können in sehr kurzer Zeit die deutsche Sprache gelernt hat, obwohl er nicht viel Freizeit hat und daß

jeder deutsche Abgeordnete sich heute problemlos bereits in deutscher Sprache mit ihm unterhalten kann, auch wenn er jetzt im Augenblick noch zum Teil italienisch antwortet, aber er hat bereits ein ziemlich vollkommenes Verständnis der deutschen Sprache in Wort und Schrift. Somit ist jeder eingeladen auch diese Möglichkeit mit ihm in Anspruch zu nehmen. Er ist froh. Auch damit wollte der Präsident ein persönliches Zeichen nach außen setzen in welcher Weise er die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit der Region hervorheben will. Danke schön.

PRESIDENTE: Intende replicare, cons. Klotz? Ne ha facoltà.

KLOTZ: Die Antwort war sehr ausführlich, teilweise sibyllinisch, denn die Frage 1 - aber ich weiß was ich davon zu halten habe und ich weiß also, daß es stimmt - die Frage hatte gelautet: Stimmt es, daß eine Angestellte deutscher Muttersprache, welche ein Jahr lang im erwähnten Amt, also Übersetzungsamt, der Regionalregierung tätig war, in den Landesdienst Südtirol übergewechselt ist, weil sie zu wenig Arbeit bekam und sie sich unterbeschäftigt fühlte. Vizepräsident Pahl sagt die Betroffene bestätigt das. Nun gehe ich davon aus, daß die Betroffene selbst am besten weiß aus welchen Gründen sie weggegangen ist und daß selbstverständlich das Amt das nicht zugibt, das ist mir schon klar. Denn welches Licht wirft es auf dieses Amt oder die damals Verantwortlichen.

Wir haben nun gehört, daß sich die Regionalregierung verpflichtet dafür zu sorgen und strengstens zu achten, daß solche Fälle nicht vorkommen, denn das ist eine verantwortungslose Verschwendung von Steuergeldern. Leute aufzunehmen auch im Übersetzungsamt und sie dann mehr oder weniger unterzubeschäftigen. Das ist ganz einfach nicht vereinbar mit den primitivsten Regeln einer Wirtschaftlichkeit, aber auch von der Tatsache her, daß man die Arbeiten möglichst in diesem eigens dafür geschaffenen Amt ausführen lassen soll. Ich nehme die Liste sehr gerne entgegen, denn eine der anderen wesentlichen Fragen war, ob man ausschließen kann, daß bisher viele Übersetzungsarbeiten nach außen vergeben worden sind, um Freunden unter Anführungszeichen lukrative Aufträge zu erteilen, an denen sie sehr gut verdienen. Es ist mir schon klar, daß möglicherweise die heutigen Regionalregierungsmitglieder nicht wissen, wer die Freunde der alten Regionalregierungsmitglieder waren und von daher vielleicht die Antwort schwierig ist, aber ich bin zufrieden, wenn diese Anfrage bewirkt hat, daß man gerade in diesem Bereich nach dem Rechten sieht, und ich würde vor allen Dingen die deutschen Mitglieder der Regionalregierung auffordern darauf zu achten, daß wirklich hier das Recht auf die deutsche Muttersprache ernst genommen wird, denn auch wenn davon die Rede ist, daß man sich bemühen will und ich auch sage meines Erachtens oder für mich soll die Region keine Dauereinrichtung werden, ist die Tatsache gegeben, daß 40 Jahre vergangen sind und daß man in diesen 40 Jahren bereits diesem Recht auf die Verwendung der deutschen Muttersprache hätte gerecht werden müssen.

Also das ist eine unverzeihliche Unterlassung und Säumigkeit derjenigen, die eben bis daher die Verantwortung getragen haben. Also aus diesem Grund können Sie sicher sein, daß wir hier jedes Detail, das uns bekannt werden sollte, anprangern werden und insofern die Regionalregierung insgesamt, aber vor allen Dingen

Vizepräsidenten Pahl und Regionalregierungsmitglied Messner auffordern, hier nach dem Rechten zu sehen und von Amts wegen einzuschreiten, wenn es hier Mißbrauch oder Mißstände geben sollte, auch in Zukunft.

PRESIDENTE: Passiamo all'interrogazione n. 18, a firma della cons. Klotz, di cui dò lettura:

'Interrogazione

Non solo su alcuni cartelli indicatori siti su tratti autostradali dell'Alto Adige, bensì anche sulle ricevute di pagamento manca la dicitura in lingua tedesca della denominazione italiana "Autostrada del Brennero", invece sempre presente (v. fac simile allegato).

Anche altre denominazioni e riferimenti sono presenti esclusivamente in lingua italiana, come ad esempio "Bolzano Nord", "Bolzano Sud" etc...

Perché non viene utilizzata ovunque la dizione in lingua tedesca?

La società "Autostrada del Brennero" non deve attenersi all'obbligo del bilinguismo?

Se tale obbligo esiste, perché non viene coerentemente osservato?'

La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Ich habe hier einen solchen Beleg beigelegt. Die Anfrage geht zurück auf den 5. Mai 1994 und betrifft die mangelnde Zweisprachigkeit auf Hinweistafeln der Brennerautobahn in Südtirol, und hier also auch zusätzlich noch als Muster der Zahlungsbeleg. Es fehlen viele Bezeichnungen in deutscher Sprache. Warum werden hier diese deutschen Bezeichnungen nicht verwendet? Braucht sich die Brennerautobahn-Gesellschaft nicht an die Zweisprachigkeitspflicht zu halten? Wenn die Pflicht besteht auch für die Brennerautobahn-Gesellschaft, warum hält sie sich dann nicht konsequent daran?

Ich möchte auch Auskunft darüber, ob vielleicht in diesem Jahr, seitdem diese Anfrage nun vorliegt, irgendwas hier unternommen worden ist?

PRESIDENTE: La Giunta intende intervenire?

La parola al Vicepresidente Pahl.

PAHL: Frau Abg. Dr. Klotz, der Regionalausschuß bedankt sich für diesen Hinweis betreffend die Brennerautobahn. Der Ausschuß, und zwar der Herr Präsident hat umgehend auf Ihre Anfrage hin an den Präsidenten der Brennerautobahn geschrieben, an Dr. Ferdinand Willeit und hat folgende Antwort erhalten, in italienischer Sprache. Ich fasse sie nur in Deutsch kurz zusammen. Ich sage jetzt, was er sagt und dann sage ich, was der Ausschuß sagt, was nicht ganz identisch ist. Der Herr Präsident Dr. Willeit antwortet zunächst einmal, daß der Begriff "Autostrada del Brennero" nicht übersetzbar ist - also nicht übersetzt werden kann, weil er ein Eigenname der Gesellschaft ist. Also

in der Antwort heißt es wörtlich: L'art. 1 dello Statuto della Società recita: è costituita una società per azioni denominata Società per azioni Autostrada del Brennero, nome proprio di società e pertanto non traducibile.

Zweitens sagt er, daß die anderen Teile bei den Tickets und zwar bei dem Ticket, das man am Anfang bekommt, wenn man einfährt, und bei der Bezahlung zweisprachig sind, daß er bedauert, daß ein Teil, Frau Doktor, er bedauert, daß ein Teil nicht zweisprachig ist, bedankt sich ausdrücklich für den Hinweis - nel ringraziare della segnalazione -, und er hat Anweisung erteilt, daß das jetzt dann wohl umgehend vollkommen und nicht nur teilweise zweisprachig sein soll. Ich weiß jetzt nicht, ob das schon erfolgt ist oder nicht, weil ich es nicht kontrolliert habe. Das ist die Antwort des Herrn Präsidenten der Brennerautobahn.

Jetzt folgendes, was die Haltung des Regionalausschusses betrifft: Zunächst einmal zur Feststellung des Herrn Präsidenten Willeit, daß der Begriff "Autostrada del Brennero" ein Eigenname ist und nicht übersetzbar. Es ist zwar ein Eigenname der Gesellschaft gemäß Artikel 1 des Statuts, aber ich darf darauf verweisen, daß in Regionalgesetzen in einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen nicht nur der Begriff "Autostrada del Brennero" aufscheint im italienischen Teil natürlich, sondern im deutschen Teil des Gesetzes, der den gleichen Wert hat, natürlich steht "Brennerautobahn-Gesellschaft". Das heißt, der Regionalrat von Trentino-Südtirol - und das ist mehr als die Brennerautobahn in diesem Fall, weil wir gesetzgebende Körperschaft sind und nicht bloß Verwaltung - hat in diesem Fall eine zweisprachige Version eingeführt. Also ist sie verpflichtend und sie ist darum von jeder Körperschaft, von jeder Institution gegenüber dem Bürger und bei Straßenbeschilderungen zu gebrauchen. Zu meinem Bedauern gibt es an der Grenze am Brenner ein Schild, das die Zweisprachigkeit nicht respektiert. Aus der Sicht des Ausschusses ist das illegal. Die Brennerautobahn ist auf diesen Umstand bereits aufmerksam gemacht worden in der Zeit vor Amtsantritt des jetzigen Präsidenten Willeit und sie hat bereits damals erklärt das gleiche was Dr. Willeit jetzt sagt, daß das ein Eigenname sei und also nicht übersetzbar.

Es dürfte der Brennerautobahn, zumindest einigen Vertretern der Brennerautobahn-Gesellschaft aber doch bekannt sein, daß der Name Brenner eine deutsche historische Bezeichnung ist und also mit guten Fug und Recht auch so gebraucht werden muß, wenn es um die Bürger der deutschen Sprache geht. Das heißt der Regionalausschuß verzichtet also nicht darauf, diese Übersetzung zu fordern. Wie Sie sich vielleicht noch erinnern, gab es vor Jahren auch keine zweisprachigen Tickets bei der Einfahrt der Autobahn. Wenn ich es vielleicht erwähnen darf. Ich habe damals im Landtag von Südtirol eine entsprechende Eingabe gemacht und die Zweisprachigkeit gefordert und diese ist dann auch durchgeführt worden. Bei den Tickets ist es jetzt zweisprachig. Ich hoffe also, daß die Brennerautobahn Gesellschaft umgehend dieser gesetzlichen Verpflichtung voll nachkommt und nicht nur teilweise, weil sonst überlegt werden müßte, welche weiteren Maßnahmen hier einzuleiten wären, um die Respektierung dieser gesetzlichen Vorschrift sicherzustellen. Danke schön.

PRESIDENTE: La parola alla collega Klotz per la replica.

KLOTZ: Genau dies ist der Kernpunkt dieser ganzen Angelegenheit, wenn der Vizepräsident sagt, der Regionalausschuß verzichtet nicht darauf, daß gleichwertig die Bezeichnung Brennerautobahn verwendet wird. Das bedeutet für mich noch lange nicht, daß hier konkret etwas unternommen wird und das ist der springende Punkt. Also meines Erachtens genügt hier nicht die Hoffnung, daß diese Brennerautobahn-Gesellschaft ihren Pflichten nachkommt, sondern da besteht eiligst Handlungsbedarf. Ich möchte wiederum vor allen Dingen die Südtiroler Vertreter in der Regionalregierung inständig auffordern, konkret etwas zu unternehmen.

Darf ich vor allen Dingen auf ein Kuriosum hinweisen, nämlich weshalb der deutschsprachige Präsident der Brennerautobahn-Gesellschaft dem Präsidenten der Regionalregierung, in der immerhin die Südtiroler vertreten sind, die Antwort auf Italienisch schickt. Das kann ich nicht verstehen und so etwas kann ich auch nicht... ..Danke. Ob hier die Antwort auf Italienisch gefordert worden ist? Eben nicht. Infolgedessen handelt es sich hier schon um eine selbstverschuldete Vernachlässigung, um ein Selbstverschulden. Dann wundert mich allerdings nicht sehr, daß man bei dieser Brennerautobahn-Gesellschaft auf die Einhaltung der Zweisprachigkeitspflicht nicht sehr viel gibt. Aber ganz konkret - und das ist eine sehr ernste Angelegenheiten -, daß die Bezeichnung "Autostrada del Brennero" nicht übersetzbar sein soll, das ist wohl doch ein Witz. Ein schlechter Witz und ich würde hier sagen, da dürften wir keinen Augenblick zögern etwas zu unternehmen und mit aller Schärfe dahinterzugehen. Was soll das? Lassen wir uns alle hier auf den Arm nehmen. Gibt es die Bezeichnung Autobahn vielleicht nicht? Gibt es die Bezeichnung "Brennerautobahn" vielleicht auch nicht? Gibt es vielleicht sogar die Bezeichnung Brenner nicht? Hier lassen wir uns doch alle sehr sehr schön an der Nase herumführen, meines Erachtens. Und dann also auch der Name Bolzano. Gibt es die Bezeichnung Bozen nicht? Bitte, Mitglieder der Regionalregierung, teilt das dem Präsidenten der Brennerautobahn-Gesellschaft mit.

Ich habe nicht gewußt, daß es hier in so gravierender Weise fehlt. Ich habe mir gedacht, ja vielleicht ist das eine gewisse Gleichgültigkeit, vielleicht ist es gewisse Ignoranz, aber das ist doch mehr als eine Ignoranz . So etwas dürfen wir einfach nicht durchgehen lassen, zumal ja die Regionalregierung Teilhaberin oder Mitinhaberin dieser Gesellschaft ist, und die Regionalregierung ist zur Zweisprachigkeit verpflichtet. Die Region ist eine zweisprachige Institution. Infolgedessen wird sich schon auch die Brennerautobahn-Gesellschaft an gewisse Regeln zu halten haben und nicht so lapidar uns damit abspeisen, daß diese Bezeichnung "Autostrada del Brennero" nicht übersetzbar ist. Also so bitte nicht. Sehen Sie hier, schauen Sie hier nach dem Rechten, aber bitte sofort ohne den Umweg langer Hoffnungen zuerst zu gehen.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Damit hätten wir diese Anfrage abgeschlossen.

Ich bitte die Abgeordneten die Telefone nicht im Saal zu benützen...
Prego Consiglieri.

Wir kommen zur nächsten Anfrage Passerini. Moment bitte. Wir haben jetzt eine Anfrage zum Thema Ruanda - eingebracht von Passerini, Arena, Benedetti, Chiodi, De Stefani, Gasperotti, Pinter, und haben dann auf der Tagesordnung einen Beschlußantrag, den Beschlußantrag Nr. 14 - ebenfalls eingebracht von Passerini, Alessandrini, Arena, Benedetti, Chiodi, De Stefani, Gasperotti und Pinter, immer zum Thema "Initiativen für die Flüchtlinge aus Ruanda". Ich würde jetzt vorschlagen, daß wir die beiden Themen zusammennehmen, wie von der Geschäftsordnung vorgesehen und daß wir eine gemeinsame Diskussion zum Thema machen. Anfrage und Beschlußantrag, und dann stimmen wir natürlicherweise ab über den Beschlußantrag.

Bitte. Zur Prozedur?

PASSERINI: Signor Presidente, La prego di considerare ritirata la mozione n. 14.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Dann wird der Beschlußantrag zurückgezogen. Dann bitte ich Sie jetzt - wenn Sie wollen, lese ich es - sonst bitte ich Sie, die Anfrage zu lesen. Haben Sie den Text. Die Anfrage Nr. 26.

Bitte

PASSERINI: E' una interrogazione del 1 agosto, siamo un po' in ritardo.

Interrogazione urgente n. 26/XI[^]

INTERVENTI A FAVORE DEI PROFUGHI DEL RWANDA

Esattamente due mesi fa, l'1 giugno, i sottoscritti consiglieri regionali presentavano una mozione al Presidente del Consiglio regionale che sollecitava interventi urgenti a favore delle popolazioni fuggite dal Rwanda.

L'andamento dei lavori del Consiglio regionale ha impedito che la mozione, posta all'ordine del giorno, venisse trattata prima delle ferie estive. In questi due mesi, però, la situazione dei profughi di quel martoriato Paese è andata via via peggiorando assumendo toni di una tragedia senza fine che ogni giorno interroga le nostre coscienze.

Gli appelli per immediati aiuti ai profughi si susseguono ed anche la nostra Regione non può rimanere assente, tanto più che essa si è dotata di una legge (la n. 11 del 30 maggio 1993) che prevede proprio "interventi a favore di popolazioni di stati extracomunitari colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali". Per questi interventi la Regione ha destinato quest'anno 2 miliardi e mezzo. Con la mozione presentata l'1 giugno scorso si chiedeva un intervento immediato tramite progetti definiti e concordati con le Organizzazioni non governative, le più affidabili fra quante operano in Rwanda. Si chiedeva altresì di seguire con particolare attenzione l'attuazione dei suddetti interventi al fine di evitare l'utilizzo distorto o inefficace dei fondi, informando puntualmente di ciò il Consiglio regionale.

Da notizie giornalistiche sappiamo che successivamente la Giunta regionale ha manifestato l'intenzione di attuare questi interventi a favore dei profughi del Rwanda ma nessuna delibera nel frattempo risulta essere stata approvata.

Tanto premesso, e considerata l'inopportunità di attendere l'autunno per prendere in considerazione l'eventualità di un intervento sollecitato con la mozione dell'1 giugno,

si interroga
il Presidente della Giunta regionale
per sapere:

1. se la Giunta regionale ha preso in considerazione l'invito per un intervento urgente a favore dei profughi del Rwanda;
2. se e con quali Organizzazioni sono stati presi gli opportuni contratti per far sì che l'eventuale intervento sia ispirato a criteri di trasparenza, rapidità ed efficacia.

PRÄSIDENT: Ich bitte Sie jetzt um die Erläuterung. Può fare la Sua relazione.

PASSERINI: Brevemente. E' chiaro che ci riferiamo ad una questione che era all'attenzione dell'opinione pubblica quasi un anno fa, ciò nonostante la questione, per il fatto che non ne parlano i giornali, non è tramontata e non ha perso la sua drammaticità e la sua attualità. Non mi soffermo più di tanto sulla questione, nel frattempo c'è stata una risposta scritta da parte del Presidente della Giunta regionale, però la risposta scritta era datata 12 agosto 1994 e annunciava degli interventi. A questo punto, senza dilungarmi oltre, vorrei chiedere al Presidente se gli interventi annunciati nella risposta sono stati attuati, in quale misura e se si sa dove sono finiti gli eventuali soldi stanziati.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Passerini.

Ich gebe das Wort an den Vizepräsidenten Pahl zur Beantwortung.

PAHL: Geehrter Abg. Passerini und Mitunterzeichner!

Der Regionalausschuß bedankt sich bei Ihnen dafür, daß Sie für diese bedeutsame humanitäre Frage schon vor Monaten erhebliches Interesse gezeigt haben und uns den Vorschlag gemacht haben, einen Beitrag auszuweisen. Etwa gleichzeitig mit Ihrer Anfrage hat der Regionalausschuß beschlossen einen Beitrag für Ruanda auszuweisen. Ich war selbst beim Internationalen Roten Kreuz in Genf bei der zuständigen Abteilungsleiterin, die verantwortlich ist für das Horn von Afrika, wo auch Ruanda miteinbezogen ist, und wir haben uns ausführlich unterhalten über die besten Möglichkeiten von seiten der Region für eine schnelle Hilfe. Das Internationale Rote Kreuz hat genau geschildert, in welcher Weise seinerseits Initiativen im Gange sind, hat auch mitgeteilt welche Staaten sich beteiligen, unter anderem Italien, wurde damals gesagt, mit etwa 3 Milliarden Lire. Inzwischen kann es auch mehr sein, da bin ich nicht unterrichtet. Dieses Gespräch hat stattgefunden in Genf, Mitte Juni war ich dort, denn

bevor ich solche Vorschläge im Regionalausschuß mache, pflege ich mich vorher zu interessieren und einen Vorschlag vorzulegen, der auch sofort exekutierbar ist.

Wir haben dann am 12. August beschlossen, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, einen Beitrag an das Internationale Rote Kreuz zu geben, und zwar von 50 Millionen Lire. Damals war die Lire noch etwas mehr wert als heute. Und dann haben wir ebenfalls nach Kontaktnahme, und zwar via Telefax und Telefon mit dem Präsidenten der ruandesischen katholischen Caritas, Perdecomp heißt er, ein Franzose, ebenfalls beschlossen, einen zweiten Beitrag auszuweisen, direkt für die ruandesische katholische Caritas, die aus Kriegsgründen damals ihren Sitz noch in Bujumbura hatte und jetzt wieder in Kigali ist. Und wir haben einen weiteren Beitrag von 50 Millionen ausgewiesen, also insgesamt zweimal 50 Millionen, 100 Millionen für Ruanda. Der Beschluß vom 12. August war dann zu unserem großen Bedauern nicht sofort exekutierbar, weil dieser Beschluß an den Rechnungshof ging. Dieser befand sich einige Wochen im Urlaub und hat dann erst am letzten möglichen Tag der Frist geantwortet. Hätte er sich etwas mehr beeilt, dann wäre das Geld schneller angekommen und noch mehr wert gewesen. Aber das ist nicht unsere Schuld.

Inzwischen ist das Geld, ich glaube Mitte Oktober - ich habe das genau selbst kontrolliert, denn diese Dinge kontrolliere ich alle selber bis ins letzte Detail, damit ich auch weiß, was geschieht und was nicht geschieht - überwiesen worden, vom Roten Kreuz ist auch längst die schriftliche Antwort und der Dank da, und jetzt erwarten wir vom Roten Kreuz wie vereinbart einen kurzen Bericht über den Einsatz dieses Geldes. Es ist längst eingesetzt worden im Rahmen einer größeren Maßnahme natürlich. Denn wir verlangen bei solchen Dingen eine direkte Rechnungslegung und das haben wir neu eingeführt, das gab es früher nicht. Früher wurden mit Regionalgesetzen Beiträge überwiesen und kein Mensch hat mehr gefragt. Auch niemand im Regionalrat in früheren Legislaturen und wir haben die strenge Rechnungslegung über den ganzen Betrag eingeführt. In diesem Fall gibt das Internationale Rote Kreuz bzw. dann umgehend auch Caritas Ruanda einen entsprechenden Bericht. Mein Versuch mit der Caritas Ruanda jetzt in Kigali Kontakt aufzunehmen ist aus technischen Gründen gescheitert. Die Telefonlinien sind meistens unterbrochen und die Zentrale ist eben nicht mehr in Bujumbura, wo es sehr leicht war einen Telefax zu schicken und zu telefonieren. In Kigali ist es äußerst schwer wegen technischer Umstände, aber ich hoffe, daß sich das bessert und daß wir dann auch genaueres erfahren über den Einsatz. Sollte sich die Möglichkeit oder auch die Bereitschaft würde ich sagen des Regionalrates ergeben, daß hier der Wunsch ausgesprochen wird, daß eine weitere Hilfe in diesem Bereich erfolgt, so haben wir diese Möglichkeit selbstverständlich.

Wie gesagt, Ihre Anfrage Herr Abgeordneter und die Ihrer Kollegen hat sicherlich auch unsere Aktion beschleunigt. Wir haben als Regionalausschuß zwar sicherlich ein großes Interesse und auch ein entsprechendes Empfinden, aber Ihre Initiative hat unsere eigene Initiative ganz sicherlich noch intensiviert und dafür bedanken wir uns.

Es hat auch das Präsidium des Regionalrates seinerseits, und zwar bereits vor der Aktion des Regionalausschusses eine Initiative gesetzt, die von größtem

Interesse ist. Ich glaube auch für den Regionalrat würde ich den Herrn Vizepräsidenten Dr. Peterlini, der hier Initiator ist, bitten, kurz etwas dazu zu sagen, auch wenn es sich hier nicht um Gelder des Regionalausschusses handelt, also der Region, sondern der Bevölkerung, aber ich glaube, es ist hier von großem Interesse, daß auch die Bevölkerung durch eine Mitteilung an den Regionalrat davon erfährt, wenn der Herr Vizepräsident Peterlini einverstanden ist.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Pahl.

Der Herr Passerini hat genickt, daß es ihn interessiert, dann nehme ich das einmal kurz vorweg.

Ich möchte auch den Einbringern Passerini, Arena, Benedetti, Chiodi, De Stefani, Gasperotti und Pinter recht herzlich danken für die Sensibilität, die sie gezeigt haben und die mit Anlaß dazu waren, daß die Initiativen des Ausschusses ergriffen worden sind und natürlicherweise, daß auch der Regionalrat für seinen Teil aktiv geworden ist. Wir haben keine eigenen Geldmittel zur Verfügung und haben uns deshalb darauf konzentriert einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen und die Bevölkerung gebeten, mit Spenden mitbeizutragen zu den Bemühungen, die die Region über ihre eigenen Geldmittel des Ausschusses unternimmt, und dieser Aufruf ist recht erfolgreich aufgenommen worden. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, der Bevölkerung von Südtirol und vom Trentino recht herzlich zu danken. Es sind insgesamt 700 Millionen Lire gesammelt worden - rund 700 Millionen Lire und zwar etwa 500 Millionen in Südtirol und etwa 200 Millionen im Trentino. Wir werden die genauen Zahlen bekanntgeben, nächste Woche am Freitag bei einer Pressekonferenz, bei der auch die Zweckbestimmung der weiteren Geldmittel bekanntgegeben wird.

Kurz vorweg folgendes: Nach dieser Soforthilfe, die in enger Absprache mit dem Vizepräsidenten Pahl erfolgt ist über, wie gesagt, das Internationale Rote Kreuz und die Caritas Ruanda mit Sitz in Burundi, haben wir uns dann umgeschaut, ob wir nicht etwas stabiles, etwas endgültiges für Ruanda bauen könnten. Die Zielsetzung und der Aufruf war vor allem für die ruandesischen Flüchtlingskinder und wir haben dabei dann nach verschiedenen Kontakten mit der Caritas hier vor Ort und verschiedenen Kontakt mit den Hilfsorganisationen neulich im Präsidium beschlossen, zwei Träger mit diesem Vorhaben zu betrauen, und zwar das Internationale Kinderdorf, das in Ruanda eine Reihe von Projekten eben für Kinder bereits verwirklicht hat, und die Institution von Padre Lombardi, der uns auch geholfen hat beim Aufruf und der hier im Trentino und in Südtirol war, und zwar zusammen mit den Kindern des ex-Präsidenten Habjarimana, der ein Behindertenheim und eine -werkstätte sowie ein Hospital in Ruanda vorher schon hatte und jetzt wieder aufbauen möchte. Das sind die Zielsetzungen. Wir möchten dann mit dem Betroffenen selber die Details, wie gesagt, auf der Pressekonferenz am Freitag bekanntgeben und ich glaube damit einen kleinen Beitrag dazu geleistet zu haben.

Ich gebe jetzt das Wort dem Abg. Passerini für seine Replik.

PASSERINI: Grazie, signor Presidente. Prendo atto con soddisfazione della risposta del Vicepresidente Pahl, che ci ha anche assicurato sul fatto che egli sta seguendo personalmente questi interventi e che quindi ha richiesto anche una documentazione precisa di quanto viene fatto rispetto a quanto si faceva invece in passato. Credo che anche relativamente alla sua ultima domanda, se sia opportuno o no proseguire o no negli interventi, credo di sì ed anche riprendendo l'intervento del Presidente Peterlini questa idea di dare vita a progetti duraturi di intervento sia da approfondire e da prendere da seria considerazione, per evitare che facciamo interventi episodici sull'onda di emozioni del momento, senza intervenire su qualcosa di duraturo e di concreto, perché è vero che i giornali non parlano più del Rwanda o del Burundi, però ogni giorno continuano a morire i profughi e la situazione è comunque ogni giorno drammatica, anche se non ne parlano i giornali. Non so anche se è possibile attuare l'idea di una scheda informativa molto semplice, magari da parte della Giunta regionale che potrebbe essere fornita ai consiglieri regionali, informandoli, magari ogni 6 mesi, qual è la situazione di questi paesi dove noi, come regione, interveniamo con qualche aiuto economico, questo anche per tener desta l'attenzione dei consiglieri regionali su situazioni verso le quali promuoviamo interventi di tipo umanitario e finanziario. Quindi anche informare su quanto sta accadendo, perché spesso questo non viene fatto a livello di stampa.

Prendo atto anche con soddisfazione dell'ammontare delle offerte di 700 milioni, che sono pervenute, 500 dall'Alto Adige e 200 dal Trentino, alla regione per questa iniziativa.

Detto questo e prendendo atto con soddisfazione delle iniziative, sollecito la Giunta ad ulteriori interventi e soprattutto su progetti duraturi che abbiano una finalità ben precisa e sui quali la Giunta continui ad informare puntualmente, come è stato detto, i consiglieri regionali.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Passerini.

Wir kommen damit zum nächsten Punkt und da haben wir wiederum zwei Initiativen zum gleichen Thema. Die Anfrage Nr. 28 zum Thema Europaregion und der Beschlußantrag Nr. 22 über europäische Perspektiven.

Ich habe nur jetzt kurz besprochen wie weit keine Wiederholung bereits gefaßter Beschlußfassung stattfindet, aber es geht hier scheinbar um eine neue Ausrichtung, weil wir erst kürzlich einen Beschluß zum Thema Europaregion gefaßt haben, aber scheinbar geht das in Ordnung, weil diese beiden Dokumente eine neue Aktzentsetzung beinhalten.

Also die Anfrage ist von Pius Leitner und Christian Waldner und der Beschlußantrag Nr. 22 ist von den Abg. Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori, Montefiori und dann ist noch ein Beschlußantrag Nr. 26, den ich jetzt gleich mithineinnehme in die Diskussion, und zwar von Marco Benedetti, Vecli und Mauro Delladio - zur Europaregion. Nr. 26 von den Abg. Benedetti, Vecli und Delladio betrifft eigentlich die europäische Union. Es ist nicht genau dasselbe, was wir bereits beschlossen haben, deswegen können wir es zulassen.

Und jetzt würde ich der Reihe nach bitten, die Dokumente vorzulesen und dann der Reihe nach sie auch zu erläutern.

...Anfrage Nr. 28 - interrogazione n. 28 - Leitner, Waldner als erster und dann die anderen... ...und dann Beschlußantrag Nr. 22 - mozione n. 22 und Beschlußantrag Nr. 26 - mozione n. 26.

Abg. Leitner darf ich bitten das Dokument vorzulesen. Können es auch wir lesen. Sollen wir inzwischen lesen? Gut. Dann lese ich es:

Dringende Anfrage

Die Regionalregierung hat in ihrem Programm unter anderem versprochen, so schnell als möglich ein Projekt zur Errichtung der Europaregion Tirol vorzustellen. Die Regionalregierung hat dies als wichtigen und notwendigen Schritt erachtet, damit die Diskussion zu diesem Thema nicht nur eine theoretische Vision bleibt. Der Standpunkt der Regionalregierung ist in der Debatte sicherlich von entscheidender Bedeutung und die angekündigte große Eile ist gerechtfertigt. Da die betroffene Bevölkerung und die Öffentlichkeit von den Politikern klare Aussagen und entsprechende Taten erwarten, ergehen an die Regionalregierung folgende Fragen:

1. Hat die Regionalregierung auf ihre Ankündigung hin, ehestens das Projekt zur Schaffung einer Europaregion Tirol vorzulegen, entsprechende Taten gesetzt?
2. Will die Regionalregierung das groß angekündigte Versprechen einlösen und der Bevölkerung reinen Wein über ihre Absichten zu dieser Frage einschenken?
3. Wann und wie soll das geschehen?
4. Denkt die Regionalregierung auch an eine Befragung der Bevölkerung des Trentino, wo die größten Zweifel zu dieser Frage bestehen?
5. Wie schaut grundsätzlich die weitere Vorgangsweise der Regionalregierung zur Schaffung der Europaregion Tirol aus?

In Anbetracht der öffentlichen Diskussion wird um eine dringende Antwort gebeten.

Das war das Dokument. Die Diskussion kommt dann nachher.

Und jetzt bitte ich den Ersteinbringer des Beschlußantrages Nr. 22 den Abg. Divina... di leggere...

Also der Abg. Divina liest jetzt den Beschlußantrag Nr. 22.

DIVINA: Mi rimetto a quanto suggerisce di fare la Presidenza, però tengo a precisare che gli argomenti così diversi commistionandoli porterebbero ad ampliare oltremisura la discussione ed in ogni caso a dover deliberare su questioni completamente diverse, una cosa è impegnare questo Consiglio in funzione di quelli che saranno gli sviluppi e le prospettive europee ed altro sono i rapporti di carattere quasi giuridico di contestazione Trento-Roma in merito alla Commissione dei 12, comunque mi rimetto alla Presidenza e dò lettura dei documenti.

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Abg. Divina... Wir reden jetzt - nur damit Sie Bescheid wissen - über Ihren Antrag - eingebracht von Ihnen, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio usw. "Regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee" und dann über den Antrag nicht von Ihnen, sondern von Benedetti, Vecli, Delladio "concernente la trasformazione dell'Unione Europea in Federazione Europea e la realizzazione del 'piano Delors'". Diese beiden haben wir zusammengelegt und die Anfrage von Pius Leitner, weil sie thematisch zu Europa paßt. Nicht die Kommission... Gut. Geklärt.

Bitte schön, Abg. Divina.

DIVINA:

'MOZIONE

- Regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee -

Recentemente il Consiglio regionale e quello della Provincia Autonoma di Trento hanno impegnato le rispettive Giunte, su proposta della Lega Nord, a predisporre studi ed iniziative specifiche in vista del dibattito costituente che si profila sia in Italia che in Europa. In particolare Regione e Provincia sono impegnate a prefigurare i contorni di una ipotetica "macroregione transfrontaliera", la quale, evidentemente, è destinata ad inserirsi in un'Europa che sarà profondamente diversa fra pochi anni da quella attuale. E' grande quindi il nostro interesse verso gli sviluppi delle Istituzioni europee. Non possiamo infatti estraniarci dal contesto, né disinteressarci a ciò che sta avvenendo; è possibile anzi in diverse sedi far giungere la nostra voce e l'espressione della volontà della popolazione del Trentino-Alto Adige. Ne consegue l'importanza di precisare in quale direzione vogliamo che l'Europa evolva ed in quale prospettiva vogliamo che agisca il Governo italiano.

La Federazione europea non è una lontana utopia. Il Trattato di Maastricht istituisce una Unione pre-federale, assegnando ampi poteri al Parlamento europeo che può, a partire dalla legislatura appena iniziata, votare la fiducia e toglierla alla Commissione europea, il cui programma di governo deve così ottenere il consenso della maggioranza dei parlamentari europei. Inoltre, il 10 febbraio scorso il Parlamento europeo ha stabilito la procedura per l'approvazione di una Costituzione europea, di cui dovrà occuparsi il nuovo Parlamento appena eletto.

Tale progetto di Costituzione federale deve rappresentare la base essenziale per la riforma dell'Unione europea già prevista dal Trattato di Maastricht per il 1996.

Tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO REGIONALE

dà mandato al proprio Presidente di trasmettere il documento sotto riportato al Presidente della Camera dei deputati Onorevole Irene Pivetti, al Presidente del Senato della Repubblica, Onorevole Carlo Scognamiglio, al Presidente del Parlamento europeo, ai Presidenti dei Consigli regionali del Consiglio dei ministri, al Ministro degli affari esteri, al Ministro per le riforme istituzionali.

"Il Consiglio regionale della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige rileva che la Federazione europea costituisce un punto di arrivo del processo di integrazione; ricorda che l'Italia dovrà presiedere nel 1996 il semestre conclusivo del processo di revisione del Trattato di Maastricht e che la posizione politica dell'Italia inciderà sull'esito della Conferenza Intergovernativa, che potrà essere positivo solo se eliminerà gli aspetti di scarsa democraticità dell'Unione Europea, istituendo una Unione di tipo federale. Oggi infatti gran parte delle decisioni vengono assunte al Vertice del Consiglio europeo dei Ministri nazionali.

Invita il Ministro degli Esteri a non considerare l'ipotesi dell'esclusione dell'Italia dal "nucleo duro" o centrale, proposto da Francia e Germania, al fine di superare la contraddizione tra allargamento ed approfondimento dell'Unione. In tal caso si farebbe indietreggiare l'Italia, che è uno dei Paesi fondatori della Comunità. Va ricordato che l'88% dei cittadini nel referendum del 1989 si è espresso a favore di un Parlamento europeo costituente. L'Italia si troverebbe in tal caso insieme alla Gran Bretagna ed ai Paesi che si accontentano di un'Europa come semplice area di libero scambio, priva di identità politica e quindi di possibilità di controllo, ad esempio, delle multinazionali. Al contrario di quanto sostiene il Ministro degli Esteri, Martino (Forza Italia) - ora dovremmo dire ex Ministro degli Esteri Martino -, si rileva che in pieno accordo con quanto affermano economisti liberali quali Lionel Robbins e Luigi Einaudi, è errato sostenere che la moneta europea non è una condizione indispensabile per lo sviluppo equilibrato del mercato interno. Infatti è impossibile che si realizzi la libera circolazione delle merci, dei capitali, dei servizi e delle persone se ciascun paese può variare a piacimento i tassi di cambio e decidere sovranamente i livelli di deficit pubblico e di inflazione.

Si afferma altresì l'esigenza che l'unificazione monetaria venga conseguita mediante una "istantanea adozione" della moneta europea da parte dei Paesi membri; ciò non giustifica alcun allontanamento dell'Italia dai parametri di convergenza previsti dal Tratto di Maastricht perché sarebbe comunque necessario ridurre l'eccessivo deficit di bilancio italiano anche in una Unione monetaria già costituita.

Invita infine ad impegnarsi per realizzare il Piano economico Delors "Crescita, competitività e occupazione". Se infatti i Paesi europei non riusciranno a promuovere entro fine secolo i grandi investimenti nelle reti informatiche, nell'alta velocità, nell'energia, nell'istruzione e nella difesa dell'ambiente, perderanno certamente il confronto con le più dinamiche economie degli USA e del Giappone: è infatti

impossibile un'industria italiana competitiva e in espansione in un'economia europea in declino. Il Consiglio regionale della Regione Autonoma Trentino-Alto Adige invita in particolare il Ministro degli Esteri, Martino, a tradurre questi indirizzi in concrete scelte istituzionali soprattutto in sede di Conferenza Intergovernativa".'

PRÄSIDENT: Danke.

Ich bitte Sie sich noch einen Moment zu gedulden, Abg. Divina.

Ich bitte jetzt noch den Abg. Benedetti seinen bzw. ihren gemeinsamen Antrag vorzulesen, und dann eröffnen wir in der Reihe der Vorstellungen die Debatten.

BENEDETTI: Grazie, signor Presidente.

Mozione

Il Consiglio regionale ha recentemente impegnato la Giunta ad approfondire con urgenza il problema dell'Unione Europea in vista del dibattito costituente che si profila in tutta l'Europa dopo che il 10 febbraio u.s. il Parlamento Europeo ha fissato la procedura per l'approvazione di una Costituzione Europea.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio regionale dà mandato di inviare il documento seguente a:

- il Presidente della Camera dei Deputati
- il Presidente del Senato della Repubblica
- il Presidente del Parlamento Europeo
- il Presidente del Consiglio dei Ministri
- il Ministro degli Esteri
- il Ministro per le Riforme istituzionali
- il Presidente pro tempore del Consiglio dei Ministri europei

"Il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol afferma che la Federazione Europea costituisce un obiettivo necessario ed urgente per dare assetto definitivo ad una società che può trovare soluzioni di interesse generale solo in una società federalista. Osserva che il processo d'integrazione è in notevole ritardo rispetto alla realtà economica e sociale interdipendente degli europei. Osserva che tale ritardo è dovuto spesso ad interessi settoriali e parziali anche di forze politiche che, per esempio in Italia, hanno sostanzialmente non rispettato il volere dell'88 per cento dei cittadini che nel referendum del 1989 si erano espressi a favore di un Parlamento Europeo costituente e quindi per gli "Stati Uniti d'Europa".

La trasformazione dell'Unione Europea in Federazione europea è oltre tutto la condizione di partenza per l'unità di un cerchio più vasto che potrà abbracciare in futuro il continente.

Qualsiasi ampliamento della Unione Europea è impossibile o comunque assurdo senza il suo completamento federalista perché strutture che già oggi si dimostrano inadeguate per l'unità della Unione Europea non possono assolutamente reggere se chiamate a gestire una unità più vasta.

Chi vuole affermare il contrario ha in realtà in animo di ottenere l'arresto del processo d'integrazione per ridurre il tutto ad una mera zona di libero scambio.

Ciò significherebbe la solita ripetizione di errori storici che alla loro base hanno la cultura del "nazionalismo", con tutte le conseguenze fratricide sempre prodotte.

E' chiaro che solo una costituente è la dimostrazione di un logico e limpido processo federativo da rivendicare al primo posto ma che, in ogni caso, nell'attesa di un avvento ritardato da volontà e culture nazionaliste, è imprescindibile e improrogabile una adozione di una moneta europea unica che permetterebbe finalmente una politica economica non volta a sopravvivere continuamente sulla svalutazione.

Invita infine ad impegnarsi per realizzare il cosiddetto "piano Delors" "Crescita, competitività ed occupazione", al di là del quale altre impostazioni con panoramiche ristrette al solo ambito nazionale sono destinate al fallimento nel confronto con le più dinamiche economie americana e giapponese.

Invita in particolare il Ministero degli Esteri De Martino a tradurre questi indirizzi in concrete scelte istituzionali richiamandolo alla coerenza con la volontà popolare."

PRÄSIDENT: Damit haben wir alle Dokumente vorgestellt und ich würde jetzt der gleichen Reihenfolge im Sinne des Artikels 66 der Geschäftsordnung die Diskussion zusammenlegen und gebe das Wort zuerst dem Abg. Pius Leitner und dann den beiden anderen Antragstellern.

LEITNER: Herr Präsident, ich will hier nicht weiter ausführen. Wir haben hier fünf klare Fragen formuliert, aufbauend auf die Regierungserklärung des Präsidenten des Regionalausschusses, in der er die Vorstellung eines Konzeptes für diese Europaregion Tirol in kurzer Zeit in Aussicht gestellt hatte. Mittlerweile wissen wir wieviel Zeit verstrichen ist. Ich meine, die Anfrage ist vom September. Wegen bekannter Gründe für zwei wichtige Gesetze ist das verschoben worden, um so mehr erwarte ich mir jetzt ein Konzept, weil die Regionalregierung sicherlich Zeit gehabt hat darüber nachzudenken bzw. diese Ziele zu formulieren.

Ich habe schon mehrmals auch in der Fraktionssprechersitzung angeregt, daß man auf einen gemeinsamen Nenner kommen sollte, zumindest Umschreibung dieses Zieles, weil hier verschiedene politische Gruppen ganz unterschiedliche politische Vorstellungen von dieser Europaregion haben. Wenn wir Erklärungen in der Öffentlichkeit abgeben, Stellungnahmen machen, auch Tagungen veranstalten usw., dann muß die Bevölkerung auch wissen wohin das eigentlich gehen soll und die wichtigsten Fragen sind eben die: Denkt man bei der Europaregion an eine institutionelle Form? Bleibt es bei einer Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Gibt es einen Stufenplan usw. Und vor allen Dingen, wie denkt man

die Bevölkerung an diesem ganzen Prozeß teilhaben zu lassen? Das scheint mir das Entscheidende zu sein, davon habe ich immer schon geredet und davon bin ich überzeugt. Wir können nicht irgend etwas von oben verordnen, den Leuten überstülpen und sagen: "So jetzt habt ihr es", sondern man muß sie von vornherein an der Meinungsbildung teilhaben lassen, damit auch ihre Vorstellungen hineingehen, denn die Bevölkerung hat ganz klare Vorstellungen und ganz klare Fragen. Nämlich praktische Fragen: Wie soll das morgen ausschauen am Arbeitsmarkt, Pensionsregelung usw. Diese Fragen müssen wir der Bevölkerung beantworten und wir müssen ihr einen Rahmen vorgeben. Wir müssen ihr auch ein Ziel vorgeben. Wir müssen sie aber an den Entscheidungen auch teilhaben lassen und ich unterstreiche, was ich immer gesagt habe in diesem Zusammenhang: Für mich persönlich muß diese Zusammenarbeit, dieses Zusammenwachsen von Tirol auf zwei Ebenen passieren. Sicherlich verstärkt zunächst zwischen Nord- und Süd- und Osttirol und dann auch wenn das Trentino will - ich sage das ganz deutlich - auch das Trentino. Ich weiß aber nicht, aufgrund von dem was ich hier immer wieder höre, wie weit in der Bevölkerung des Trentino die Akzeptanz hier ist, an einer gemeinsamen Europaregion Tirol teilhaben zu wollen. Wir werden nicht umhinkommen dieses Tirol, der zwei Geschwindigkeiten - wie ich es immer bezeichne - ins Auge zu fassen und davon auszugehen, daß wir eben einen Schritt nach dem anderen setzen wollen, nicht eine Kappe überstülpen dürfen, wo niemand nichts mehr sieht, sondern ganz klar formulieren: Wie soll das ausschauen?

PRÄSIDENT: Ich bitte den Abg. Frasnelli nur einen Moment zu gedulden, weil die Erläuterungen den Vorrang haben.

Das Wort hat jetzt der Abg. Divina, insofern er es wünscht, natürlich zur Erläuterung. Dann Abg. Benedetti, wenn er es wünscht und dann Abg. Frasnelli.

DIVINA: Grazie, signor Presidente. Vorrei ricordare al Consiglio innanzi tutto che già votammo una mozione con un contenuto pertinente all'argomento che stiamo discutendo, dove proprio per evitare di disperderci in discussioni prive di utilità che sfociassero in un nulla di fatto, con quella mozione chiedemmo alla Giunta di questa regione di iniziare ad elaborare, se ben ricordo, studi ed iniziative specifiche in vista del dibattito costituente che si sta profilando. Stavamo di fatto aspettando che la Giunta organizzasse qualche approfondimento, qualche convegno, qualche momento di riflessione per confrontarci sul futuro di questa terra, sul futuro giuridico, amministrativo e politico, sui rapporti che dovremmo avere ad est, a sud, a nord e a ovest.

Parlare di macroregione senza delinearla, disegnando un contenitore dentro il quale però nessuno sa bene che cosa ci debba stare, senza confini ben precisi in quanto tutto è abbastanza elastico e duttile, rischia di far fare una palestra dialettica e tutti buttano dentro ciò che credono, ma non abbiamo una base di confronto. Volevamo, prima di dire sì, no o forse o a queste condizioni siamo favorevoli ad un tipo di rapporto che vorremmo sapere, se sarà di collaborazione o uno stretto rapporto politico o un rapporto cooperativo, economico, di area di scambio più o meno libera, stimolata e

incentivata, cioè prima di sapere i nostri rapporti con il nord che confina con la nostra regione, volevamo capire bene il quadro della situazione; la regione avrebbe dovuto darci questo tipo di risposta. Siamo pazienti, conosciamo le intenzioni che ha il Vicepresidente Pahl, aspettiamo che il Vicepresidente metta in azione la macchina che dovrebbe dare le risposte a quanto il Consiglio si era impegnato precedentemente.

Che cosa è successo nel frattempo? Devo dire con un po' di rammarico che la nostra mozione era del settembre 1994, quando stavano accadendo delle cose spiacevoli dal nostro punto di vista. Ritenevamo che potesse essere pregiudicato non soltanto lo sviluppo della regione dei rapporti europei che può avere la nostra regione, ma addirittura gli equilibri europei che si stavano andando delineando, con un Governo italiano disinteressato all'integrazione politica europea.

Dovevamo fare pertanto presente al nostro Presidente che facesse o portasse la voce di questo Consiglio, le nostre volontà, presso tutte le autorità dello stato italiano, perché sapessero cosa pensa il Trentino dell'andazzo che il Governo stava prendendo.

L'andazzo era quello che a delle dichiarazioni, un asse che si andava delineando franco-tedesco, il quale perpretava una politica degli stati forti, un nucleo duro dell'Europa che doveva far partire l'Europa con due velocità, abbiamo visto supinamente il nostro Ministro degli esteri allora Ministro Martino accettare a nome del governo italiano - pertanto allora parlava - questo tipo di sviluppo futuro dell'istituzione europea; addirittura in quella sede Martino faceva capire che non sarebbe stato nemmeno necessario adottare contestualmente una moneta unica, ma si poteva lasciar partire chi aveva già i parametri, aveva già una economia, che rientrava nei parametri fissati dal Trattato di Maastricht, e con un po' di tempo gli altri, e l'Italia sarebbe stata fra gli altri, mettere ordine alla propria finanza interna, il proprio deficit per, in un secondo tempo, agganciarsi all'Europa, che però già a questo punto sarebbe decollata.

Ci siamo chiesti anche perché non si faceva di tutto per rimanere aggrappati al treno che avrebbe portato inevitabilmente fuori o avrebbe aiutato a uscire da una situazione economica disestata come l'attuale e l'abbiamo capito immediatamente o immediatamente dopo, quando la politica del nostro governo era fortemente inquinata dagli interessi personali del Presidente del Consiglio del governo italiano, Silvio Berlusconi; chiaramente l'uomo che ha fatto della bugia il suo credo politico, affermando il libero mercato, le regole e la correttezza dei mercati, di fatto invadendo il mercato ed occupandolo con tutto ciò che era possibile, con tutti i suoi mezzi, praticamente con i monopoli, che sono la negazione della concorrenza del libero mercato, ha fatto capire, e già si conoscevano, le intenzioni dei grandi finanziari e delle grandi multinazionali di non volere mercati regolamentati, molto meglio fare pesare il peso dell'economia, della macchina finanziaria su stati deboli, con poche regole, perché sarebbe stata la legge dell'economia a schiacciare la regola politica e di mercato, non aveva interesse il governo Berlusconi ad entrare in Europa regolamentata sotto tutti i profili, questo ha spaventato politicamente la Lega e la reazione che abbiamo avuto in sede governativa è stata anche per questo motivo fortemente di distacco, ma ha preoccupato anche noi che nel contesto di una costruzione europea siamo forse i primi

attori, perché avremmo la possibilità, in funzione anche della nostra conformazione, del nostro stato giuridico di autonomia avanzata, ma anche della collocazione geografica, avremmo potuto essere i primi a sperimentare innovativi.

Allora chiediamo a questo Consiglio che consideri molto attentamente la situazione che si è venuta a creare e possa intervenire per quel tanto che può fare come stimolo, come suggerimento al governo nazionale che non condividiamo questo tipo di politica governativa europea.

Come ripeto, la Lega non si è sbilanciata, perché vuole capire prima di parlare, sulla nuova macroregione che si va delineando e di cui si va parlando. Ho apprezzato l'intervento che ha fatto il grande vecchio del SVP Magnago, dicendo che non potrà quanto meno a breve partire la macroregione, l'euregio, su basi giuridiche, perché sono troppe le aree, c'è ancora troppa palude, non si possono fare passi in questo verso. Magnago l'ha detto parzialmente, non potrà mai partire, finché non ci sarà un'Europa, cioè la grande rete, il grande contenitore, che sarà di garanzia per questi nostri esperimenti di collaborazione transfrontaliera, pensiamo ad ogni aspetto della vita comune, che potrebbe essere di comune accordo regolamentato, ma nel momento in cui si travalicano le competenze, ci troviamo in quell'area, c'è sempre un area di conflitto, non sapremo in un'euregio dipinta come sono stati dipinti Tirolo e le due province di Trento e di Bolzano, mancando la competenza specifica dell'euroregione a questo punto quale legge dovremmo applicare? La legge di Roma o la legge di Vienna? Non abbiamo questo tipo di garanzia, non lo possiamo risolvere, dovremmo poter applicare la legge del Parlamento europeo, la legge europea, che a questo punto sarebbe la rete, il grande contenitore, non potrà mai partire pertanto il nostro esperimento euroregionale, se non abbiamo garanzie di un federalismo europeo; il federalismo o parte con il principio di sussidiarietà a tutti i livelli o sarà destinato a non partire a nessun livello. Principio di sussidiarietà che Maastricht introduce nel trattato e che noi accettiamo più che volentieri, avrebbe l'effetto di risanare tutto il nostro sistema amministrativo italiano, liberare sicuramente l'Italia dal cancro, dal centralismo assistenzialista che l'ha permeata fino adesso, lasciando maggiori libertà alla nostra periferia, ma ricordiamo anche che amministrando tutto al livello più opportuno, sicuramente il livello più opportuno per amministrare la sicurezza e la difesa non saranno più i governi nazionali, perché vediamo quanta debolezza esiste nell'azione anche difensiva dei governi nazionali, ma anche per un fattore distensivo la difesa e la sicurezza sovranazionale sarà in capo alla Comunità europea e darà ancora maggiori garanzie di pace sociale all'interno degli stati, pertanto, come vediamo, siamo toccati ad ogni livello, perché ogni livello avrà competenze diverse, dalle macroregioni, dagli stati parzialmente, rimarranno gli stati con pochissime competenze, all'Europa che dovrà essere l'area che dovrà uniformare, non potremmo parlare di un'economia europea se ogni stato può, con le banche centrali, regolare i rapporti tasso di cambio e via dicendo.

Potremmo parlare della politica europea, ma a questo punto sarebbe puramente pleonastico, non servirebbe al dibattito, abbiamo paura per le iniziative che il governo italiano stava per intraprendere, speriamo che il prossimo governo si dissoci, adotti una linea europea di tutt'altro tipo, però chiedo a questo Consiglio di far pervenire

quanto meno la nostra volontà a questo punto al nuovo governo, per far capire che eravamo completamente dissociati, non condividevamo la politica governativa del governo che ha preceduto quello attuale.

PRÄSIDENT: Ich gebe noch das Wort dem Abg. Benedetti für seine Erläuterung und dann eröffnen wir die Debatte.

BENEDETTI: Grazie, signor Presidente. Siamo arrivati a presentare anche noi questa mozione in quanto riteniamo che probabilmente il 1995 sia un anno importante, in quanto si svolgerà la conferenza del Consiglio dei Ministri nazionale, per rivedere o approvare o apporre modifiche al trattato di Maastricht, all'interno di questo trattato di Maastricht sapete bene che c'è questo piano Delors sull'economia, che è quanto più ci sta a cuore; verranno prese, ritengo, delle decisioni importanti su questo piano e che quindi non ci possono vedere in secondo piano, anche noi, ritengo, dobbiamo fare la nostra parte.

Per opera soprattutto del movimento federalista europeo attualmente sono già stati approvati degli ordini del giorno regionali, ed esattamente nelle regioni Piemonte, Emilia, Sicilia e Veneto, comunitari, con lo stesso testo che chiedono al Parlamento italiano di approvare a sua volta un ordine del giorno, che così recita: 'Considerato che l'Italia, come ogni altro paese europeo, non può più avere un futuro come stato nazionale sovrano, ma solo come stato membro di una federazione europea, aperto alla collaborazione con tutte le grandi famiglie del genere umano; considerato il processo di unificazione europea sta per concludersi, perché nel 1996 i governi dovranno pronunciarsi in modo definitivo pro o contro la moneta europea e pro o contro il rafforzamento democratico delle istituzioni, per evitare che l'allargamento provochi la dissoluzione dell'unione europea e il ritorno del nazionalismo, ricorda che il popolo italiano il 18 giugno del 1989 con una maggioranza dell'88% si è pronunciato con un referendum a favore della federazione europea e di un mandato costituente al parlamento europeo. Chiede quindi al Governo di rispettare la volontà del popolo italiano, facendo valere in ogni occasione della vita dell'Unione europea il principio secondo il quale le decisioni europee devono essere fondate sulla legittimità democratica europea e chiede al Presidente del Consiglio ed al Ministro degli esteri di prendere sin d'ora posizione in vista della Conferenza intergovernativa del 1996, prevista dal trattato di Maastricht per l'attribuzione al parlamento europeo in associazione con i parlamenti nazionali del compito di redigere la costituzione federale dell'Europa, di prendere posizioni per la democratizzazione immediata dell'unione europea per quanto riguarda le competenze nazionali già trasferite a livello europeo, facendo funzionare in questo contesto la Commissione come un Governo, il Consiglio dei Ministri come un Senato degli stati ed il Parlamento come organo insieme al Senato degli stati e del potere legislativo, di proporre che la riforma democratica dell'Unione europea entri in vigore qualora sia approvata da un numero di stati sufficienti per garantire nel contempo la coesione dell'unione e la rapida adesione di tutti gli altri stati europei.'

La mia proposta, signor Presidente, è di sostituire il testo della mia mozione con un emendamento, e vedremo, se i colleghi della Lega saranno d'accordo, per arrivare all'approvazione di questo testo unitario regionale, che ha un suo fondamento in questo; se 5 regioni presentano al Parlamento un unico testo si ha il vantaggio che ne deriva un obbligo per l'Ufficio di Presidenza di porre all'ordine del giorno la discussione di questo testo, senza che debba seguire l'iter parlamentare, che solitamente è molto lungo, ne derivano anche degli altri vantaggi, che si potrebbe accorciare la dinamica di eventuali referendum, ma quello che ci importa è che la discussione si trasferisca in Parlamento e che il Parlamento si possa esprimere con un ordine del giorno secondo quanto il popolo italiano nel referendum del 1988 ha espresso con una alta percentuale di voto.

Penso che a questo punto sia inevitabile che debba confrontarmi con chi è preposto, penso il Vicepresidente della regione Pahl, e i colleghi che hanno presentato l'altra mozione per vedere se c'è un certo incontro per presentare unitariamente questa modifica alla mia mozione.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)
(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Mi pare di aver capito che c'è la volontà.

Sull'ordine dei lavori la parola al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Nein zur Behandlung der Beschlußanträge.

Mit Blick auch auf den Vorschlag Benedetti, daß es zum Versuch kommen sollte einen einheitlichen Text zu machen, denn wie dieser vereinheitlichte Text gegebenenfalls aus der Sicht der SVP ausschauen sollte, würde ich mir erlauben auch etwas darzulegen. Wir haben auch eine Reihe von Vorschlägen.

Habe ich das Wort, Herr Präsident?

PRÄSIDENT: Prego consigliere, ne ha facoltà.

FRASNELLI: Wir begrüßen, daß diese Thematik hier diskutiert wird, weil es im übrigen auch möglich gemacht wird, daß die verschiedenen politischen Parteien ihre Positionen zu diesem Thema darlegen können und wir sollten versuchen, gemeinsame Plattformen zu erarbeiten.

Wenn ich zuerst einmal die europäische Entwicklung andiskutieren darf. Welche sind die Positionen der SVP in diesem Zusammenhang? Die SVP will für einen Teil eine Entwicklung der Europäischen Union mit dem Endziel Bundesstaat Europäische Union. Wenn sie das will, dann kommt sie nicht darum herum festzustellen, daß auf diesem Wege noch eine ganze Reihe wesentlicher Hürden zu nehmen sind. Zum einen haben wir ein sogenanntes Europäisches Parlament, das zwar direkt gewählt wird, aber immer noch über die nationalstaatliche jeweilige Gesetzgebung gewählt wird, und wir haben vor allen Dingen ein Parlament, das auf

diesem Wege gewählt wird, das verbesserungswürdig ist, das fortentwickelt werden müßte, das einfach nicht den Namen eines Parlamentes verdient, weil es nicht die demokratischen Kompetenzen eines Parlamentes hat. Das heißt also, wenn wir sagen EU-Bundesstaat, dann müssen wir unsere Vorstellungen auch zum Verfassungsaufbau dieses Bundesstaates klar artikulieren und wesentlich dazu ist die Schaffung eines echten europäischen Parlamentes, das diesen Namen verdient. Des weiteren sind wir der Auffassung, daß die Zeit auch zur Neige geht, wo die nationalen Egoisten in den Ministerratssitzungen all zu sehr immer noch im Vordergrund stehen, die im übrigen auch die eigentliche Ursache für den sogenannten Brüssler Bürokratismus sind, und die Regelungswut in Brüssel innerhalb der europäischen Union resultiert vor allen Dingen aufgrund des Aufrechterhaltenwollens nationaler Egoisten.

Wir möchte also, daß es eine Fortentwicklung gibt der Ministerratssitzungen in Richtung Schaffung einer europäischen Bundesregierung, die natürlich demokratisch legitimiert und demokratisch kontrolliert sein muß durch ein europäisches Parlament, das diesen Namen verdient, und damit zusammenhängend natürlich die ganze Diskussion der demokratisch legitimierten und demokratisch zu kontrollierenden Exekutive sprich Verwaltung, die es derzeit auch im genügenden Umfang in diesem Sinne gibt.

Die Südtiroler Volkspartei spricht sich natürlich auch aus für die Schaffung eines Verfassungsgerichtshofes der europäischen Union in Fortentwicklung des europäischen Gerichtshofes, der auch noch nicht alle Kompetenzen eines echten Verfassungsgerichtshofes natürlich haben kann, aber dies ist die Richtung wie wir die Entwicklung sehen. Dann weil wir den europäischen Bundesstaat natürlich als Bundesstaat sehen, wollen wir die Schaffung einer Kammer oder eines Senates, egal jetzt wie man das Kind nennt, der subsidiären Artikulationen, sei es nun Regionen oder Bundesländer, Departments, autonome Gemeinschaften oder Kantone wie immer, in den jeweiligen Mitgliedsländern. Ich nenne sie nicht mehr Nationalstaaten, sondern Mitgliedsländer der Europäischen Union, wie sie sich nun einmal darlegen. Wir wollen nämlich keine neue Kleinstaaterei und darin ein Auseinanderdriften der Kräfte, sondern wir wollen eine stärkere Rücksichtnahme auf diese subsidiären Positionen. Dies ist möglich, indem wir diese auf der Ebene eines Bundesrates oder einer Kammer der Region - ich verwende jetzt den Begriff Region mal so als Überbegriff - von Bünden ansiedeln. Das ist das Wichtige. Die subsidiären Positionen müssen auf europäischer Ebene gebündet werden und in demokratisch, konstitutionelle Dialektik zu den Positionen des europäischen Parlamentes und der europäischen Bundesregierung treten können.

Dies schließt natürlich auch mit ein, daß meinetwegen die europäische Region das Klagerecht im Sinne des föderalistischen Prinzips bei einem zukünftigen europäischen Verfassungsgerichtshof, natürlich auch schon jetzt beim Europäischen Gerichtshof, selbst bekommt. Nicht zuletzt waren es doch die Volksabstimmungen in Dänemark und Frankreich, die sehr sehr deutlich gemacht haben, daß die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union - wir Staatsbürger unserer Europäischen Union, wir leben ja in dieser Rechtsgemeinschaft - eine Ausweitung nun der Demokratisierung und

der demokratischen Legitimierung wollen. Das ist Wille der Staatsbürger der Europäischen Union und daher müßte, um zur Konklusion zu kommen, bei der Regierungskonferenz 1996 echt ein Qualitätssprung in Richtung demokratischer Legitimierung im Zusammenhang mit diesen Verfassungsaufbauangelegenheiten hineingenommen werden in den fortgeschriebenen Maastrichter-Vertrag. Dies sollten wir in einer allfälligen gemeinsamen Resolution viel deutlicher werden lassen als die beiden Vorschläge es zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Ausdruck bringen, aber die Linie stimmt, stimmt auch für die SVP. Zweitens muß in diesem Papier und natürlich im Maastrichter-Vertrag fortgeschrieben 1996 natürlich sehr klar hineingenommen werden die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips auch auf der dritten Verfassungsebene der Regionen und und... Dies ist bis heute nicht der Fall. Das Subsidiaritätsprinzip ist grundsätzlich festgeschrieben worden in den Maastrichter-Verträgen, aber operationalisiert und unmittelbar angewendet nur für die Mitgliedsstaaten gewissermaßen als Vorgriff auf die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips auch auf der sogenannten dritten Ebene hat man diesen Rat der europäischen Regionen geschaffen zunächst noch als Konsultativorgan. Hier ist sehr viel Entwicklung noch voranzubringen und ich glaube, wenn wir hier im Hohen Hause Entscheidungen dieser Art vor allen Dingen versuchen gemeinschaftlich zu treffen, muß dieser Punkt sehr klar aufgenommen werden: Festschreibung und Ausdehnung des Subsidiaritätsprinzips auch auf die dritte Verfassungsebene.

Des weiteren finden wir wichtig und dies ist auch ein Abänderungsvorschlag, den wir einbringen möchten oder wollen, folgende Tatsache. Als sich Jugoslawien auflöste und die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, aber auch der Einzugsbereich des Warschauer Paktes sich in der bisherigen Form aufzulösen begann und die Staaten selbständig wurden, hat die Europäische Union einen Katalog erarbeitet, der erfüllt werden sollte, damit die Staaten der Europäischen Union im Sinne einer gemeinsamen und vereinbarten Außenpolitik diesen Staaten die Selbständigkeit, die Souveränität, zuerkennt, sie hat einen Katalog entwickelt, der einfach zu gewährleisten war. In dieser Haager Erklärung - so wurde dieser Katalog genannt - war unter anderem die Einhaltung des Volksgruppenschutzes als eine der Bedingungen angegeben, die ein Staat zu erfüllen hatte, um in die Souveränität entlassen zu werden. Wenn dies bloß viel früher Wirklichkeit geworden wäre - ein relativ hohes Niveau an Minderheiten- und Volksgruppenschutz - dann wäre manch etwas wahrscheinlich im ehemaligen Jugoslawien nicht passiert. Nun, wenn die Europäische Union nach außen Bedingungen stellt für Einhaltung und Respektierung des Volksgruppenschutzes, dann muß sie dies auch nach innen tun.

Aus diesem Grunde stellt die Südtiroler Volkspartei nun ein weiteres fest: Der Internationale Volksgruppenschutz hat sich in den letzten Jahren zunächst hauptsächlich auf der Ebene der KSZE politisch abgespielt. Es hat eine Reihe von Vereinbarungen gegeben auf die ich jetzt nicht mehr speziell eingehen will, weil ich gestern oder vorgestern die Gelegenheit hatte kurz daran zu erinnern, und nachdem hier das politische Vereinbarungspaket geschnürt war, hat die KSZE, jetzt OSZE, die ganze Thematik dem Europarat überantwortet damit er dort Recht setzen würde. Nach

längerem Hin und Her hat die Ministerkonferenz, der Gipfel des Europarates, im Dezember 1993 in Wien beschlossen, daß die Vorarbeiten - bin ich schon am Ende, war daß eine Rahmenkonvention erarbeitet werden soll und auch ein Zusatzprotokoll zur europäischen Menschenrechtskonvention, um zur Kodifizierung des europäischen Volksgruppenrechtes zu gelangen. Ich glaube, wir sollten hier einen Beitrag leisten, daß diese beiden Entwicklungen zusammengeführt werden und daß bei der Überarbeitung der Maastrichter-Verträge nicht nur das Subsidiaritätsprinzip auf der dritten Ebene festgeschrieben wird, sondern auch daß der europäische Volksgruppenschutz Eingang in die fortgeschriebenen oder fortzuschreibenden Maastrichter-Verträge findet. Das wären die drei Abänderungsvorschläge, die die Südtiroler Volkspartei jetzt formulieren möchte und gerne mit Ihnen darüber reden würde, damit wir ein breites Votum bekommen.

Was die Entwicklung der Euregio anlangt - ich schließe aber schon ab - werde ich mir vorbehalten bei einer nächsten Gelegenheit unsere Positionen noch einmal klarzumachen. Das war etwas, das vor allen Dingen in der Anfrage angesiedelt war, nicht so sehr in den Beschlußanträgen. In den Beschlußanträgen sollten wir in diese Richtungen arbeiten können. Ich würde begrüßen, daß wir eine kleine Arbeitsgruppe von zwei, drei Personen schnell benennen, um den vereinheitlichten Text zu formulieren zu versuchen. Danke, Herr Präsident.

PRESIDENTE: Durante il dibattito i proponenti di questa mozione hanno espresso la disponibilità a unificare i documenti; è auspicabile che si riesca ad approvare tale documento a larga maggioranza. Il dibattito è in corso, però vorrei chiudere l'interrogazione, chiedendo al proponente, cons. Leitner, se intende partecipare alla stesura di questo testo unificato e se è disponibile a ritirare la sua interrogazione, desiderando procedere in questa maniera: lei ha letto l'interrogazione, l'ha illustrata, la Giunta dovrebbe rispondere e quindi chiudere l'argomento. Rimarrebbero così le due mozioni, auspicando un testo unificato e andando a votare un testo che mi auguro venga concordato con i proponenti. Come intende procedere, cons. Leitner?

LEITNER: Ich hätte schon gerne eine Antwort auf diese Fragen gehabt, weil ich möchte die Antworten von der Regierung hören. Die haben versprochen, daß sie innerhalb kurzer Zeit eine Vorlage bringen werden, wie sie sich das vorstellen.

...Das eine hat mit dem anderen in diesem Fall nichts zu tun. Ich habe nichts dagegen, daß man das andere vereinheitlicht, aber da sind klare Fragen.

PRESIDENTE: Non avevo capito bene, ora ho compreso. Esauriamo questo punto, l'interrogazione merita una risposta.

La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Herr Präsident, ganz kurz zur Geschäftsordnung und zum Fortgang der Arbeiten.

Nur damit das nicht als Präzedenzfall dann angesehen wird. Diese Anfrage kann nicht mehr zurückgezogen werden. Sie ist verlesen. Sie ist bereits

erläutert und es ist ganz klar, daß diese Anfrage eine zumindest im Rahmen der allgemeinen Debatte auch zu den Beschlußanträgen eine kurze Antwort bekommen muß. Also bitte auch zu berücksichtigen für die Zukunft.

PRESIDENTE: Se la Giunta non intende intervenire la discussione sulla interrogazione è già chiusa, sarebbe bene che la Giunta rispondesse.

Sta arrivando il Vicepresidente, la domanda che lei ha posto al Presidente, cons. Klotz, l'ho girata al primo firmatario di questa interrogazione, mi ha risposto che vorrebbe esaurire questo punto, pertanto attende da parte della Giunta una risposta.

Vicepresidente Pahl, siamo in discussione dell'interrogazione a firma Leitner e Waldner.

La parola al Vicepresidente Pahl.

PAHL: Sehr geehrter Herr Kollege Leitner und Mitunterzeichner Dr. Waldner!

Es ist wirklich eine günstige Gelegenheit, Herr Kollege Waldner und Leitner, daß wir sofort in eine vertiefte Diskussion einer sehr sehr ernsten Frage einsteigen. Ich habe Ihnen die Antwort schon längst versprochen und in diesem Fall kann ich sie mündlich zunächst einmal jetzt kurz vorwegnehmen.

Diese Anfrage hängt nicht ganz direkt zusammen mit den zwei anderen Beschlußanträgen, so daß ich zunächst speziell zu Ihrer Frage Stellung nehme und dann erst zu den zwei Beschlußanträgen von Benedetti bzw. von der Lega. Die Frage der Europaregion Tirol wird in diesem Jahr für die Abgeordneten der Region bzw. auch für das Bundesland Tirol im gewissen Sinne zu einer Stunde der politischen Wahrheit. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel über diese Fragen gesprochen und ich darf an einige Dokumente bzw. Beschlüsse erinnern, die zu diesem Thema bereits gefaßt worden und publiziert worden sind. Zunächst ist die Idee einer Europaregion Tirol unter anderem von einer sehr renommierten Seite in die Diskussion gebracht worden, nämlich vom früheren Landeshauptmann des Bundeslandes Tirol Dr. Partl. Und Dr. Partl war es auch, der von allem Anfang an - ich kann vielleicht hinzufügen zu einer gewissen Verwunderung der deutschen und ladinischen Bevölkerung Südtirols -, der also von allem Anfang an sofort erklärt hat, daß das Trentino völlig gleichberechtigt in die Diskussion miteinbezogen werden soll. Von Südtiroler Seite gab es dazu keinen politischen Widerspruch, aber die Diskussion begann dann sehr intensiv zunächst in den Kreisen der politischen Vertretung Südtirols, und zwar der Mehrheit wie der Opposition.

Das Ergebnis war mehr oder minder - ich fasse es jetzt kurz zusammen -, daß man zu einer Idee der Europaregion Tirol prinzipiell "Ja" sagt. Die Frage ist nur: Was soll sie bedeuten? Was verstehen die Vertretungen der Länder, der Abgeordneten dieser drei Länder - Innsbruck, Bozen, Trient - bzw. die Exekutiven und vor allem auch die Bevölkerung des gesamten Gebietes darunter. Tirol hat etwa 630.000 Einwohner; die Provinz Bozen etwa 450.000 und die Provinz Trient etwas mehr. Also insgesamt sind es etwa eineinhalb Millionen Einwohner mit drei verschiedenen Sprachen und

damit drei verschiedenen Kulturen. Was die Deutschen und die Ladinler betrifft in Südtirol betrifft, haben sie eine gemeinsame Geschichte. Es hat - das weiß jeder von uns - historisch gesehen Tirol bereits einmal als Einheit gegeben, aber dieses Tirol war auch im letzten Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg gekennzeichnet durch eine zumindest auf intellektueller Ebene sehr starke Bestrebung im Trentino zum Teil nach einer Separation, zumindest aber nach einer eigenständigen Autonomie für das Trentino. Dabei ging es nicht um die Respektierung der Sprache und Kultur des Trentino, die unter Österreich gegeben war, sondern um eine Autonomie an sich generell. Die Verhandlungen wurden aber wegen des 1. Weltkrieges, der dann ausbrach und diese Frage anders entschied, nicht zu Ende geführt.

Nach dem Erlaß des Autonomiestatuts für Südtirol kam es auch zu verschiedenen Änderungen der politischen Einstellungen in der gesamten Südtiroler Bevölkerung einschließlich der Italiener. Es kam zu einer politischen Befriedigung des Landes mehr oder weniger sage ich und schließlich auch zu einer gewissen Änderung in einem Teil der italienischen Bevölkerung in deren Haltung zur Autonomie, und das war Voraussetzung dafür, daß heute Südtirol an dieser Debatte mit einem besonderen Interesse überhaupt teilnehmen kann und will.

Was die Koalition jetzt in der Regionalregierung als solche betrifft - und ich verspreche es gleichzeitig auch als einer der Vertreter der SVP - so besteht Entschiedenheit und Wille, die Europaregion Tirol wirklich zu bauen. Natürlich kann es nicht eine Regionalregierung an sich allein tun, sondern sie kann nur einen Beitrag dazu leisten. Die Länder Südtirol und das Bundesland Tirol haben aber unabhängig von dieser Einbeziehung des Trentino auch vertiefte Zweiergespräche aufgenommen und das deshalb, weil begreiflicherweise zwischen der deutsch-ladinischen Bevölkerung Südtirols und der Bevölkerung in Nordtirol, eine besonders enge historische Beziehung besteht. Von diesen zwei Seiten wurde also der Wunsch geäußert, eine ganz spezielle enge Zusammenarbeit zu pflegen, das ist aber nichts Neues. Dieses Bestreben liegt in der Tradition auch der Südtiroler Politik in den letzten Jahrzehnten seit dem 2. Weltkrieg im besonderen. Auch das Ziel der Autonomiepolitik ist eine engere Bindung mit dem Bundesland Tirol. Dessen ungeachtet aber besteht auch aus der Sicht der Regionalregierung, und ich glaube auch aus der Sicht der SVP kann ich in diesem Fall sprechen - Dr. Frasnelli bzw. der Herr Fraktionssprecher Atz wird es danach tun - auch aus der Sicht der SVP besteht der echte und aufrichtige Wunsch, das Trentino gleichberechtigt einzubeziehen. Dies unter zwei Voraussetzungen, die ich als Feststellungen treffen möchte: Das Trentino muß durch seine politischen Vertreter, durch seine Körperschaften und im weiteren Sinne von der Basis her von der Bevölkerung her zeigen, daß dieser Wunsch auch seinerseits besteht.

Südtirol bzw. das Bundesland Tirol auf österreichischer Seite fühlen sich nicht befugt, der Trentiner Politik oder Bevölkerung irgendwelche Vorschriften zu machen, aber die Bevölkerung des Trentino soll partizipieren, und auch aus der Sicht der Regionalregierung soll sie unserem Wunsch gemäß so eng wie möglich und so rasch wie möglich voll teilhaben. Wir sind überzeugt, daß das zum Vorteil beider Provinzen Südtirol und Trentino bzw. auch des Bundeslandes Tirol ist, unabhängig von der

Brennergrenze, die die Südtiroler Bevölkerung nie hat wollen können und auch innerlich nie akzeptiert hat, unabhängig von dieser Frage sehen wir diverse fruchtbare Möglichkeiten, gemeinsam eine Zukunft zu bauen, die allen Bevölkerungsgruppen gleich welcher Sprache, Kultur und Geschichte Vorteile bringt. Diese Gemeinsamkeit zu dritt, Innsbruck, Bozen in besonders enger Weise und dann um das Trentino erweitert, wird eine besondere künftige Stärke darstellen, wirtschaftlich, kulturell durch die unterschiedlichen Sprachen und Kulturen und natürlich politisch.

Wir hören natürlich gerne auch Ihre Vorstellungen dann dazu, denn wir sind nicht ausgestattet mit besonderer Weisheit, sondern sind Leute wie jeder andere da auch, wissen nicht mehr und nicht weniger, was selbstverständlich ist. Wir sind aber überzeugt, daß dieses Zusammenwirken in einer Europaregion Tirol kulturell, wirtschaftlich und politisch für Südtirol und das Trentino gegenüber dem Zentralstaat Italien einen Schutz der Autonomie darstellt, für das Bundesland Tirol eine Aufwertung innerhalb Österreichs und für die gesamte Bevölkerung auch eine Stärkung als Gemeinschaft zu zweit, zu dritt.

Wir glauben, daß eine solche Europaregion Tirol folgende Ziele haben sollte: Zunächst einmal sollte sie die Bürger dieser drei heutigen Provinzen bzw. des Bundeslandes, dieser drei Länder, so eng wie möglich auf allen denkbaren Ebenen zusammenführen. Eine besondere Funktion haben in dieser Hinsicht öffentliche Körperschaften und Vereine und Verbände auf allen Ebenen. Die Regionalregierung hat verschiedenste Initiativen bereits gesetzt, um solche Zusammenkünfte zu ermöglichen, und sie hat im Haushalt durch den Regionalrat auch etwa eineinhalb Milliarden Lire zur Finanzierung solcher Initiativen ausgewiesen. Der Bau der Europaregion Tirol muß aber auch von oben herab geschehen, weil die Basis der Bürger nicht allein gelassen werden darf. Darum schlägt die Regionalregierung den Ländern vor, daß sie bei den Treffen der Landtage, sei es Zweier- bzw. auch Dreierlandtag, durch einen grundlegenden Beschluß zu erkennen gibt, daß sie dieses Zusammenwirken will. Zweitens soll in dem Grundsatzbeschluß sowohl die Regionalregierung bzw. auch die Länderregierung in erster Linie beauftragt werden, in allen ihren Verwaltungssektoren eng zu kooperieren zwischen Innsbruck, Bozen und Trient. Mit Trient immer dann, wenn Trient diesen Willen und diese Bereitschaft bekundet. Die politischen Organe, nämlich der Zweier- und Dreierlandtag bzw. in anderer Weise auch unser Regionalrat soll seinerseits immer wieder überprüfen, ob solche Aufträge der politischen Organe durchgeführt werden bzw. sie sollen weitere Anregungen treffen. Prinzipienbeschlüsse bzw. Beschlüsse mit konkreten Aufträgen sollen also von oben von den politischen Organen an die Exekutiven ergehen. Wir begrüßen, daß die Landesregierungen von Innsbruck, Bozen und Trient in Treffen zu zweit bzw. auch zu dritt einige Maßnahmen angekündigt haben. Die Regionalregierung ist durch den Haushalt ermächtigt worden, nicht geringe Gelder bereitzustellen für solche gemeinsame Initiativen der Länder. So hoffen wir abschließend gesagt, daß wir auch einen Beitrag leisten können zur Weckung eines europäischen Gewissens in unseren drei Provinzen bzw. im Bundesland Tirol und so unsere Bevölkerung auch bereit wird, und daß schließlich die politischen Organe das größere übergeordnete Interesse und die Aufgaben Europas sehen.

PRESIDENTE: Intende replicare? A lei la parola.

LEITNER: Ganz kurz nur, Herr Präsident.

Ich habe schon gesehen, daß die Regionalregierung noch kein klares Projekt vorlegen kann. Das habe ich mir auch nicht erwartet, weil dann hätte sie schon früher geantwortet. Es ist erbauend zu erfahren, daß die Leute von der Opposition auch etwas gelten - also daß nicht die Regierung allein die Weisheit gepachtet hat, so wie es der Vizepräsident gesagt hat. Wenn man sich die Diskussion gestern angehört hat, dann war es ganz anders, aber bitte... Wir nehmen auch das schon gerne zur Kenntnis. Das ist nicht polemisch gemeint, das ist so gemeint, wie ich es gesagt habe. Wir werden selbstverständlich unsere Vorschläge zu diesem Thema formulieren und einbringen, weil ich einfach der Meinung bin, daß die Bevölkerung das von uns auch erwartet. Wir dürfen hier nicht ins Blaue diskutieren. Es gibt sicherlich Unterschiede. Hier ist der Altlandeshauptmann Partl zitiert worden, der eben von vornherein das Trentino miteinbezogen hat, und ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, wir haben auch nichts dagegen, wenn das Trentino mitmacht. Es braucht aber den erklärten Willen dazu. Den habe ich bisher nicht festgestellt, deswegen habe ich immer plädiert für ein - und tue es auch noch - für zwei Geschwindigkeiten dieser Europapolitik bzw. in dieser Tirolpolitik. Anders wird es wahrscheinlich nicht gehen. Aber ich erwarte, daß die Regionalregierung dann schon auch klarer diese Ziele formuliert. Wie gesagt, werden wir unseren Beitrag leisten und unsere Vorstellung auch hier einbringen und auch der Öffentlichkeit bekanntgeben.

PRESIDENTE: Abbiamo esaurito questo punto, durante il dibattito ci sarà la possibilità di chiarire e precisare meglio tutta una serie di aspetti che non sono emersi da questo dibattito.

Sulle due mozioni la parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Credo sia stato utile sgombrare il terreno dalle interrogazioni del collega Leitner, perché la connessione di quella interrogazione con le due mozioni era talmente fragile e debole che rischiava in qualche modo di depotenziare il significato politico delle due mozioni, allora credo sia stato importante riportare alla nostra attenzione il tema dell'Europa, abbiamo interessi anche alla regione europea, probabilmente questa ipotesi potrà svilupparsi anche in rapporto all'evoluzione dell'Europa, però credo che oggi in questa fase del dibattito occorre rimettere l'accento sul tema dell'Europa, come del resto si propongono le due mozioni.

Allora credo che occorra, anche per comprendere la portata e il significato di quelle due mozioni, comprendere un po' la fase nella quale si trova il processo di costruzione dell'Europa: è una fase molto critica, che esprime un cumulo di difficoltà e che ha indebolito, se non attenuato, lo spirito costituente del 1988, richiamato giustamente dalla mozione Benedetti, ma che è più profondo, qui non c'è solo il ritardo rispetto alla prospettiva costituente dell'Europa, ma c'è da sottolineare la

crisi stessa del processo e dei modelli e in questo senso riprenderò anche successivamente alcune riflessioni. Quali sono i motivi e le radici di questa crisi? Occorre che abbiamo presente lo scenario, il contesto nel quale riflettiamo su queste cose, perché altrimenti rischiamo di ridurre le nostre opzioni ad un puro richiamo retorico, volontaristico e che non prende in esame i duri dati della realtà. Allora diciamolo chiaro: dopo la caduta del muro di Berlino, quando, credo, molti popoli dell'Europa, certamente noi stessi, auspicavamo e vedevamo in qualche modo vicina la prospettiva di un nuovo ordine internazionale, ebbene quella prospettiva a distanza di pochi anni dobbiamo constatare amaramente che era un'illusione, voi ricordate che allora qualcuno parlava di fine della storia, di una prospettiva di prosperità, di pace e di sviluppo che poteva aprirsi almeno per i popoli dell'Europa, a distanza di 4 anni - che sono secoli nelle prospettive tradizionali con le quali comprendevamo i processi politici - vediamo quanto invece si è sedimentato di macerie, di crisi, di catastrofi al posto delle prospettive di sviluppo della democrazia e della economia e credo che gli episodi e la situazioni della vicina Jugoslavia rappresentino veramente una testimonianza che non ha bisogno di ulteriori spiegazioni per comprendere qual è il livello della crisi che è subentrato alla rottura di quell'equilibrio del terrore, di quell'equilibrio bipolare che avevamo prima della caduta del muro di Berlino; in ogni caso al posto del nuovo ordine mondiale, purtroppo dobbiamo assistere all'esplosione di grandi situazioni di disordine con sofferenze atroci per i popoli che sono coinvolti in questi processi.

Dico questo perché lo stesso ruolo dell'Europa si è dimostrato impotente ed incapace rispetto a queste analisi, abbiamo constatato probabilmente in maniera concreta qual'era la difficoltà dell'Europa che i democratici sognavano proprio nel constatare come, ad esempio, nella crisi Jugoslava, per portare sempre un esempio vicino a noi, il ruolo dell'Europa è stato nullo, è prevalsa una serie di altri soggetti, sono prevalsi interessi di stato, di nazioni, ma non c'è stato il soggetto Europa all'opera, e questa probabilmente è anche una delle cause della degenerazione ulteriore di quelle crisi e Dio non voglia, che a partire dalla crisi dell'Unione Sovietica e a partire dalla situazione critica della Cecenia il dramma jugoslavo non si amplifichi per numeri di volte oggi purtroppo nemmeno pensabili.

Questo è un primo elemento della crisi dell'Europa, il secondo elemento va, a parer mio, ricondotto in un aspetto culturale, quella sorta di liberismo estremista che è sorto in molti paesi dell'Europa, che ha attraversato molte coscienze e che è secondo me la negazione di quella sorta di idea di economia sociale e di mercato sulla quale sono state fondate le nostre idee democratiche dello sviluppo civile e sociale delle popolazioni e credo che questa sorta di liberismo estremista sia quella cultura che oggi alimenta il grande partito dell'euroscetticismo, che è un partito in estensione e che alla fine determina anche i freni reali allo sviluppo dei processi democratici dell'Europa; legato a questi fenomeni c'è l'insorgenza dei nazionalismi, che sono in qualche modo accentuati e radicalizzati rispetto agli scenari difficili che sono davanti alle coscienze di ogni persona, se pensiamo ai rischi che incombono sul pianeta per la questione dell'ecologia, a questo grande problema che è la traslazione dei popoli e la necessità

di costruire ambiti di convivenza che vanno oltre quello che potevamo immaginare solo qualche anno fa.

Sono alcuni fenomeni, certo, questa non pretende di essere un'analisi esaustiva, ma credo che occorre aver presente queste cose, perché le nostre iniziative abbiano quel fondamento nell'analisi dei fatti che è necessaria, per non ridurre le nostre iniziative a puri appelli volontaristici e moralistici.

C'è qualche dato in più sulla crisi dell'Europa, la dialettica tra allargamento e approfondimento, che continua ad essere presente davanti a noi, soprattutto in relazione da una parte all'Europa che da 12 è arrivata a 15, e che è davanti a noi rispetto al come riprendere un ruolo anche nei confronti dei paesi dell'est, in particolare dei paesi del centro Europa, tant'è, che qualcuno parla di Europa a geometria variabile; quindi non abbiamo solo cause strutturali della crisi, ma questo determina una incertezza di strategie rispetto, ad esempio, alla necessità di allargare l'unione europea o piuttosto di approfondire e quindi potenziare il ruolo dei 12 o addirittura di un nucleo diverso all'interno degli stessi 12. C'è una incertezza di strategie che cogliamo quando sentiamo metafore del tipo 'Europa dei popoli', 'Europa delle regioni', 'Europa degli stati', 'Europa dei mercanti', 'Europa delle città' e chi più ne ha, più ne metta.

Credo che anche rispetto ad alcune accentuazioni che abbiamo sentito nel nostro dibattito, se vogliamo essere europei convinti, dobbiamo certamente pensare che un livello di governo forte deve nascere anche a livello dell'unione europea e a quell'augurio che è in molti di noi della federazione europea, invito i colleghi a leggere il testo, che è ancora disponibile, 'Il federalista', che riassume tutta una serie di dibattiti intervenuti fra i costituzionalisti americani alla fine del '700, quando con la convenzione di Filadelfia si stava costruendo la federazione degli Stati Uniti; è veramente un saggio importante, che richiama la nostra consapevolezza, l'idea del costituzionalismo democratico, che è alla base, credo, anche delle nostre prospettive politiche e degli sviluppi che i paesi europei e la stessa idea dell'Europa ha avuto in questi anni e che oggi è in crisi per i fenomeni che ho detto e credo che in riferimento a questa idea del costituzionalismo democratico è importante anche perché questa diventa l'anima di quella che ho già chiamato 'patriottismo della costituzione'; nel nostro caso potremmo parlare di un 'patriottismo dello statuto', il Verfassungspatriottismus, che è il cuore dello sviluppo della democrazia, il costituzionalismo democratico, che ha al suo fondamento due concezioni, l'equilibrio dei poteri, il bilanciamento dei poteri e i diritti di cittadinanza, i diritti dei cittadini, i diritti civili, politici e sociali.

E' allora in presenza di tutte queste considerazioni che credo che le due mozioni pongano alla nostra attenzione un problema importante, enorme, che ci coinvolge come cittadini, come trentini, come sudtirolesi, come cittadini di questa regione Trentino-Alto Adige, e credo che quello che ho cercato di dire possa in tutti noi dare la consapevolezza dei problemi in gioco e la radicalità dei problemi che dobbiamo affrontare in questa fase.

PRESIDENTE: Ho avuto una comunicazione, che trasmetto all'aula: il proponente primo firmatario, Benedetti, assieme al primo firmatario del gruppo della Lega,

chiedevano al Presidente di continuare la discussione e di rinviare la votazione al giorno 14. Ritengo che, se tra di voi riuscite a trovare un accordo sul dispositivo, non vorrei riaprire un'altra volta il dibattito, è meglio semmai sospendere qui la discussione e rinviare la trattazione di questi due punti all'ordine del giorno, anche perché comprendo che, se i primi firmatari di questi documenti non riescono a presentare entro tempi brevi - mi riferisco a questa mattina - un dispositivo unificato, ritengo che la discussione possa diventare inutile, perché vogliamo conoscere il frutto di questo ragionare assieme e di trovare un dispositivo che possa avere il consenso dell'aula.

Sull'ordine dei lavori la parola al cons. Alessandrini.

ALESSANDRINI: Un'informazione per me, ma che attiene l'andamento dei lavori. Mi pareva di aver avvertito uno squillo che doveva segnalarmi la conclusione del tempo a mia disposizione, è vero? Perché se era possibile volevo concludere.

PRESIDENTE: Le ho dato la possibilità di parlare nel rispetto del regolamento. Lei avrebbe esaurito il suo tempo.

ALESSANDRINI: Mi scusi.

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich bin darauf vorbereitet, wenn jetzt der Vorschlag gemacht wird, die Behandlung zu vertagen, die Behandlung dieser Beschlüßanträge. Ich bin einverstanden und ich bin der Ansicht, daß auch unser Begehrensantrag - Begehrensantrag Nr. 7 - auch einbezogen wird, da er ein Thema behandelt, das dazugehört. Aber ich darf jetzt nicht zum Thema selbst sprechen. Es ist mir ein Anliegen, dazu zu sprechen, da es die gesamte Region betrifft und sich europaweit auswirken wird. Ich bin einverstanden, daß man die Behandlung dieser Beschlüßanträge vertagt, aber so daß man dann am 14. Februar darüber noch reden kann, denn sonst müßte ich heute noch verlangen, zu diesem Thema zu sprechen.

PRESIDENTE: Sull'ordine dei lavori la parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Intervengo per esprimere un'opinione nettamente contraria al fatto di mettere insieme la mozione del cons. Benedikter, che riguarda la nuova costituzione italiana e il federalismo italiano e le altre due mozioni. Già sono sbalordita dal fatto che si è trattato e anticipato una interrogazione sull'euregio e due mozioni che riguardano il federalismo europeo, che non c'entrano proprio nulla; se adesso vogliamo prendere le paroline sentite alla televisioni e buttare tutto in un calderone e fare una discussione generica, bene, ma non credo che questo sia il nostro compito. La invito a tenere distinti questi argomenti, perché solo così abbiamo la possibilità di dare il necessario approfondimento, cioè non possiamo parlare di tutto; per la parola federalismo

prendiamo una enciclopedia e ci sono centomila significati, ma non ci conviene e quindi, ripeto, fra il resto devo anche dire che è un peccato che una discussione sul federalismo venga introdotta senza la necessaria importanza, quasi casualmente sull'onda di una interrogazione. Come proseguire? Visto che i due testi sono sostanzialmente uguali, credo che si potrebbe invitare i proponenti a vedere se sono disponibili a trovare un testo comune, per poi discutere sul testo unificato, se invece intendono mantenere ognuno il proprio...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Lei ha ragione, collega Zendron, bisogna tenere distinte le due cose. Eventualmente c'era la disponibilità, se ho capito bene, di ritirare il documento da parte dei firmatari del voto, mi riferisco ai conss. Benedikter e Klotz, ma non penso che intendano ritirarlo.

Cerchiamo di fare un po' di ordine: discutiamo le due mozioni. Faccio una raccomandazione: se oggi riuscite a trovare l'accordo sul dispositivo, riprendo l'argomento, se mi verrà richiesto, altrimenti accetto la richiesta avanzata dal cons. Benedetti, di rinviare alla prossima seduta del Consiglio, dando priorità a questo punto all'ordine del giorno. Se i proponenti delle due mozioni ritengono di chiedere al Presidente di riprendere l'argomento, sono molto disponibile, altrimenti ho capito, il tutto viene rinviato al giorno 14, quale primo punto all'ordine del giorno.

Nessuno si oppone su questa richiesta del cons. Benedetti, quindi procediamo con la trattazione dell'ordine del giorno, l'interrogazione a firma dei conss. Holzmann, Bolzonello e Taverna, che leggo:

'Interrogazione n. 30

Si interroga il Presidente della Giunta regionale per sapere quanti dipendenti sono stati assunti in provincia di Bolzano, con l'indicazione del gruppo linguistico, dalla Soc. Autostrada del Brennero S.p.A. da quanto è presidente il dott. Willeit.'

Intende illustrarla, cons. Bolzonello? A lei la parola.

BOLZONELLO: Intervengo sull'ordine dei lavori, per dire che sia a questa interrogazione, la n. 30, che alla successiva, n. 32, gradiremmo avere risposta scritta per poter valutare i dati richiesti.

PRESIDENTE: Sulle due interrogazioni è stata richiesta risposta scritta, la Giunta si attiva e passiamo alla prossima interrogazione, a firma dei conss. Holzmann e Taverna. Anche su questa, la n. 35 intende avere risposta scritta? La leggo, è brevissima.

'Interrogazione n. 35

Si interroga il Presidente della Giunta regionale per sollecitare una interpretazione autentica della legge regionale 22/99 laddove, per la nomina di dirigenti provenienti dall'esterno dell'Amministrazione si richiede come presupposto provata capacità ed esperienza. Poiché la formulazione non ci consente di individuare con precisione i criteri che possono portare ad operare scelte così importanti, siamo costretti a chiedere un chiarimento.'

Anche per questa interrogazione lei vuole risposta scritta.

Passiamo all'altra interrogazione, sempre a firma dei cons. Bolzonello, Holzmann e Taverna, ne dò lettura e poi mi dirà come devo comportarmi.

'Interrogazione n. 36

Per conoscere dal competente Assessore se sia a conoscenza che l'Ufficio Catasto di Brunico è stato oggetto di critiche da parte di professionisti che, con nota scritta, hanno rappresentato al precedente assessore alcuni modi di operare, da parte di dipendenti del Catasto, certamente censurabili. Le questioni affrontate anche, a quanto ci è dato da sapere, dall'attuale assessore, non hanno visto, peraltro, apprezzabili miglioramenti.

Ci è stato segnalato, in particolare, che vi sarebbero utenti abituali in grado di ottenere atti catastali vari in tempi brevissimi e ciò con la compiacenza del direttore d'ufficio, a fronte di altri che si vedono respinte le richieste (e al limite dei tempi stabiliti dalle leggi vigenti) per vizi di forma certamente trascurabili.

Vi sarebbe anche una facilità estrema nell'ottenere estratti, visure ed altra documentazione tecnica in copie fotostatiche semplici, prive quindi delle prescritte marche da bollo e dei diritti relativi.

Tra coloro che riceverebbero "trattamenti di favore" vi sarebbe anche il figlio del direttore, occupato presso una immobiliare della zona.

L'ufficio nel suo complesso conta, peraltro, su ben 13 unità lavorative, un numero quindi adeguato al lavoro, ciò nonostante vi sarebbe un notevole accumulo di arretrato e ciò per consentire il perpetrarsi della situazione sopra esplicitata.

Vanno anche citati, peraltro, comportamenti poco corretti che sarebbero stati tenuti dal direttore nei confronti del personale subalterno e ciò sia nella gestione delle ore straordinarie (non riconosciute anche in presenza di effettivo lavoro svolto) che nelle ore di missione, regolate con criteri personalistici del tutto fuori luogo.

Risulterebbero anche viaggi per missioni regolarmente effettuate dalla persona citata, ma con veicoli non rispondenti a quelli indicati nei fogli di missione.

Ciò premesso si chiede al competente Assessore se sia a conoscenza di quanto esposto e quali passi intenda promuovere per eliminare i "disservizi" sopra citati.'

A lei la parola per illustrare l'interrogazione.

BOLZONELLO: Credo che quanto abbiamo segnalato per iscritto sia abbastanza chiaro e quindi ritengo di non avere altro da aggiungere, se non che so già, e quindi anticiperò in parte quanto mi dirà l'assessore competente, che la regione ha avviato un'inchiesta su quanto abbiamo segnalato e che alcune cose sono nel frattempo cambiate, almeno così ci è dato di conoscere, però resto in attesa di quanto mi dirà l'assessore, perché sono molti i quesiti che abbiamo evidenziato nel nostro documento.

PRESIDENTE: La Giunta intende intervenire?

La parola al Vicepresidente Pahl.

PAHL: Ich würde den Unterzeichner ersuchen, ob er einverstanden ist, mit diesen Fragen, die das Personal betreffen, solange zu warten, bis der zuständige Assessor da ist. Er ist heute verhindert, denn er hat diese Untersuchungen geleitet. Der Personalassessor hat diese Nachfragen angestellt und deswegen glaube ich, ist es kollegialer von unserer Seite, wenn er selber antwortet, denn sonst sind meine Angaben zu ungenau, weil ich damit nicht direkt befaßt bin. Ich weiß nur ungefähr Bescheid, aber vielleicht ist es besser, wenn er antwortet, wenn Sie einverstanden sind. Beim nächsten Mal ist er da.

PRESIDENTE: Dopo la lettura e l'illustrazione, mi pare di aver capito che c'è una proposta di rinvio, altrimenti lei può chiedere al Presidente che si attivi per avere entro tempi brevi una risposta scritta.

BOLZONELLO: Non voglio risposta scritta, signor Presidente, naturalmente ritengo doveroso che vi sia anche l'assessore al personale, che il Vicepresidente della Giunta ha detto che colui il quale ha condotto in prima persona l'inchiesta per gli aspetti che riguardano i rapporti personali, il direttore, eccetera; però ritengo anche di aspettare per fare una discussione comune, ma anche l'assessore al Catasto credo debba entrare in merito ad alcune situazioni che abbiamo segnalato, perché sono più di pertinenza diretta dell'assessore al catasto, che non tanto di quello al personale, comunque non abbiamo nulla in contrario ad attendere l'assessore al personale, quindi se vuole la rimandiamo ad altra occasione, ma non certamente per avere risposta scritta.

PRESIDENTE: Lei si aspetta una risposta dalla Giunta e si riserva di replicare e questa interrogazione viene rinviata, consentendo alla Giunta di avere elementi tali da poter rispondere all'interrogante.

Questa mozione viene quindi rinviata, passiamo alla prossima interrogazione, la n. 37, a firma dei conss. Holzmann, Bolzonello e Taverna:

'Interrogazione n. 37

Siamo stati informati che i dipendenti:

- KOENIG geom. Georg
- MENAPACE geom. Silvano
- MAIRHOFER rag. Albert
- ATZ Norbert

sarebbero stati promossi al nono livello nonostante siano sprovvisti di laurea.

Inoltre risulta agli interroganti che i laureati vengono assunti inquadrati al settimo livello e pertanto non si comprende questo tipo di trattamento e, al riguardo, si sollecita un chiarimento.'

La Giunta intende intervenire?

La parola al Vicepresidente Pahl.

PAHL: Im Fall, Herr Abgeordneter, würde ich es vorziehen, daß der Personalassessor, der die Angelegenheit behandelt, selber antwortet, sonst wird es wieder etwas zu allgemein. Wenn Sie einverstanden sind. Es ist kein Ausweichen von unserer Seite, aber er ist detaillierter informiert und beim nächsten Mal ist er da.

PRESIDENTE: Mi pare di aver compreso che c'è la richiesta di rinvio anche di questa interrogazione, lei è d'accordo, cons. Bolzonello?

Bene, allora anche questa interrogazione viene rinviata, passiamo alla prossima, la n. 38, sempre a firma dei conss. Holzmann, Taverna e Bolzonello, che recita:

'Interrogazione n. 38

Si chiede all'assessore competente quando verrà coperto il posto di dirigente della quinta ripartizione e con quali modalità.'

La Giunta intende rispondere?

Anche questa interrogazione è rinviata. Prego la Giunta al prossimo Consiglio di essere in grado di fornire queste risposte, perché liquidiamo queste interrogazioni, che sono state presentate già da alcuni mesi.

Ancora a firma dei conss. Bolzonello, Holzmann e Taverna abbiamo un'altra interrogazione:

'Interrogazione n. 40

Per conoscere quali opere dell'A 22 sono state sottoposte a collaudi tecnici dal 1990 alla data odierna, nonché i nominativi, compensi ed amministrazione di provenienza dei relativi collaudatori.'

La Giunta intende prendere la parola?

C'è una risposta scritta, che potrei leggere, ma se lo vuole fare lei...

La parola al Vicepresidente Pahl.

PAHL: Präsident Grandi hat hier eine schriftliche Antwort mit ganz detaillierten Angaben vorbereitet. Ich kann Ihnen die auch gleich übermitteln, denn sie zu lesen ist sehr sehr umfangreich. Hier ist ganz genau aufgeschlüsselt, welche Kontrollen vorgenommen worden sind. Kontrollen sind vorgenommen worden. Ich kann es Ihnen gleich ablichten lassen, wenn Sie wollen. Fra due minuti.

PRESIDENTE: La parola al cons. Bolzonello.

BOLZONELLO: Era più che logico chiedere la risposta scritta a questa interrogazione e adesso il Vicepresidente della Giunta regionale ha annunciato che fornirà questi riassunti e quindi valuteremo quando saremo in possesso di questa documentazione la risposta, ma immagino che siano dati precisi, quindi apprezzeremo il lavoro della Giunta, quando saremo in possesso dei documenti.

PRESIDENTE: Abbiamo ora un'interrogazione urgente a firma del cons. Peterlini:

'Interrogazione urgente n. 42

Il sottoscritto interroga il Presidente del Consiglio regionale, per sapere per quanto tempo accetterà che il consigliere regionale Pinter diffonda dei dati errati sugli emolumenti dei consiglieri regionali in carica ed in quiescenza e quali provvedimenti egli intende assumere in merito.

In allegato viene messa trasmessa una tabella che il cons. Pinter ha messo a disposizione della Stampa, nella cui terza parte compaiono dati errati relativi agli emolumenti lordi degli ex consiglieri della Provincia di Bolzano. Una tabella simile circola anche in Trentino. Mi sono permesso di aggiungere a margine gli importi netti corretti, affinché ciascuno possa vedere a quanto ammontano i veri importi netti, che peraltro il nostro disegno di legge prevede di ridurre drasticamente.'

Semplifico il tutto, ieri abbiamo fatto un notevole passo in avanti, abbiamo approvato una legge e penso che, non essendo presente in aula il Vicepresidente Peterlini, l'interrogazione decade, anche perché ritengo che in questo momento le polemiche non servono a nessuno; se posso fare una raccomandazione pregherei che determinati dati ed informazioni, se non sono esatti, non vengano resi pubblici, in quanto potrebbero disturbare l'immagine dell'istituzione.

Abbiamo un'altra interrogazione a firma dei cons. Holzmann, Taverna, Minniti, Bolzonello e Benussi:

'Interrogazione n. 46

Si interroga il Presidente della Giunta regionale per sapere per quali ragioni non sono state ancora avviate le procedure per definire la posizione del dott. Putz che attualmente ricopre l'incarico di Segretario Generale presso la Giunta regionale.

Se dovesse perdurare l'inerzia della Giunta Regionale, entro fine mese il dott. Putz dovrebbe essere reintegrato nella posizione di Segretario Generale del Consiglio regionale lasciando così scoperto il posto attualmente occupato.

Al riguardo si sollecita una risposta e, nel contempo, qualora emergesse l'intenzione di non avvalersi dell'attuale Segretario Generale della Giunta Regionale si chiede se il posto potrebbe essere occupato da un candidato appartenente al gruppo linguistico italiano, in caso contrario si chiede un'ulteriore spiegazione.'

Anche questo penso sia un problema risolto, avendo concesso al Dr. Putz di avere ancora 6 mesi di aspettativa, perciò il Dr. Putz in questo momento svolge in maniera attiva il lavoro di Segretario Generale della Giunta.

Intende intervenire su questa interrogazione, cons. Bolzonello?

Il tutto è decaduto.

Abbiamo un'altra interrogazione a firma dei conss. Holzmann e Bolzonello:

'Interrogazione n. 47

I sottoscritti consiglieri regionali del MSI-DN interrogano l'Assessore al Libro Fondiario per sapere:

1. per quali ragioni in provincia di Bolzano esiste un enorme arretrato di 30.000 domande;
2. quali sono le cause di questa gravissima situazione visto che, considerando i carichi di lavoro degli aiutanti tavolari e dei conservatori il loro numero appare addirittura spropositato;
3. perché l'ispettore provinciale ed i vari capi ufficio, a fronte di quanto sopra, non sono stati rimossi vista l'incapacità dimostrata;
4. per quali motivi la Regione ha consentito che tale situazione si protrasse nel tempo.'

Intende prendere la parola, cons. Bolzonello?

BOLZONELLO: Spesso e volentieri vediamo delle prese di posizione sui giornali per renderci edotti del fatto che questi uffici regionali siano così presenti e così attivi sul territorio e via dicendo, oltre tutto si leggono anche iniziative di assunzione di personale per il Catasto o per il Libro fondiario, mentre ci accorgiamo che invece vi sono dei disservizi notevoli, credo che molti di noi abbiano avuto modo di verificarlo di persona o perché sono stati informati che spesso e volentieri passano tempi lunghissimi dalla

presentazione di una qualsiasi domanda di iscrizione alla definizione di una pratica stessa. Abbiamo indicato in 30.000 che hanno necessità di essere evase e riteniamo quindi di dover conoscere e capirne le ragioni, ed anche che cosa intende fare al Giunta per arrivare non dico ad un espletamento di pratiche in tempi reali, vista la meccanizzazione e via dicendo, però, dato anche il consistente numero di personale presente in questi uffici, capire perché non si arriva ad avere tutto in tempi relativamente brevi.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: So, dann gebe ich das Wort dem Ausschuß. Assessor Messner. Bitte schön.

MESSNER: Verehrte Abgeordnete, verehrte Damen und Herren!

Zur Anfrage Nr. 47 bringe ich folgende Stellungnahme: Zum 31.10., also Ende Oktober 1994, waren insgesamt 28.309 Rückstände in der Provinz Bozen zu verzeichnen. Davon 18.000 Anträge, für die noch kein Grundbuchsdekret ausgestellt wurde und 10.155, für die bereits das Grundbuchsdekret ausgestellt und unterschrieben vom Grundbuchsrichter wurde, aber die noch nicht ins Hauptbuch eingetragen sind. Die Gründe für die hohe Anzahl an Rückständen müssen getrennt gesehen werden von Anträgen ohne unterschriebenen und Anträgen mit unterschriebenem Grundbuchsdekret, weil erstere also, für die das Dekret noch auszustellen ist, in die Zuständigkeit des Grundbuchsführers und letztere in die Zuständigkeit der Grundbuchsgehilfen fallen. Weiters muß auf ungeeignete Räumlichkeiten und andere Gründe eingegangen werden, die ebenfalls zum Anwachsen der Rückstände beigetragen haben.

Was die Tätigkeit der Grundbuchsführer betrifft folgendes: Bekanntlich steht den Grundbuchsführern die Überprüfung des Grundbuchsantrages und der beigelegten Dokumentation sowie die Erstellung des bezüglichen Grundbuchsdekretes zu. Das Dekret wird in der im Antrag benützten Sprache erlassen. Vom Jahre 1989 an und bis zum Inkrafttreten des Regionalgesetzes Nr. 22/1993 hingegen wurde das Grundbuchsdekret im Sinne des Artikels 14 Absatz 3 des Regionalgesetzes Nr. 5/1991 im doppelten Original erlassen oder mußte erlassen werden in der Provinz Bozen. Im Sinne des Artikels 9 des Regionalgesetzes Nr. 1/1980 ist der Zugang zum Berufsbild des Grundbuchsführers abhängig vom Besitz des Doktorates in Rechtswissenschaften. Es hat sich dabei erwiesen, daß die Aufnahmen von Grundbuchsführern in der Provinz Bozen schwieriger als in der Provinz Trient war. Diese Sachlage hat sich letztlich mit der Einführung der sogenannten Grundbuchszulage geändert, seit einigen Monaten, mit der das Gehalt jenem der selben Funktionsebene im Landesdienst angepaßt wurde. Aus den statistischen Daten der letzten zehn Jahre ist ersichtlich, daß das Verhältnis zwischen eingelangten Anträgen und diensttuenden Grundbuchsführern in der Provinz Bozen immer schlechter war als jenes in der Provinz Trient, wo die Anzahl der

Rückstände mehr oder weniger gleich sind wie vor zehn Jahren. Darüber hinaus und im Unterschied zur Provinz Trient, in der die Grundbuchsführer durchschnittlich ungefähr 10 Prozent der Grundbuchsdekrete selbst schreiben, werden in der Provinz Bozen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre über 50 Prozent der Grundbuchsdekrete von den Grundbuchsführern selbst geschrieben und nicht von den Notaren vorbereitet. In dieser schon von sich aus für die Provinz Bozen nachteiligen Situation kam es zu vielfältigen Streitaktionen und schließlich wie oben erwähnt zu einer doppelten Erstellung des Grundbuchsdekretes über drei Jahre hinweg von 1991 - 1993. Diese letztgenannten Ereignisse haben zur großen Zunahme von Rückständen in den letzten fünf Jahren geführt. Dies sind die Gründe, die zu den Rückständen geführt haben und die nicht im Verantwortungsbereich des Inspektors und der verschiedenen Amtsleiter liegen, die im Gegenteil immer die Probleme und den Personalmangel aufgezeigt haben und auch Lösungsvorschläge gebracht haben. So war es möglich, im Jahre 1993 fünf Grundbuchsführer aufzunehmen. Im Jahre 1994 hingegen wurden neun Grundbuchsführer aufgenommen. Gleichzeitig sind im Jahre 1994 zwei Grundbuchsführer aus dem Dienst ausgeschieden.

Zusammenfassend ergibt sich in der Provinz Bozen für den Zeitraum von Juni 1993 bis heute eine Zunahme von elf neuen Grundbuchsführern, wovon jedoch nur fünf auf Dauer aufgenommen wurden, während die übrigen sechs nur provisorisch eingestellt wurden. In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, wie wichtig im Grundbuchswesen eine ständige fachliche Weiterbildung und deren praktische Anwendung sind und daß die dauernden personellen Veränderungen, wie wir sie in den letzten Jahren feststellen, leider Gottes feststellen mußten, innerhalb eines Amtes äußerst schädlich sind. Darüber hinaus ist ein neu aufgenommener Grundbuchsführer nicht sofort in der Lage auch wirksam zu arbeiten und selbst Dekrete auszustellen. Er benötigt dazu eine beträchtliche Anlaufzeit und Ausbildung. Dies bedeutet nämlich, daß die im Jahre 1993 eingestellten Grundbuchsführer erst jetzt im Jahre 1994 anfangen einigermaßen selbständig zu arbeiten, während die im Jahre 1994 aufgenommenen Grundbuchsführer noch wenig konkreten Beitrag zur Verringerung der Rückstände leisten können. Trotzdem ist es gelungen die Anzahl der Rückstände bezogen auf die auszustellenden Dekrete, d.h. also auf die Arbeit der Grundbuchsführer, zu verringern. Als Beweis dazu dienen die statistischen Daten der einzelnen Ämter, aus denen hervorgeht, daß trotz einer beträchtlichen Zunahme der eingelangten Anträge gegenüber dem Vorjahr insgesamt 2.000 Anträge mehr eingegangen sind, das sind also 8 Prozent mehr Anträge, die gestellt worden sind, so daß es zu einer Verringerung der Rückstände in diesem Bereich um ca. 1.700 Anträgen gekommen ist. Dies läßt also einen konstanten Abbau der Rückstände bei den auszustellenden Grundbuchsdekreten erwarten. Dies vor allem dann, wenn die mit Zeitvertrag aufgenommenen Grundbuchsführer bestätigt werden können und nicht nach ihrer Ausbildung und dem dazu notwendigen Einsatz der Amtsleiter den Dienst verlassen müssen oder freiwillig ausscheiden, weil sie von den Freiberuflern eventuell vielleicht besser gezahlt würden.

Ich meine deshalb, daß die Anzahl der Grundbuchsführer keineswegs übermäßig hoch erscheint und daß der aktuelle Stellenplan der einzelnen Ämter die

tatsächlichen Verhältnisse und die Notwendigkeit der Verringerung der Rückstände auch berücksichtigt. Dies gilt um so mehr, wenn man an den Einsatz auf dem Gebiet der Wiederherstellung des Grundbuchs denkt, das ja auch erst in den letzten Jahren richtig angelaufen ist, d.h. der grundbücherlichen Aufarbeitung der Neuvermessungen und dann wenn man an das Pilotprojekt zur Speicherung des Grundbuches denkt. Wir haben ja jetzt auch konkret mit der Speicherung bei uns in Schlanders begonnen und in der Katastralgemeinde Cles.

Was hingegen die Arbeit der Grundbuchshelfen betrifft, muß eingangs der Artikel 6 des Regionalgesetzes Nr. 1/1980 erwähnt werden, welcher deren Aufgaben beschreibt. Zum Grundbuchshelfen wird man indem man nach geleisteten drei Dienstjahren als Verwaltungsbeamter einen internen Wettbewerb besteht. Dies festgehalten und nach Überprüfung der Anzahl der Grundbuchshelfen bezogen auf die tatsächliche Arbeitsleistung kann man eine klare und eindeutige Begründung für die hohe Anzahl der Rückständen in der Provinz Bozen geben. Und dabei ergibt sich alles andere als eine übermäßig hohe Anzahl an Grundbuchshelfen. So haben z.B. im Jahre 1993 die 36 Grundbuchshelfen der Provinz Bozen 68.000 Grundbuchsauszüge vorbereitet und 30.000 Grundbuchsdekrete, und zwar im doppelten Original, also Deutsch und Italienisch, eingetragen. Im selben Zeitraum haben 50 Kollegen der Provinz Trient 42.000 Grundbuchsauszüge erstellt und 36.000 Grundbuchsdekrete nur in italienischer Sprache eingetragen.

Da nun jeder weiß, daß der Arbeitsaufwand bei den Eintragungen fast doppelt so hoch ist in der Provinz Bozen gegenüber der Provinz Trient, weil sie eben im doppelten Original eingetragen werden müssen, und jeder die Anzahl der Grundbuchsauszüge kennt, kann, so denke ich, jeder Ermessen, ob es in der Provinz Bozen tatsächlich im Verhältnis zur Arbeit zu viele Grundbuchsangestellte, Grundbuchshelfe gibt. Auch in diesem Fall liegen die Gründe, die zu den Rückständen geführt haben, sicherlich nicht im Verantwortungsbereich des Inspektors und der verschiedenen Amtsleiter, die wiederholt auf die Probleme auch aufmerksam gemacht haben.

Ein drittes... Moment... Es besteht dann ein Mangel an geeigneten Räumlichkeiten vor allem in den Ämtern von Bozen, Brixen, Neumarkt, Schlanders und Welsberg, wobei vor allem auf den Mangel in der Stadt Bozen hinzuweisen ist, und hier denke ich finden wir noch in diesem Jahr auch eine Lösung, weil es doch gelingen müßte den Rechnungshof des Landes, der dort einen ganzen Stock des Amtsgebäudes der autonomen Region Trentino-Südtirol besetzt, endlich wegzubringen und diese Räumlichkeiten vor allem für das Grundbuch und auch das Kataster zur Verfügung zu stellt. Denn Sie werden verstehen, daß die Grundbuchsführer, die Dekrete vorbereiten müssen, telefonieren müssen und nicht gut arbeiten können, wenn sie ständig vom Personal, das ein- und ausgeht auch gestört werden. Laut Schätzungen auch des Grundbuchsdirektors könnte man auch damit zumindest zu einer effizienteren, besseren Arbeitsweise von 15 bis 20 Prozent kommen und ich denke, daß wir hier in diesem Jahr noch zu einer Lösung kommen. Sie wissen auch, daß z.B. in Sterzing das Grundbuchamt neu eingeweiht worden ist, noch im Dezember letzten Jahres; daß in

Welsberg mit den Arbeiten begonnen wird, damit wir tatsächlich auch die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung haben.

Das waren in etwa die Gründe und auch die Vorausschau für die Zukunft, wo wir bei den Grundbuchsdekreten schon merklich zurückgegangen sind und noch zurückgehen werden, wenn uns die Grundbuchsführer auch bleiben und wenn wir auch die Eintragung der Grundbuchsdekrete in Zukunft besser in den Begriff bekommen.

PRÄSIDENT: Ich glaube, das gehört aber zur Vollständigkeit dazu. Er sind nur noch ein paar Minuten.

Abg. Benedikter... Entschuldigung. ...Abg. Bolzonello, wollen wir das noch anhören. Mir ist es gleich.

Ihr seid hungrig, dann gehen wir essen. Um 15.00 Uhr.

(ore 13.08)

(ore 15.10)

Presidenza del Presidente Tretter

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

WILLEIT: (*Sekretär*):(*ruft die Namen auf*)
(*segretario*):(*fa l'appello nominale*)

PRESIDENTE: I lavori riprendono.

Stiamo discutendo l'interrogazione n. 47 a firma dei conss. Holzmann e Bolzonello.

La parola al cons. Bolzonello.

BOLZONELLO: Grazie, signor Presidente. Devo dire che ho ascoltato con interesse la risposta dell'assessore Messner ai quesiti che avevamo sottoposto alla Giunta in materia di espletamento dei lavori all'interno del Catasto e del Libro fondiario. Mi pare però che sostanzialmente l'assessore Messner abbia confermato la situazione che abbiamo citato nell'interrogazione, cioè che vi è una grave persistenza di arretrato, devono essere registrate decine di migliaia di decreti tavolari, con le conseguenze che sono note a coloro i quali necessitano dell'espletamento definitivo di queste pratiche.

Posto che comunque nel corso degli anni evidentemente al di là delle concause, che vi sono state, vi deve essere lo sciopero, la carenza di personale e via dicendo, vi è anche stata, da chi l'ha preceduta in quella carica, una sorta di, non oso dire, trascuratezza o poca voglia di andare a mettere veramente mano alla questione, però se ancora oggi permane tutto questo arretrato, un motivo vi deve essere. La questione di fondo credo vada vista nell'ottica del fatto che da noi purtroppo in questi

casi alcune norme in materia di bilinguismo prevedono delle cose che sono astruse e che poi generano questo tipo di perversione, perché arrivare ad avere decreti in due lingue, eccetera, al di là del fatto che sia un diritto avere intavolato nelle due lingue un decreto, sinceramente credo che probabilmente anche su questo bisognerà, nel corso degli anni da qui in avanti, fare una sorta di ripensamento, perché, ripeto, rallentare in maniera consistente tutto un'iter burocratico solo per questo, mi pare poco corretto in una regione ed in uno stato che dovrebbero invece avere altri obiettivi, e cioè essere più vicini alla gente, agli utenti e consentire l'espletamento in tempi reali di quanto viene sottoposto alla pubblica amministrazione, ma questo naturalmente, almeno ad oggi, è al di là di ogni possibilità.

Rilevo comunque, signor assessore, e la conferma mi è data proprio dal fatto che al di là di qualche spostamento di percentuali ridicole o comunque molto basse, che non vi è una diminuzione reale dell'arretrato, permane questa situazione, credo che si debba rivedere tutta la normativa in materia di bilinguismo degli atti per arrivare veramente a dare un servizio ottimale.

Mi pare che altro non debba dire in replica a questa interrogazione. Grazie.

PRESIDENTE: Abbiamo esaurito anche questo punto all'ordine del giorno. Passiamo alla mozione n. 12, presentata dai consiglieri regionali Palermo, Passerini e Chiodi, concernente l'utilizzo di beni ed attrezzature per fini estranei agli interessi della collettività. Prego uno dei firmatari di dare lettura della mozione.

PALERMO: Signor Presidente...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Chiedo scusa, se il cons. Palermo è d'accordo procediamo alla trattazione congiunta, perché sono state presentate due interpellanze, lei è il primo firmatario...

(Interruzione)

PALERMO: La n. 3 e la n. 5. Quindi leggo anche le interpellanze nn. 3 e 5?

PRESIDENTE: Sì.

PALERMO: Va bene, infatti avevo chiesto al Vicepresidente se intendeva rispondere ed ha risposto affermativamente. Per la verità avevo fatto delle richieste specifiche che riguardavano il Presidente della Giunta...

PRESIDENTE: Il Presidente è assente giustificato, perché è a Bruxelles, se lei le vuole trattare ed ha piacere che ci sia il Presidente, rinviemo l'argomento.

PALERMO: Per la verità, dato che si tratta di domande specifiche rivolte al Presidente della Giunta e che riguardano in particolare l'ufficio della Presidenza della Giunta, che evidentemente è un ufficio sul quale non ha una responsabilità specifica il Vicepresidente, riterrei che per motivi di opportunità vengano trattate con la presenza del Presidente della Giunta, non potendo dare il Vicepresidente certe risposte.

PRESIDENTE: Questa è una richiesta rispettosa nei confronti del Presidente, che è assente giustificato, quindi rinviemo la trattazione di questi punti all'ordine del giorno, ossia le due interpellanze e la mozione e mi attiverò per metterle all'ordine del giorno della prossima seduta.

PALERMO: La ringrazio.

PRESIDENTE: Passiamo al punto n. 6 dell'ordine del giorno: **Interpellanza n. 4, presentata dai consiglieri Taverna, Benussi, Bolzonello, Holzmann e Minniti.**

La parola al cons. Taverna per la lettura e l'illustrazione dell'interpellanza.

TAVERNA:

Interpellanza n. 4

Premesso che la C.C.I.A.A. di Trento ha comunicato agli associati L.A.P.E.T. (Libera Associazione Periti ed Esperti Tributaristi) la decisione di procedere alla loro cancellazione a causa della soppressione del ruolo - Categoria XXII - Attività varie - Sub categoria 7. tributi -;

Considerato che:

la soppressione del ruolo è fatta dipendere dalla decisione del Consiglio di Stato, Sez. VI, resa in data 04.05.1993, n. 2225 e non notificata, che dispone l'annullamento della delibera n. 84 del 14.03.1989 di iscrizione nel ruolo sopra evidenziato, vale a dire Sub categoria - 7. Tributi, di alcuni associati alla predetta L.A.P.E.T.;

la pronuncia non riguarda le delibere di iscrizione adottate in precedenza e divenute inoppugnabili per decorrenza dei termini previsti dalla legge;

la C.C.I.A.A. di Trento, in fase di esecuzione del giudicato, non può non tenere conto dei mutamenti legislativi intervenuti, ossia nel tempo intercorrente tra la presentazione del ricorso (momento al quale si riferisce la pronuncia del magistrato) e la concreta realizzazione del disposto contenuto nella pronuncia medesima;

la legittimità del ruolo camerale dei periti ed esperti tributaristi è stata legislativamente riaffermata da diverse norme sopravvenute, come di seguito elencate:

a) art. 30, lettera i) della Legge n. 413/91;

- b) art. 78, comma 4 della Legge n. 413/91, come modificato dall'art. 10, comma 5 ter, della Legge 14.11.1992, n. 438 di conversione in Legge del D.L. n. 384/92;
- c) art. 69 del D.L. n. 331/93, recentemente convertito in Legge n. 427/93;

le norme sopra richiamate dimostrano che il nostro ordinamento legittima la sussistenza della categoria professionale dei consulenti tributari identificata negli iscritti al ruolo camerale dei periti ed esperti tributaristi e che pertanto la sopravvenuta normativa ha disatteso e superato la citata sentenza del Consiglio di Stato;

la C.C.I.A.A. di Trento non poteva annullare le iscrizioni già operate per le ragioni relative ai limiti oggettivi del giudicato amministrativo, né poteva nemmeno sopprimere il ruolo dei periti ed esperti tributaristi, come riconosciuto e legittimato legislativamente, dovendo comunque ottenere la preventiva autorizzazione del Ministero dell'Industria, del Commercio e dell'Artigianato e della Regione autonoma del Trentino-Alto Adige, deputati al controllo, secondo le rispettive competenze;

il ruolo dei periti ed esperti tributaristi è conseguenza delle norme di cui al R.D. 20.09.1934, n. 2011, al Decr. legisl. Igtn. 21.09.1944, n. 315, ai D.M. 04.01.1954, 10.12.1956 e 29.12.1979 e che il ruolo medesimo è confermato dalla circolare del Ministero dell'Industria, del Commercio e dell'Artigianato, prot. n. 223762 del 01.12.1993, inviata alle C.C.I.A.A. di tutta Italia, compresa quella di Trento;

la C.C.I.A.A. di Trento è la sola in Italia ad aver adottato con deliberazione n. 622 del 17.10.1993 il provvedimento di annullamento della Sub categoria 7. Tributi in seno alla Categoria XXII - Attività varie - del ruolo dei periti e degli esperti tributaristi della Provincia di Trento, arrecando con tale atto grave nocumento morale e materiale degli iscritti al ruolo medesimo, discriminati anche sul piano costituzionale per la disparità di trattamento rispetto ai loro colleghi del resto d'Italia.

Tutto ciò premesso e considerato i sottoscritti consiglieri del M.S.I.-D.N.

INTERPELLANO

il Presidente della Giunta se non ritenga urgente necessario, ai sensi dell'art. 28 della L.R. 9 agosto 1982, n. 7, commi 1 e 2, decretare l'annullamento della deliberazione n. 622 del 11. 10.1993 della Giunta della C.C.I.A.A. di Trento, ultimando alla medesima l'adozione di tutti i consequenziali provvedimenti.

PRESIDENTE: Intende illustrarla? Le ricordo che le interpellanze vengono trattate come previsto per le interrogazioni, ha 5 minuti per l'illustrazione.

La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, ritengo a questo punto opportuno, anche se il testo dell'interpellanza, per quanto riguarda la parte introduttiva, possa considerarsi sufficientemente completo, in relazione anche alla numerosa legislazione che in questa

introduzione si è inteso richiamare, a mio giudizio, al di là di qualsiasi altra considerazione, ritengo mettere in evidenza una questione molto semplice: la decisione assunta, e da noi contestata in questa interpellanza, dalla Giunta camerale della Camera di commercio di Trento è una decisione che è la sola e l'unica assunta a questo riguardo dalla Camera di commercio di Trento in relazione alla situazione esistente nel resto del territorio nazionale, ma c'è di più. In relazione a questa decisione da parte della Giunta camerale della Camera di commercio di Trento abbiamo nel territorio della regione due situazioni distinte, una situazione nella quale ovviamente a seguito di quella decisione il ruolo degli esperti tributari previsto dalla numerosa legislazione, cui prima facevo riferimento in provincia di Trento, è stato annullato, e quindi di conseguenza quei professionisti non esistono più, in quanto facenti parte di un ruolo previsto e disciplinato dalla legge nazionale, questo tipo di professione quindi in provincia di Trento non esiste più, mentre invece la stessa professione la si può esercitare liberamente, perché non vi è stato analogo provvedimento intrapreso dalla Camera di commercio di Bolzano, di conseguenza sul territorio della regione le due Camere di commercio hanno assunto diversi atteggiamenti, talché esiste una disparità, una discriminazione per cui per uno di questi professionisti che intendesse cambiare residenza e trasferirla in uno dei comuni della provincia di Bolzano avrebbe la possibilità, cancellato a Trento, di vedersi iscritto presso la locale Camera di commercio sita a Bolzano, mi pare che a questo proposito non occorre nemmeno procedere nell'illustrazione di altri concetti o di altre argomentazioni, perché questa argomentazione è sufficientemente decisiva per dimostrare come questo trattamento discriminatorio debba essere cancellato, a meno che non si intenda che il provvedimento adottato dalla Camera di commercio di Trento sia legittimo, mentre riteniamo che non lo sia, e il comportamento per converso non adottato da tutte le altre Camere di commercio, compresa la Camera di commercio di Bolzano, sia da ritenersi, per assurdo nel ragionamento, illegittimo proprio in ragione delle valutazioni cui facevo riferimento, di conseguenza è necessario ricondurre ad un unico trattamento, per quanto riguarda i soggetti discriminati in provincia di Trento e non discriminati in provincia di Bolzano, fatto sta che a soluzione delle eventuali interpretazioni che a questo proposito si dovessero manifestare in relazione alla questione sollevata da questa interpellanza, è giunta in soccorso una recentissima circolare firmata dal Ministro dell'Industria Gnutti, il quale ha stabilito - questa circolare è stata inviata a tutte le Camere di commercio d'Italia, compresa quella di Trento - che la situazione, tenuto conto della sentenza del Consiglio di stato cui prima facevo riferimento, vale a dire sentenza con la quale il Consiglio di stato aveva ritenuto di dover decidere circa l'illegittimità del ruolo camerale, quando il Ministero di grazia e giustizia, dando parere favorevole al mantenimento del ruolo ed il Ministero dell'industria, dando parere favorevole, affinché le Camere di commercio mantenessero in essere i ruoli, alla data del 30 settembre 1993, tenuto conto che nelle more di tempo della presentazione del ricorso e del giudicato da parte del Consiglio di stato era intervenuta una norma, l'art. 69 del decreto legge 331 del 1993, che al comma c) esplicitamente riconosceva la categoria dei consulenti tributari prevista in relazione al ruolo istituito ai sensi di legge e quindi di conseguenza la sentenza del Consiglio di stato

che andava a dichiarare illegittimi tali ruoli veniva nel frattempo superata dalla sopravvenuta legislazione, la quale - come ho detto poc'anzi - all'art. 69 riconosceva esplicitamente per quanto riguarda il contenzioso tributario la sussistenza di tutti i requisiti - concludo, signor Presidente -, perché il ruolo degli esperti e periti tributari istituiti dalle Camere di commercio dovessero essere ritenuti validi e organici alle disposizioni di legge, di conseguenza mi pare sia più che evidente a questo punto la necessità da parte dell'organo di controllo, che è costituito dalla Giunta regionale, di procedere attraverso quanto disposto dalla legge regionale che detta norma di natura ordinamentale alle Camere di commercio di dover intervenire al fine di eliminare la decisione da noi contestata, vista l'inerzia della Camera di commercio a questo riguardo, anche in presenza di una lettera del Presidente della Giunta regionale, che invocava la Camera di commercio al ripristino del ruolo medesimo.

PRESIDENTE: La Giunta intende rispondere?

La parola all'assessore Casagranda.

CASAGRANDA: Il cons. Taverna, nella sua interpellanza, ha le sue buone ragioni, perché sia fatta un'analisi di quello che è stato fatto e di quello che si può fare su questa interpellanza.

Come ha detto, lei sa che c'è il Consiglio di stato, dove tutt'ora pende un ricorso, da parte dell'assessorato e della Giunta regionale c'è la volontà anche di risolvere questo problema, non appena ci sarà l'opportunità e il cons. Taverna ha una parte di ragione, in quanto dobbiamo intervenire in merito.

Di fronte anche ai consiglieri vorrei fare una piccola analisi di questo problema, per fare capire anche agli illustrissimi consiglieri di quest'aula come stanno le cose.

Si corrisponde all'interpellanza del 13.05.1994, concernente il ruolo dei periti ed esperti della provincia, categoria tributaristi.

La Camera di commercio di Trento, nell'ambito della sua competenza, forma il ruolo dei periti ed esperti della provincia di Trento come previsto dall'art. 32 del Testo unico approvato con decreto 2011 di data 20.09.1934, pensi da quanti anni è stato approvato questo decreto! E' bene ricordare che il ruolo in oggetto è diviso in categorie e subcategorie, che comprendono funzioni riguardanti le merci ed i manufatti in rapporto alle singole attività economiche di produzione e dei servizi che agiscono nella provincia di Trento.

Signor consigliere, è bene quindi precisare che i periti iscritti nel ruolo svolgono funzioni di carattere prevalentemente pratico, non attendendo invece a quelle attività professionali per le quali sussistono albi regolati da una precisa normativa.

E' bene ricordare altresì che con deliberazione n. 73 di data 8.04.1990 la Camera di commercio di Trento ha adottato il nuovo regolamento tipo per la formazione del ruolo dei periti ed esperti con un elenco di categorie e sub categorie, tra le quali è prevista la sub categoria n. 7 Tributi.

In data 17.05.1989 il collegio dei ragionieri e dei periti commerciali di Trento presenta davanti al TAR di Trento ricorso contro la Camera di commercio di Trento, il Ministero all'industria, commercio e artigianato e contro il Ministero di grazia e giustizia, nonché contro alcuni soggetti iscritti nel ruolo e contro la regione Trentino-Alto Adige per l'annullamento delle deliberazioni del commissario straordinario della Camera di commercio, che dispone le nuove iscrizioni nel ruolo di alcuni periti tributari.

Vi è quindi da sottolineare l'inammissibilità dell'impugnativa proposta dal collegio dei ragionieri da parte del TAR di Trento di data 4.07.1990. A seguito del ricorso in appello presentato dai periti commerciali di Trento e di Rovereto, il Consiglio di stato in sede giurisdizionale, sezione sesta, con decisione di data 14.05.1993, accoglie l'appello e informa dell'appellata sentenza e di accoglimento del ricorso in primo grado, per l'effetto annulla gli atti impugnativi, ordinando che tale decisione venga eseguita d'autorità amministrativa.

Da parte sua la Camera di commercio di Trento in data 11.10.1993, con deliberazione n. 622, procede ad annullare dal ruolo dei periti ed esperti della provincia di Trento la sub categoria n. 7 tributi, in senso di categoria n. XXII, che riguarda attività varie, in applicazione comunque della sentenza del Consiglio di stato.

In data 5.11.1993 la LAPET, Libera Associazione Periti ed Esperti Tributaristi, ha notificato un atto di diffida con l'invito di annullare la suindicata deliberazione in via di autotutela e riservandosi pure, nell'eventualità fosse necessario, il diritto di agire in sede giurisdizionale per la tutela dei propri interessi per il risarcimento di eventuali danni.

La Camera di commercio da parte sua, in risposta alla suindicata notifica, in data 16.12.1993, con propria deliberazione n. 875, decide il diniego alla richiesta di annullamento della precedente deliberazione n. 622, successivamente la LAPET e i singoli associati presentato al TAR di Trento tre ricorsi con la richiesta di annullamento e previa sospensione dell'esecuzione della deliberazione n. 622 di data 11.10.1993 della giunta camerale, comunicata agli interessati con nota del 26.10.1993.

Il TAR di Trento, con tre ordinanze di data 13.01.1994, respinge la domanda individuale di sospensione, ritenendo che lo stesso stato di assenza di nuovi provvedimenti istitutivi della sub categoria tributi e tutela del pubblico interesse, alla luce quindi di una mera evoluzione legislativa in atto, non sussistono gli estremi ai fini di accoglimento della proposta di istanza cautelare.

Infine c'è da rilevare che lo stesso appello è stato presentato dalla LAPET al Consiglio di stato in sede giurisdizionale, il quale con ordinanza del 8.04.1994 lo ha respinto.

Per concludere, cons. Taverna, si evince quindi da tutta la vicenda che ne fa vertenza che è quanto mai inopportuno per una giusta risoluzione richiamarsi come già hanno fatto i consiglieri regionali Taverna, Benussi, Bolzonello, Holzmann e Minniti, nella sottofirmata interpellanza all'art. 28 della legge regionale n. 7 del 9.08.1992, riguardante il potere di annullamento da parte della Giunta regionale in riferimento a determinate e precise sussistenze giuridiche, non è questa la fattispecie e

quindi tutto deve essere rinviato al successivo esame del Consiglio di stato, dove pende a tutt'oggi il ricorso.

Dopo aver fatto la cronistoria, per rispondere alla sua interpellanza, c'è un ricorso al Consiglio di stato per cui si hanno le mani legate.

Questo è il succo dell'interpellanza, peraltro giustificata e proposta bene per vedere di sbloccare questa situazione, però deve pronunciarsi il Consiglio di stato e dobbiamo aspettare qualche mese, forse qualche anno, il pronunciamento.

PRESIDENTE: Il cons. Taverna intende replicare?

La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevole assessore, lei, concludendo il suo peraltro pregevole intervento, ha voluto sottolineare il fatto che la Giunta regionale si fosse trovata e si trovi in tutta questa vicenda con le mani legate, ma ritengo che si trovi anche chiusa nel sacco di una sostanziale mancanza di volontà di richiamare la Camera di commercio alla necessità di ripristinare in via del tutto autonoma, con decisione autonoma, il ruolo che aveva soppresso in seguito della sentenza sfavorevole del Consiglio di stato di data 14 maggio 1993.

In questa sede non importano tanto le dispute di natura giuridica, ma le valutazioni di carattere politico, che rappresenta il momento fondamentale dell'autonomia della regione del Trentino-Alto Adige, non può non importare che nel territorio della regione Trentino-Alto Adige si possono usare due pesi e due misure, in provincia di Trento il ruolo degli esperti e dei periti tributari è stato cancellato, mentre in provincia di Bolzano lo stesso ruolo è in vigore ed i professionisti che sono iscritti nel ruolo presso la Camera di commercio di Bolzano possono essere considerati coperti anche da una investitura di tipo giuridico, copertura che invece non esiste per i professionisti che sono residenti in provincia di Trento; non solo, ma poiché l'art. 69 del decreto legge 331 del 1993 convertito nella legge 427, legge di conversione, è sopravvenuto rispetto alla sentenza del Consiglio di stato, che è del 14 maggio 1993, l'art. 69 convertito nella legge n. 427 è sopravvenuto rispetto alla sentenza del Consiglio di stato ed allora se la sentenza del Consiglio di stato impone alla Camera di commercio di Trento la soppressione del ruolo, è altrettanto evidente che una legge dello stato posteriore alla data della sentenza dispone la sussistenza giuridica, perché vi è un riconoscimento di fatto implicito a chiare lettere da parte del legislatore nazionale dell'esistenza dei periti iscritti nei ruoli camerali alla categoria tributi. Allora la Camera di commercio di Trento non può fare a finta di nulla, non può aspettare la sentenza del tribunale amministrativo regionale, nei confronti del quale è giacente un contenzioso da parte dell'associazione provinciale dei periti ed esperti tributari della provincia di Trento, perché altrimenti non avrebbe nemmeno ragione di essere questa interpellanza, se è vero come è vero che la Giunta si nasconde dietro al fatto che non può intervenire in quanto vi è una decisione da parte di un organo amministrativo e perché è di fronte all'organo amministrativo di grado e di rango inferiore quale il tribunale amministrativo regionale rispetto al Consiglio di stato, è giacente un ricorso per il ripristino dei ruoli.

A questo punto, caro assessore, e glielo dico affettuosamente, si dovrebbe imporre da parte dell'organo di tutela, che è rappresentato dalla Giunta regionale e dal Presidente della Giunta regionale, alla Camera di commercio non soltanto la necessità di considerare la legislazione sopravvenuta rispetto alla situazione esistente alla data della comunicazione della sentenza del Consiglio di Stato, vale a dire il 14 maggio 1993, ma addirittura la Giunta regionale come organo di controllo dovrebbe invitare la Camera di commercio ad adeguarsi al nuovo quadro che si è venuto a determinare in relazione al già più volte da me richiamato decreto legge n. 331 del 1993, che all'art. 69, comma terzo, lettera c), prescrive espressamente l'esistenza e quindi un riconoscimento di fatto di questa categoria.

Allora altra considerazione che è opportuno sottolineare e che mi giustifica, signor assessore, nell'affermare che sono insoddisfatto della risposta che mi è stata data, consiste nel fatto che sullo stesso territorio le Camere di commercio di Trento e di Bolzano hanno assunto decisioni diverse. Tenuto allora conto del quadro normativo mutato ai sensi e per gli effetti dell'art. 69, comma terzo, lettera c), tenuto conto che non è possibile pensare ed immaginare che non si possa oltre tutto da parte della Camera di commercio di Trento non adempiere agli inviti che sono stati predisposti da parte del Ministero all'Industria, per quanto riguarda il controllo sugli atti camerale di tutte le Camere di commercio di Italia, che la Camera di commercio di Trento si comporta in modo difforme e diverso rispetto al comportamento assunto da tutte le Camere di commercio d'Italia. Mi pare che sia più che evidente, tenuto conto del fatto, signor assessore, che già il Presidente della Giunta Grandi ha inteso intervenire nei confronti della Camera di commercio con una lettera, invitando la Camera di commercio ad adempiere a quanto disposto dalla circolare sopra richiamata, ma adempiere al ripristino del ruolo in relazione alla sopravvenuta legislazione. Se la Camera di commercio ozia, se la Camera di commercio è connivente con il collegio dei ragionieri e dei periti commerciali, perché mi risulta che di fronte al tribunale amministrativo regionale il prof. Falcon e l'avv.ssa de Pretis difendono contemporaneamente la Camera di commercio e l'ordine dei ragionieri e dei periti commerciali, alla luce anche di questa considerazione, è evidente che si può ragionevolmente ritenere che la Camera di commercio, avendo i medesimi difensori contro l'istanza formulata e prodotta dalla Libera associazione dei periti ed esperti tributari, la Camera di commercio si trovi in una situazione di palese connivenza con l'ordine dei periti e dei ragionieri e di conseguenza mi pare di poter ritenere che l'atteggiamento della Camera di commercio non sia oggettivo, ma sia un atteggiamento partigiano, nel senso che è evidente che quando i difensori sono i medesimi di fronte al contenzioso sollevato - concludo, signor Presidente - è evidente che a questo punto uno più uno fa sicuramente due in matematica, ma in politica uno più uno potrebbe fare sicuramente due se lei, signor assessore, lo volesse e non mi volesse dimostrare che in politica uno più uno fa uno e mezzo.

Alla luce di tutto questo, signor assessore, pur riconoscendo quanto meno la sua diligenza nella ricostruzione cronologica di tutti gli avvenimenti, da un punto di

vista politico ho notato da parte sua una manifesta non volontà di poter e dover agire nel senso da noi auspicato.

PRESIDENTE: Abbiamo esaurito anche questo punto, l'interpellanza del cons. Taverna.

Il regolamento non prevede nessuna replica, ma se lei brevemente...
La parola all'assessore Casagranda.

CASAGRANDA: Sappiamo tutti che il cons. Taverna è un 'diavolone politico', egli ha sempre una possibilità di riuscita in un modo o nell'altro, comunque è molto abile.

Sono disponibile, invece, caro cons. Taverna, a mandarle una lettera pubblica in risposta a questa interpellanza sulle cose che ha detto nella replica. Lei sa che sono meticoloso per natura e voglio andare fino in fondo a questa faccenda e non fare come dice lei o portare avanti due pesi e due misure, voglio dire: se la provincia di Bolzano ha fatto questo, anche la provincia di Trento può farlo o viceversa, e su questo sono d'accordo con lei.

Non abbiamo nulla contro i professionisti, per carità, abbiamo bisogno di queste persone, e lo dico con una certa convinzione e pertanto credo non ci sia nessuna motivazione per escludere queste persone che dovrebbero essere di aiuto sia alla Camera di commercio che al cittadino, il quale deve essere agevolato, limitando la burocrazia e tutti questi ruoli che non vanno bene nemmeno alla Camera di commercio.

Mi creda, consigliere, ho appena iniziato la mia opera e vedrà che entro l'anno queste cose saranno risolte e potrò fornire una risposta più esauriente e sono sicuro, conoscendola, che mi ringrazierà.

PRESIDENTE: Abbiamo esaurito anche questo punto all'ordine del giorno, passiamo al punto n. 8, l'**Interpellanza n. 6, presentata dal cons. Palermo.**

La parola al cons. Palermo per la lettura e l'illustrazione.

PALERMO:

Interpellanza n. 7

Premesso che a seguito di segnalazione interna al Consiglio regionale circa prospettabili abusi nella utilizzazione di denaro pubblico per fini privati, l'interrogante ha individuato un "simpatico" e "ricreativo" settore di intervento della Presidenza del Consiglio regionale e dei Consigli provinciali di Trento e di Bolzano - e dei relativi Uffici di Presidenza -, consistente nella sponsorizzazione di "INCONTRI DI SCI FRA LE REGIONI ALPINE A STATUTO SPECIALE" pervenute, - con somma discrezione, anche delle opposizioni - alla XXIX edizione, dopo la avvenuta istituzione nel 1963 da parte dell'allora Presidente Silvio Nicolodi;
- che tali iniziative invernali (della durata di una settimana) vengono promosse attraverso il Circolo Ricreativo della regione Trentino-Alto Adige, con richieste annuali di contributi finanziari, che vengono poi concordemente stabiliti in accordo tra gli

indicati Presidenti del Consiglio regionale e provinciali, e ratificati dai rispettivi Uffici di Presidenza;

- che alla richiesta di estrazione di copia di tutta la documentazione relativa a tali pratiche - effettuata dall'interrogante - dopo lungo tempo, il Presidente del Consiglio ha ritenuto di soddisfare la richiesta solo parzialmente previa selezione dei documenti, eseguita unitamente con il Vicepresidente Oskar Peterlini, da lunghissimo tempo notoriamente vero promotore delle iniziative in questione ed appassionato partecipante ai "seri" impegni sciistici, certamente non aventi oggetto solo sportivo per l'alto valore di raccordo - nell'iniziativa - tra partecipanti di regioni a statuto speciale e quindi esaltanti il valore dell'"autonomia", tanto spesso affermata come baluardo di atti e provvedimenti regionali;

- che pur sulla base della scarsa documentazione rilasciata - limitata alle domande ed ai provvedimenti di accoglimento con gli elenchi dei partecipanti alle gare - si possono comunque trarre i seguenti elementi:

- anno 1994: Località Forni di Sopra (Ven. G.), L. 4.583.000 da parte di ogni Presidenza del Cons. Reg e Prov. - Pres. Tretter, Vicepres. Peterlini (come mai è stato improvvisamente ridotto ad 1/4? Forse per nuove presenze nel Consiglio?)

- anno 1993: Loc. Marilleva (T.A.A.), L. 18.000.000 per Consiglio, Pres. Peterlini;

- anno 1992: Loc. Gressoney, L. 12.500.000 per Consiglio, Pres. Peterlini;

- anno 1991: Loc. Sella Nevea (Fr. V.G.), L. 11.300.000 per Consiglio, Pres. Tretter, "su proposta del Vicepres. Peterlini";

- anno 1990: Loc. Ortisei, L. 16.000.000, Pres. Tretter, Vicepres. Peterlini;

- anno 1989: Loc. Courmayeur, L. 9.000.000; Pres. Tononi, Vicepres. Peterlini, Segr. questore Tretter.

- Che per le iniziative in questione sono vigenti normative provinciali di TN e BZ per il personale amministrativo, che prevedono congedo straordinario per i partecipanti, sinora non estese ai dipendenti regionali (con contestazioni varie);

- che, in aggiunta, rispetto a tutti gli interventi sopra indicati, il Consiglio regionale si fa carico delle spese per i consiglieri regionali con stanziamenti a parte di cui esiste ripetuta indicazione nella corrispondenza inerente alle pratiche;

- che in ulteriore aggiunta, il Presidente del Consiglio regionale ed i Vicepresidenti usufruiscono dell'ulteriore privilegio dell'aggiunta - a carico del Consiglio - delle spese per le proprie consorti (Cfr. in particolare lettera del 23 dicembre 1992 - indirizzata da Oskar Peterlini al Pres. del Circolo, cav. Alberto Ghezzer, nel quale, su richiesta specifica di garanzie per le particolari spese, testualmente è scritto: "Le confermo che questa Presidenza si assumerà - eventualmente direttamente - le spese maggiori concernenti la organizzazione dell'incontro tra i Presidenti dei Consigli delle regioni a statuto speciale ed il soggiorno per due giorni, dei Presidenti dei rispettivi Consigli con consorti ed eventualmente dei Vicepresidenti);

- che nonostante le note disposizioni nazionali e locali in materia di pubblica contabilità, i finanziamenti in questione non sono soggetti ad alcun controllo, né preventivo, né successivo, tant'è che non esiste nella documentazione regionale - almeno sino alla data

di presentazione della domanda del sottoscritto - né una rendicontazione da parte del Circolo, né una indicazione dei consiglieri regionali, Vicepresidenti, Presidenti... e consorti; esistendo ben invece (in aderenza allo spirito goliardico e sportivo autonomistico-agonistico (il Trentino-Alto Adige si deve distinguere) l'elenco dei "partecipanti alle gare" divisi per età);

- che il Capitolo del Bilancio del Consiglio regionale, cui vengono imputate le spese, è quello n. 556, che si identifica nella voce: "Convegni, congressi e incontri nazionali e internazionali, altre manifestazioni e celebrazioni pubbliche".

TANTO PREMESSO

- chiede di conoscere, dal Presidente del Consiglio regionale e dal Vicepresidente del Consiglio regionale, se per ignoranza del sottoscritto interpellante, esiste una normativa locale che in nome del principio di "autonomia" - affermato in particolare dai partiti SVP e PATT -, sottragga la materia in esame al rispetto delle norme ordinarie (nazionali e locali) di contabilità pubblica;
- chiede di conoscere il nome dei consiglieri regionali e dei membri dell'Ufficio di Presidenza (e consorti) che hanno, negli ultimi 10 anni, partecipato alle iniziative in questione con spese interamente o parzialmente a carico pubblico;
- chiede che la relativa documentazione di spesa (a quanto riferito: suites... e pranzi a caviale e champagne), venga esibita in Consiglio regionale;
- chiede di conoscere se il Presidente del Consiglio intende per i prossimi anni perpetuare la sana goliardica ed autonomistica iniziativa, se mai ben "condita" della presentazione di qualche prodotto tipico, o di un qualche incontro domenicale (con messa) sulla "solidarietà" tra i popoli (come è già avvenuto);
- chiede di conoscere se non ritenga, che quanto meno per le spese dei consiglieri, Vicepresidenti e Presidenti (e consorti) - che godono già di altri "benefici" - siano questi a rimborsare le spese sostenute, da indicare comunque pubblicamente in aula nella loro entità (soggiorno alberghiero, trasporti, pasti, escursioni, telefono, ecc.), rimanendo sin d'ora chiaro che l'interpellante continuerà mensilmente con analoghe iniziative a chiedere pubblici chiarimenti;
- se intende o meno indicare in Consiglio pubblicamente - sin d'ora - quali altre iniziative analoghe (comportanti spese di trasporto, soggiorno ecc.), sia avvenuto dal 1989 ad oggi, con finanziamento pubblico, o dare una risposta negativa, ed attendere ulteriori specifiche richieste;
- se intende perseverare nella suddetta "sportiva ed agonistica" interpretazione delle istanze di autonomia della regione o se non intenderebbe, specie nelle contingenze attuali, correggere un uso, a parere dell'interpellante, distorto dei poteri amministrativi e dei principi autonomistici, che piuttosto che essere rispettosi di principi legali e di trasparenza, paiono ispirati a criteri di opulenza e di privilegi non giustificabili "nemmeno" nella ricca regione Trentino-Alto Adige;
- se in particolare il Vicepresidente, Oskar Peterlini, firmatario della sopraindicata lettera, e vero promotore dell'iniziativa, intenda o meno, sotto il profilo politico, ed in

aderenza a principi di semplice decoro e dignità, rassegnare le sue dimissioni dalle funzioni di Vicepresidente ovvero, permanendo nell'esercizio delle sue funzioni altamente rappresentative della regione (e consorti), attendere pazientemente il giudizio, sotto il profilo penale, che comunque si ritiene doveroso promuovere presso le Procure delle regioni interessate dalla iniziativa in questione.

Trento, 18 maggio 1994'

Ho letto la data, perché aveva una ragione d'essere.

Vorrei aggiungere in relazione a questo fatto che per questa iniziativa il sottoscritto ne ha avuto notizia l'anno scorso proprio da una lettera che venne inviata a me, come agli altri consiglieri, con invito di partecipazione a questo incontro sciistico. Mi pare che quest'anno ancora non sia pervenuto, almeno per quanto mi riguarda, un invito di questo genere e poi vi fu una segnalazione che mi pervenne anonima, ovviamente, nella quale mi si evidenziava questo problema e addirittura parlando in Sicilia con un collega consigliere regionale mi venne precisato che era stato presente qui in Trentino ad una di queste iniziative proprio l'anno prima.

Mi sembra veramente quasi ridicolo parlare in questa sede di questi argomenti, però credo che certi concetti, certe abitudini, certe prassi debbano essere abbandonati, anche al di là di tutte quelle questioni che potrebbero veramente costituire oggetto, se si avesse il tempo e la voglia, di serie attenzioni anche sotto il profilo penale e che se non fosse per l'argomento e l'entità quasi irrisoria degli importi che sono impegnati, verrebbe veramente l'intenzione di darci un seguito, se ciò almeno fino ad oggi - e sto parlando del gennaio 1995 - ancora non l'ho fatto non è perché non ritenga che in questi episodi non esisterebbero degli estremi per iniziative anche di carattere penale, ma piuttosto per non dare un eccessivo peso a questioni che ritengo ricadano in principi di cattiva amministrazione, perché se si esamina sotto il profilo amministrativo il tipo di modalità che è stato seguito nel gestire questa iniziativa, ci si rende conto che proprio non si osserva nessuna normativa, non si osservano norme di contabilità, il circolo che promuove questa iniziativa da una parte la rendicontazione che tiene non la presenta alla Presidenza del Consiglio quando viene richiesta, dall'altra dagli stessi bilanci del circolo risultano addirittura residui attivi e quindi nemmeno avrebbe titolo ad un contributo sotto questo profilo; se si volesse esaminare sia questo tipo di gestione di contributo sia altri tipi di gestione, penso che veramente ci si potrebbe accorgere di come malamente sotto il profilo amministrativo si gestisce la cosa pubblica, ritengo che al di là di questi aspetti sui quali certamente non sono avvenuti guadagni personali da parte di taluno, però ci sono state queste prassi di porre a carico dell'amministrazione spese di consiglieri, di funzionari ed in fin dei conti anche di dipendenti, è vero che è stata fatta in provincia una legge provinciale addirittura per consentire al personale di usufruire di congedo straordinario per partecipare a queste iniziative e quindi vi è una legge sotto questo profilo; in provincia di Trento e in provincia di Bolzano, è vero altresì che per tale ragione non si è ritenuto, almeno fino ad oggi, di intervenire con provvedimenti legislativi e questa discordanza già penso stia ad indicare come questa

problematica non è che non sia avvertita, è ben nota agli amministratori; è vero - è noto - a tutti fa piacere usufruire di iniziative sportive nel modo in cui è possibile, peraltro mi auguro che la proposizione di queste iniziative valga se non altro come monito nei confronti degli amministratori e in questo vorrei indirizzarmi in particolare al Vicepresidente Peterlini ed alla gestione disinvolta non solo che ha dimostrato, ma che senza nemmeno pensarci troppo, immaginando forse che nessuno mai avrebbe nemmeno letto la relativa corrispondenza, nemmeno si è preoccupato di curare la forma scritta, perché credo che mettere per iscritto che 'Presidenti, Vicepresidenti e consorti' e le relative spese possono essere poste a carico del Consiglio, credo che costituisca un episodio che, se si volesse curare con approfondimento, potrebbe dare delle grane notevoli, ripeto, mi auguro che lo scopo dell'iniziativa, a parte il tono un po' umoristico dell'interpellanza, faccia rendere conto agli amministratori che anche su queste questioni è necessario che si osservi il massimo della correttezza anche formale e contabile in quanto vi possono essere anche delle altre iniziative più seri e forse con una maggior attenzione e meno dispendiose per l'amministrazione.

PRESIDENTE: Prima di dare risposta all'interpellanza n. 6, voglio fare una breve precisazione personale, collega Palermo. Mi spiace di non avere mai partecipato in questi anni a questi incontri sciistici delle regioni alpine e men che meno hanno partecipato a questi incontri mia moglie o i miei familiari. Tengo anche a precisare che, pur essendo legata a questa passione, a questa disciplina sportiva, la mia famiglia va a sciare e non ha mai utilizzato una volta un qualsiasi giornaliero o stagionale, se non pagato con il proprio portafogli.

Credo che il Presidente debba sforzarsi di non deludere non soltanto quelli che l'hanno eletto, ma l'intero Consiglio e vorrei non deludere nemmeno lei. So che da questi incontri è uscita rafforzata l'amicizia, la conoscenza, proposte e documenti di cui lei dovrebbe prendere visione, interessanti documenti che hanno dato modo ad ognuno di rafforzare alcune conoscenze attraverso il confronto e il dialogo con realtà autonomistiche, che hanno tanti interessi in comune con noi.

Per trent'anni abbiamo portato avanti questi incontri, mi auguro che questi momenti non vengano interrotti, anche perché abbiamo rafforzato l'amicizia, la conoscenza, il confronto, il dialogo e adesso risponderò all'interpellanza, anche a nome del Vicepresidente, che è stato così duramente citato nella sua interpellanza, anche perché ognuno di noi vuole difendere la propria dignità di uomo.

Rispondo alla interpellanza sopraindicata, con la quale in toni provocatori ed utilizzando informazioni errate, lei ha voluto insinuare che l'amministrazione del Consiglio regionale abbia utilizzato a dir poco allegramente le proprie risorse e le abbia addirittura dissipate, ma ciò non corrisponde al vero.

Nei 5 anni della passata legislatura l'Ufficio di Presidenza ha operato con notevole parsimonia, cosa peraltro riconosciuta dai consiglieri e dalla pubblica opinione in occasione dell'approvazione del rendiconto.

Con 31 dipendenti nel 1994, compreso l'Ufficio traduzioni ed un bilancio che sfiora i 30 miliardi di lire, il Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige è il più

parsimonioso d'Italia, di seguito si elencano a mero titolo comparativo alcuni dati relativi al bilancio ed il numero dei dipendenti di alcuni consigli regionali.

| REGIONI | AMMONTARE DEL BILANCIO DEL CONSIGLIO | NUMERO DEI CONSIGLIERI | NUMERO DEI DIPENDENTI |
|-------------------------|--|---------------------------|--------------------------|
| VENETO | 38,9 | 80 | 168 |
| EMILIA ROMAGNA | 11,5 (spese per il personale) | 50 | 227 |
| SICILIA | 150 25 (per il personale) | 90 | 315 |
| SARDEGNA | 79 15 (per il personale) | 80 | 115 |
| VALLE D'AOSTA | 15 4,8 (per il personale) | 35 | 74 |
| TRENTINO- ALTO ADIGE | 34,047 2,367 (per il personale) | 70 | 31 |

Potrei continuare, sicuramente i dati mi portano a riconfermare che siamo il primo Consiglio regionale parsimonioso nel vero senso della parola.

Tornando all'incontro sciistico del personale delle regioni a statuto speciale e delle province autonome dell'arco alpino, rappresenta l'unica iniziativa sociale che è stata sostenuta, si ritiene pertanto di aver risposto alla domanda con cui lei chiede se vi siano state altre iniziative analoghe.

Tali incontri sono stati organizzati sin dal 1963 ed accanto al carattere sportivo fungono anche da punto d'incontro tra le regioni autonome, la manifestazione sciistica, è tuttavia stata organizzata e sostenuta rispettivamente dal Circolo ricreativo delle regioni e dai dipendenti partecipanti.

Il Consiglio regionale, nonché i Consigli provinciali di Bolzano e di Trento, hanno unicamente concesso un contributo per coprire una minima parte delle spese, è stata proprio la nostra amministrazione sotto la Presidenza del sottoscritto e del collega Oskar Peterlini ad apportare drastici tagli alle spese per queste iniziative, in Ufficio di Presidenza si è discusso ripetutamente, se tali spese fossero giustificate,

tuttavia si è convenuto che questo incontro fra le regioni doveva essere mantenuto, peraltro né il Presidente né il Vicepresidente ne sono i diretti promotori.

Come già evidenziato, è stato il Circolo ricreativo della regione a rivolgersi al Presidente, nonché al Vicepresidente, con la preghiera di appoggiare anche in futuro questa ormai tradizionale iniziativa.

Dalle cifre da lei stesso fornite, si possono desumere i tagli apportati ai contributi al fine di adeguarsi al principio della parsimonia, ciò è documentato anche da una ricca corrispondenza fra l'Ufficio di Presidenza e il Presidente del CRER, Circolo ricreativo della regione, solamente nel 1990 e nel 1993 è stato necessario aumentare il contributo rispetto agli anni precedenti, in quanto l'incontro si è svolto nella nostra regione, a Ortisei ed a Marilleva.

Gli oneri derivanti dall'organizzazione erano pertanto a carico del Circolo ricreativo della nostra regione, in riferimento al 1993 lei cita una lettera indirizzata dall'allora Presidente Peterlini al Presidente del Circolo ricreativo, in essa viene precisato che i maggiori oneri derivanti dall'organizzazione di un incontro tra i Presidenti dei Consigli delle regioni a statuto speciale venivano assunti dall'Ufficio di Presidenza, proprio tale lettera, che lei ritiene scandalosa, e che intende sottoporre alla procura delle regioni è espressamente di una profonda parsimonia.

In occasione dell'incontro svoltosi nella regione Trentino-Alto Adige nel 1993, l'Ufficio di Presidenza non ha voluto limitarsi ad una iniziativa di tipo sociale ed alle solite tavole rotonde, ma ha voluto cogliere l'occasione per organizzare un incontro tra le regioni a statuto speciale, al fine di poter esprimere una chiara posizione in vista della successiva discussione parlamentare in ordine alla riforma costituzionale.

E' noto che tali incontri hanno avuto luogo nell'ambito della Conferenza delle regioni italiane, inoltre in tale occasione si è reso necessario un incontro tra i Presidenti dei Consigli delle regioni autonome al fine di esaminare in via d'urgenza la proposta costituzionale elaborata dalla commissione bicamerale e per evidenziare la particolare posizione delle regioni autonome.

Il documento che è scaturito da tale incontro è stato presentato dal Presidente Peterlini a nome di tutte le regioni autonome alla commissione bicamerale.

Con la lettera sopraccitata si è pertanto voluto dare risposta alla richiesta del Circolo ricreativo di assumere tutte le spese relative a Presidenti e politici delle varie regioni, Peterlini rispose che non era possibile assumersi le spese di cui sopra e che potevano andare a carico del Consiglio regionale soltanto le spese per la manifestazione e per il soggiorno di due giorni dei Presidenti ed eventualmente dei Vicepresidenti.

Per quanto concerne infine la partecipazione dei rappresentanti politici all'incontro di sci tra le regioni alpine a statuto speciale, i dipendenti hanno sempre lamentato l'esigua rappresentanza rispetto alle altre regioni a statuto speciale.

L'Ufficio di Presidenza ha persino dovuto sollecitare al partecipazione di tre o quattro rappresentanti ed ha cercato di garantire la presenza del Presidente e del Vicepresidente.

Poiché non rientra nelle attribuzioni dell'Ufficio di Presidenza organizzare la manifestazione sciistica, esso non dispone di una lista dettagliata dei

partecipanti; gli organizzatori hanno tuttavia messo a disposizione una graduatoria per singole categorie e discipline.

L'Ufficio di Presidenza non ha sostenuto ulteriori spese per il soggiorno dei consiglieri ed eventuali accompagnatori.

Per quanto concerne i singoli quesiti da lei posti si precisa:

1. Il capitolo 556 del bilancio del Consiglio regionale appositamente previsto per gli incontri di questo genere rappresenta il supporto giuridico per le delibere dell'Ufficio di Presidenza;

2. negli ultimi 10 anni hanno partecipato all'incontro alcuni consiglieri, talvolta accompagnati dalle rispettive consorti, il Consiglio regionale non ha tuttavia assunto a suo carico ulteriori spese a riguardo.

I rendiconti consuntivi del Consiglio regionale, compreso quello per il 1993, pertanto anche le spese sostenute, sono stati sottoposti all'esame del Consiglio e da questo approvati;

L'Ufficio di Presidenza dispone della rendicontazione del Circolo ricreativo e non risultano spese per 'caviale e champagne', non dipende dal Consiglio regionale bensì dagli organizzatori, ovvero dai Circoli ricreativi delle tre regioni, se detta iniziativa sarà ripetuta anche in futuro l'Ufficio di Presidenza discuterà l'eventualità di concedere un contributo.

Per quanto concerne le spese per i consiglieri è già stato indicato nelle premesse che non vi sono state ulteriori spese a riguardo, non sono state attuate altre analoghe iniziative, i contatti con le altre regioni saranno mantenuti anche in futuro.

L'organizzazione futura degli incontri dipenderà comunque dai circoli ricreativi.

Concludendo: l'Ufficio di Presidenza attenderà con la coscienza tranquilla un eventuale giudizio della procura della regioni, il Presidente nonché l'Ufficio di Presidenza si sono attivati per una parsimoniosa gestione delle risorse e continueranno a farlo.

Si ritiene pertanto giustificata questa singola iniziativa a favore del personale, la quale è supportata dai modesti contributi a carico dei tre enti autonomi, ovvero il Consiglio provinciale di Trento, quello di Bolzano ed il Consiglio regionale; né il Presidente, né il Vicepresidente ravvisano pertanto la necessità di trarne le debite conseguenze.

Intende replicare, cons. Palermo?

Ne ha facoltà.

PALERMO: Un paio di parole per una constatazione. Mi pare che sia stata abbastanza presa sul serio dalla Presidenza, evidentemente le argomentazioni che vengono addotte dalla Presidenza, se da una parte intendono fornire una sorta di giustificazione sulla utilità dell'iniziativa, peraltro non rispondono alle critiche da me mosse, in particolare il fatto che non vi sia stata rendicontazione e le richieste che sono state fatte anche dal Presidente Tretter successivamente di rendicontazione al Circolo lo sta a dimostrare, ma questo è qualche cosa che avviene, potrei menzionarlo, in questa sede, tanto non credo

di dover riprendere in Consiglio questo argomento, lo stesso avviene anche nel Consiglio provinciale, tant'è che ad una richiesta specifica di notizie che ho effettuato, il Presidente del Consiglio provinciale ha testualmente scritto: 'si è proceduto solo sulla base dell'analisi dei dati di preventivo, non sono state chieste rendicontazioni', cioè si tratta di prassi, signor Presidente, che non sono corrette, si possono anche appoggiare determinate iniziative, ma ritengo che ogni qual volta il Consiglio provinciale, la Giunta o qualsiasi organo deliberi un contributo per una determinata iniziativa, è necessario che vengano osservate le norme sulla contabilità e cioè che l'ente o l'associazione che è beneficiario presenti la rendicontazione delle spese effettuate, questo non è avvenuto da parte del Circolo, non dica il Presidente che esistono presso il Circolo fatturazioni regolari di tutto quello che è avvenuto, perché non è così. Che questa questione non valga la pena approfondirla, su questo possiamo anche essere concordi, basta che da queste iniziative e da queste discussioni che si sono fatte si prenda spunto per un'osservanza precisa e puntuale anche delle norme di contabilità in relazione alle iniziative rispetto alle quali forse con un po' troppo spirito agonistico e goliardico si è guardato nel passato, in particolare, ripeto, dal Vicepresidente Peterlini, che evidentemente è abituato un po' a soprassedere ad aspetti contabili, in quanto ritiene che tutto si possa fare in ragione della carica che riveste ed invece non è così.

Se poi si vuole proprio ad andare a spulciare conti e documenti, ripeto, si possono anche coltivare queste iniziative, non ho ritenuto, al di là degli aspetti divulgativi, di doverlo fare, proprio per non calcare la mano su una qualche questione che non mi pareva fosse così degna di attenzione, se non come indice di una dovuta attenzione anche per altre e più importanti questioni.

PRESIDENTE: Un solo minuto. Ho apprezzato molto questo suo modo di trattare un argomento estremamente delicato e perciò apprezzo questo suo stile.

Dò ragione a lei, collega Palermo, che forse gli incontri di sci sono superati, credo che forse dobbiamo inventare qualcosa, la necessità di confrontarci sul piano culturale tra diverse realtà autonomistiche, sarà cura anche di questa Presidenza di trovare nuove forme, in collaborazione con i Presidenti del Consiglio provinciale di Trento e di Bolzano, per affrontare questa esigenza, che oggi più che mai è sentita, mi creda, collega Palermo.

Io, inoltre, ho sempre riconosciuto anche pubblicamente che è apprezzabile il suo zelo nella ricerca di quanto può configurarsi come uso distorto del denaro pubblico e credo che lei svolga bene la sua funzione di verifica e di controllo, quello che mi ha toccato, ed ha toccato anche il Vicepresidente, è quando fa delle insinuazioni che toccano non soltanto il mio operato, ma che cercano di coinvolgere la mia famiglia, i miei affetti. Mi creda, non vi ho mai preso parte, perché non ne avevo il tempo, ma sarei andato volentieri a questi incontri. Quando si parla di settimane bianche sovvenzionate in parte o in tutto dalla regione o dalla provincia che hanno coinvolto i familiari o gli amici degli amici dei consiglieri, dico che questo non si è mai verificato ed allora cerchiamo in questo momento, in cui è fortemente messa in discussione la credibilità e l'operato degli amministratori pubblici, dobbiamo dare prestigio e

credibilità non soltanto con belle parole, ma impegnandoci in ogni momento anche a fare delle riflessioni con noi stessi, impegnandoci a fare meglio di quanto stiamo facendo, ma, mi creda, su questa iniziativa non abbiamo sicuramente sperperato dei soldi in maniera sbagliata.

Concluso anche questo punto, passiamo al punto n. 9 dell'ordine del giorno: **Interpellanza n. 7, presentata dal cons. Palermo** in data 20 maggio 1994. Ricordo che al cons. Palermo che ha 5 minuti per l'illustrazione, dopo la lettura.

Vuole che ne dia lettura?

PALERMO:

Interpellanza n. 7

Premesso che in occasione delle ultime elezioni politiche in particolare le apparecchiature delle fotocopiatrici veloci a disposizione dei consiglieri nella sala attigua a quella consiliare nonché di quelle dell'Ufficio di Presidenza sono state utilizzate per fotocopiare (senza peraltro inserimento del numero di codice dei Gruppi) manifestini elettorali di partiti partecipanti alle elezioni stesse;

chiede

di conoscere le statistiche dei fogli di lavoro mensili di tutte le apparecchiature fotocopiatrici in disponibilità del Consiglio regionale (con distinzione dei totali, tra quelli a carico dei singoli Gruppi, e del Consiglio), da gennaio ad oggi, per raffrontarle con il lavoro ordinario, post-elettorale;

di conoscere se si intendono adottare misure preventive per la prossima scadenza elettorale, non ritenendosi che denaro pubblico e parimenti finanziamenti pubblici per il funzionamento dell'attività dei Gruppi consiliari, possano essere utilizzati per campagne elettorali politiche nazionali od europee.'

Anche questa direi che forse è un'altra di quelle questioni che in fin dei conti riguardano aspetti marginali, che però sono questioni indicative di prassi non corretta; chi si è trovato l'anno scorso in questo edificio in particolare, anche nelle giornate ordinarie di attività di Consiglio nelle giornate pre elettorali non potrà non aver notato i pacchi di manifestini che sono stati qui accanto stampati tramite la collaborazione di uscieri e collaboratori.

Sono fatti che non credo siano discutibili, se si ritiene un paio di questi li ho anche in ufficio, è inutile che si stiano a fare discussioni su quelli che sono i partiti beneficiari di questo tipo di attività, credo che si tratti di prassi non corrette e che tutti debbano essere concordi su questa circostanza, è un uso, anche in questo caso, distorto di apparecchiature delle quali si ha la possibilità di usufruire a vantaggio di altri, perché candidati che non sono consiglieri regionali non possono usufruire di questi vantaggi, vorrei attendere solo la parola del Presidente su questa questione, sperando - ripeto - anche in questo caso che aver sollevato il problema faccia stare un po' attenti tutti a non

ricadere in questi usi distorti di apparecchiature pubbliche per fini privati, che sono quelli della partecipazione ad elezioni.

PRESIDENTE: E' stata fatta una scelta, almeno una proposta che avevo fatto all'inizio del mio mandato, cercando di aprire le porte e mettendo a disposizione le sedi, parlo della sala di rappresentanza, dove le forze politiche possono organizzare una serie di incontri, le sale delle commissioni ed ho persino aperto le porte del Consiglio, portando qui scolaresche e gruppi per dare modo di entrare in questo luogo che era riservato solo alle sedute del Consiglio, ma devo risponderle, in riferimento alla sua interpellanza n. 7, con la quale si richiedeva di conoscere le statistiche dei fogli di lavoro mensili di tutte le fotocopiatrici in disponibilità del Consiglio regionale, si allega a questa nostra il resoconto relativo alle fotocopie effettuate dai gruppi politici consiliari nel periodo riferito gennaio - agosto.

So che lei ha fatto questa richiesta perché eravamo in campagna elettorale, ma devo dire che dal momento che tutti pagano le fotocopie, non posso che verificare che le fotocopie vengano pagate, perché ognuno di voi ha la possibilità di utilizzare i fotocopiatori, perché questa è una possibilità che hanno tutti, nel rispetto di una delibera dell'Ufficio di Presidenza.

Si ricorda che il totale dell'importo viene periodicamente addebitato mediante trattenuta sugli importi che vengono corrisposti ai singoli gruppi consiliari, sia il telefono che l'addebito delle fotocopie che si sono fatte utilizzando i nostri fotocopiatori e voglio precisare altresì che l'usufruzione delle fotocopiatrici è a disposizione degli uffici del Consiglio, viene concessa unicamente nel caso che l'apparecchiatura a disposizione dei gruppi consiliare non sia in grado di funzionare, in tal caso viene rilevato il numero delle fotocopie effettuate e non posso che dire che quelle poche volte che questo è avvenuto generalmente prego sempre che il personale possa visionare a questo lavoro di fotocopiatura, perciò a cura dell'addetto viene addebitato il relativo importo a costo di L. 80 a fotocopia al singolo utente.

Quello che è importante chiarire una volta per sempre è che nessuno ha mai potuto utilizzare strutture del Consiglio o le fotocopiatrici, se non a pagamento.

Intende replicare?

PALERMO: Ho fatto un'interpellanza per evidenziare un problema, la risposta che mi ha dato è una non-risposta, perché - lo posso richiedere - ho specificato il motivo per il quale ho presentato questa interpellanza, cioè la constatazione che attraverso le fotocopiatrici in uso ai consiglieri regionali, però posso anche - ripeto - mostrare quali sono i manifestini elettorali che sono stati fotocopiati, sono state utilizzate queste apparecchiature per fotocopiare manifestini elettorali, questo era il problema e quindi per dimostrare che nel periodo pre elettorale sono state fatte molte più fotocopie che nel periodo ordinario, ho presentato questa interpellanza, alla quale credo che nella risposta il Presidente dovrebbe fare conoscere, al di là delle cifre, il suo pensiero, una sua direttiva nei confronti di tutti i destinatari da una parte che sono qui in Consiglio,

dall'altra di quelli che sono i comportamenti che dovrebbero essere posti in essere da uscieri o da personale a cui ci si rivolge.

Queste apparecchiature possono essere usate per questi scopi? Se la sua risposta è no, evidentemente la sua direttiva deve essere no, però lo si dica ufficialmente, perché se ci si nasconde solo e semplicemente dietro le disposizioni che prevedono che le spese delle fotocopiatrici siano a carico dei gruppi siamo perfettamente d'accordo, però ho fatto l'interpellanza per cercare di correggere una prassi distorta, e qui ho indicato in particolare l'Ufficio di Presidenza, di utilizzare le apparecchiature fotocopiatrici per campagna elettorale, quindi era su questo punto che mi sembrava dovesse esserci una risposta da parte del Presidente del Consiglio.

PRESIDENTE: L'unica cosa che il Presidente deve verificare è che tutte le fotocopie che vengono fatte vengano pagate, non posso verificare se viene più utilizzato il fotocopiatore in un periodo invece che in un altro, però prendo lo spunto - lei ha ragione - di raccomandare ai gruppi consiliari di non utilizzare i fotocopiatori del Consiglio in determinati periodi elettorali, ma è solo una raccomandazione, perché il capogruppo, avendo questa disponibilità, può utilizzare il fotocopiatore, purché le fotocopie vengano pagate. Non posso fare altro che una raccomandazione, perciò quello che è stato fatto è stato fatto nel rispetto della delibera dell'Ufficio di Presidenza, però faccio mia la sua raccomandazione: raccomanderò ai capigruppo che in determinati periodi elettorali... Inoltre queste raccomandazioni possono essere prese in considerazione, ma, ripeto, quando si pagano le fotocopie, non posso andare a verificare il contenuto di quel lavoro che il consigliere porta avanti. Penso di essere stato abbastanza chiaro.

Chiudiamo e faccio mia la raccomandazione.

PALERMO: ...Per la semplice considerazione che non è possibile dire che le spese è sufficiente che siano pagate, perché le spese per campagna elettorale non possono essere pagate dai gruppi, perché si tratta di pagare con denaro pubblico le spese di campagna elettorale...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Non usciamo dall'argomento! Lei sa, cons, Palermo, che oggi come oggi vengono messe a disposizione determinate strutture e determinate risorse per attrezzare e mettere il consigliere nella condizione di poter esercitare bene il proprio mandato. Se entriamo in questo argomento andremmo fuori tema, faccio mia la sua raccomandazione, eventualmente chiariremo, non ora, la possibilità di chiedere ai consiglieri, se i capigruppo sono d'accordo, di non utilizzare determinate strutture in un determinato periodo, ma questo è un discorso che dobbiamo fare nella Conferenza dei capigruppo. L'argomento è chiuso.

Procediamo con l'ordine del giorno, la mozione n. 13, presentata dai consiglieri regionali Bondi, Zendron e Benedetti, concernente la necessità di costituirsi

parte civile nei confronti di coloro che risultassero rinviati a giudizio per comportamenti penalmente perseguibili e lesivi nei confronti dell'Autostrada del Brennero.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Allora sospendo la mozione, poi mi comunicherà se questa mozione - anch'io la ritengo superata, visto che è stata presentata il 26 maggio 1994... In ogni modo lei ha la possibilità di riprendere l'argomento.

Abbiamo un'altra mozione, presentata dai consiglieri regionali Passerini, Alessandrini, Arena, Benedetti e Chiodi... E' stata ritirata.

Cons. Bondi, mi pareva che ci fosse la disponibilità a ritirare la mozione, visto che lei non era in aula.

BONDI: Quello che chiedevamo è già stato fatto, quindi per me può essere considerata ritirata.

PRESIDENTE: Lei è soddisfatto, ritira la mozione.

Passiamo al punto n. 13 dell'ordine del giorno, la **mozione n. 16**, presentata dai consiglieri regionali Benedetti, Chiodi e De Stefani, riguardante l'apertura di una casa da gioco in regione.

Il cons. Atz prima mi chiedeva di chiedere ai proponenti di poterla rinviare.

La parola al cons. Frasnelli.

FRASNELLI: Herr Präsident, unbeschadet des Vorschlages des Fraktionssprechers der SVP über den Fortgang der Arbeiten, erlaube ich mir ebenfalls in diesem Zusammenhang einen Gedanken in den Raum zu stellen, nämlich folgende Idee: Mir persönlich schiene es sinnvoll, angesichts der Verflechtungen negativer Art, die es rund ums Spielkasinos vor allen Dingen in diesem Staate gibt, daß die Regionalratsabgeordneten, die daran interessiert sind, eine Anhörung machen zum Thema "Die Spielkasinos in Italien und die Mafia" oder als "System der Mafia und des organisierten Verbrechens", daß dazu Personen wie der frühere Präsident der Antimafia, Violante, oder der Mafiaexperte Arlacchi oder andere meinetwegen Verantwortliche aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden von San Remo oder Saint Vincent eingeladen werden, damit man uns, die wir politische Entscheidungen dieser Art vorantragen wollen, einmal reinen Wein über diese angenommene oder nicht angenommenen Verflechtungen einschenkt. Ich wäre also sehr dafür, daß bevor das Hohe Haus sich für oder gegen so ein Thema ausspricht, man Experten in die Richtung anhört, wie ich es mir erlaubt habe kurz vorzubringen. Dies ist eine persönliche Ansicht, die nicht abgesprochen ist mit meiner Fraktion. Danke, Herr Präsident.

(Vizepräsident Peterlini übernimmt den Vorsitz)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Bitte schön, Abg. Atz.

ATZ: Ich möchte einen halben Schritt weitergehen: Nachdem es nicht fair wäre, heute bei dieser Anwesenheit von Kollegen ein so schwieriges Thema abzuhandeln, möchte ich beantragen, daß dieser Punkt ausgesetzt wird bzw. eben in der nächsten Sitzungsperiode behandelt wird.

PRÄSIDENT: Ich frage den Einbringer, den Herrn Abg. Delladio, was er zu diesem Ansuchen um Vertagung sagt. ...Abg. Delladio war der Änderungsantrag... Scusi. Abg. Benedetti, prego.

BENEDETTI: Ho capito, però non vorrei neanche vedere l'apertura di una casa da gioco solo ed unicamente come uguaglianza alla mafia o a dei movimenti sovversivi, penso sia un complemento naturale di una regione turistica come la nostra, quindi non sono dell'idea di trasportare questo punto. Gradirei che si andasse avanti e, se lei me lo concede, passerei alla lettura della mozione.

PRÄSIDENT: Wir möchten und müssen den Wunsch des Einbringers respektieren und somit bitte ich den Abg. Benedetti den Antrag zu lesen.

BENEDETTI:

MOZIONE

Apertura di una casa da gioco in regione

Nella regione Trentino-Alto Adige, grazie allo Statuto speciale di Autonomia, le competenze in alcuni campi sono primarie e sono così adattabili e compenetrabili nel tessuto locale in modo da poter soddisfare richieste specifiche ed indispensabili per l'ampliamento dello sfruttamento delle caratteristiche offerte dal nostro ambiente e dalla produzione locale, con conseguente miglioramento del tenore di vita ed aumento delle entrate disponibili anche per le istituzioni come i comuni, in modo sia diretto che indiretto.

L'argomento in oggetto, in specifica l'apertura di una casa da gioco **con criteri di alternanza stagionale fra due località**, si presta ad essere rivendicato a livello dello Statuto stesso di Autonomia indicandone, a sua difesa, l'articolo 107 come strumento previsto per la propria attuazione e quindi per regolare i rapporti fra la regione, da una parte, e lo Stato, dall'altra, nelle materie in cui le rispettive attribuzioni si intersecano.

Sussiste quindi l'esigenza di richiedere l'approvazione di una norma di attuazione che preveda l'autorizzazione o la partecipazione della regione ai provvedimenti in materia.

E' evidente che stanno velocemente maturando i tempi in cui, per la critica situazione economica generale e del bilancio dello Stato, vengono e verranno addossate alla regione ed alle province "competenze di spesa" e tagli sulle entrate.

La capacità e la fantasia di buoni amministratori, pertanto, deve indurre, proprio nel principio autonomista e federalista, a ricercare nuove fonti di entrata.

Osservato che in questi ultimi anni in Europa le aperture di case da gioco sono in aumento (vedi, per esempio la recente istituzione di Innsbruck, accanto a quella già esistente di Seefeld), ancora più numerose sono le richieste in tal senso in Italia che denotano un chiaro cambiamento di opinione rispetto a tali iniziative.

A questo proposito, si fa riferimento al fatto che nell'anno 1972 Arco e Merano stipularono una convenzione sul tema in attesa dell'accettazione di una loro domanda di apertura.

La nostra legislazione in materia è ancora "restrittiva", tale da produrre il caratteristico fenomeno conseguente della clandestinità, con trasformazione del gioco in un canale di finanziamento e di riciclaggio del denaro "sporco" proveniente da attività illecite.

Appare sempre più utopistica la pretesa di interdire ai nostri cittadini la possibilità di praticare il cosiddetto "gioco d'azzardo" poiché essi possono ormai recarsi con facilità in "territorio europeo".

La crescita del turismo internazionale rispetto alla domanda turistica in Italia risulta inversamente proporzionale. Infatti, mentre il turismo mondiale risulta il settore economico maggiormente in espansione, il nostro paese sta perdendo quota come destinazione dei turisti europei.

Si rende quindi necessario, con una certa urgenza, provvedere a reperire risorse che gli enti locali interessati possono destinare ad investimenti di pubblica utilità con evidente indotto turistico su tutta la regione. Altrimenti, le località europee viciniori continueranno, in quantità geometrica crescente, a costituire fonti di approvvigionamento, da tradurre in strutture turistiche, che per diretta concorrenza finiranno per toglierle, almeno in parte, alle nostre località.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della regione Trentino-Alto Adige chiede che il Governo, ai sensi dell'articolo 107 dello Statuto speciale di Autonomia, emani in materia, con sollecitudine, una norma di attuazione del seguente tenore:

Art. 1

La regione Trentino-Alto Adige è delegata ad istituire una casa da gioco, nonché a fissarne la collocazione territoriale ed i regolamenti per la sua conduzione, da gestire con il criterio di alternanza stagionale fra due città delle Province di Trento e Bolzano.

Il Consiglio della regione Trentino-Alto Adige impegna altresì il Presidente della Giunta regionale in carica

a formulare contemporaneamente, od al più presto, analoga proposta.

PRÄSIDENT: Abg. Benedetti, wenn Sie ihn erläutern möchten, haben Sie das Wort.

BENEDETTI: Mi sembra che il senso sia estremamente chiaro, la proposta di apertura di una casa da gioco non è tanto rivolta soprattutto alle nostre popolazioni, che sicuramente tra l'altro ne verrebbero escluse, perché è norma naturale che i residenti non possano parteciparvi, ma - come dicevo prima - è un'offerta estremamente vantaggiosa dal punto di vista dell'economia e del turismo, che può essere integrato con un'offerta che sicuramente al nostro mondo manca.

Penso che gli esempi che abbiamo intorno alle nostre regioni siano eloquenti, abbiamo giornalmente il passaggio di nostre popolazioni o del nord Italia verso Innsbruck e Seefeld per quanto riguarda l'Austria, ma non meno verso la Slovenia, dove le aperture delle case da gioco si susseguono dove si è anche inventato addirittura un treno, che parte da Torino e attraverso l'Italia arriva tutte le sere a Gorizia per dare modo ai giocatori italiani di cimentarsi al tavolo verde.

Penso che i tempi siano maturi per discutere senza pregiudizi su questo tema e perché il Governo decida in tal senso. Nella mia proposta propongo l'apertura di una casa da gioco con alternanza tra le due province, perché molti dei disegni di legge presentati in Parlamento andavano in questo senso, cioè di chiedere una casa da gioco per ogni regione e questo sembrava l'orientamento, se poi si vorrà decidere diversamente sono aperto anche a questa soluzione; ero andato anche su questa iniziativa del chiedere l'alternanza delle due province, perché già nel 1972 Arco e Merano avevano costituito una società assieme proprio per chiedere rispettivamente alla provincia, alla regione e allo stato l'apertura di una casa da gioco che potesse avere questa alternanza di 6 mesi nel Trentino e 6 mesi nell'Alto Adige.

I dati che ruotano attorno alle case da gioco naturalmente sono rilevanti: pensate che in questi giorni si sta dando una nuova licenza per il Casinò di Campione e la società che vincerà questo appalto dovrà versare una quota all'incirca del 70% degli incassi a favore del comune, quindi un incremento delle entrate di quel comune consistenti, che permetterebbero, come abbiamo avuto esempi negli stati che ci circondano, una notevole elevazione del processo turistico e quindi delle strutture turistiche che ruotano attorno ad esso.

Non penso nemmeno che sia il proibizionismo che ci porterà a risolvere tutti i problemi, nel mondo abbiamo esempi, ad iniziare da quello dell'alcool, seguito da

quello della droga, come a volte il proibizionismo incentivi il consumo di queste sostanze, anziché disincentivarlo, i dati forniti dal Ministero degli interni parlano chiaro e dicono che in Italia, per quanto riguarda i giochi autorizzati, parlo di totocalcio, lotto, ippodromi, casinò autorizzati, totip, lotterie e enalotto, ammontano a 8.327 miliardi l'anno, contro una stima, sempre del Ministero degli interni, per quanto riguarda i giochi vietati, quindi bische clandestine e toto nero, di 22 mila miliardi. Penso che abbiamo esempi anche in zona, ogni tanto le cronache giornalistiche portano dei rilievi che le nostre forze di polizia hanno scoperto delle bische clandestine e quindi con le conseguenti azioni penali nei riguardi di chi esercita questo tipo di funzioni.

Tenete altresì presente che nel gioco veniamo considerati, forse non coscientemente, degli scialacquatori o comunque dei maggiori contribuenti al gioco in senso generale in campo mondiale e questo lo dobbiamo sfatare, in quanto ci sono degli autorevoli dati che ci dicono, ad esempio, che il popolo americano investe il 18% del proprio reddito in gioco, contrariamente all'italiano che ne investe solo il 10%, o complessivamente gli europei il 12%, quindi siamo sotto anche alla media europea...

(Interruzione)

BENEDETTI: ...Non è che l'istituzione di una casa da gioco in più o in meno possa portare al disastro, chi ha voglia di rovinarsi trova modo di farlo a pochi chilometri da qui.

In tema di sicurezza: non ho interpellato le autorevoli firme che poc'anzi il cons. Frasnelli ci sottolineava per mettere insieme una conferenza o per capire meglio, ma ho interpellato i vertici delle nostre forze dell'ordine, che hanno operato, tra l'altro, in zone quali Venezia, dove esiste il casinò. Per le forze dell'ordine, è quasi un vantaggio avere un casinò nella zona, perché siamo tutti schedati, uno entra nella casa da gioco e consegna un documento, pertanto chi frequenta in modo assiduo la casa da gioco è controllato, schedato e quindi è un dato in più che le forze dell'ordine possono avere.

Penso di avere sufficientemente illustrato questa mia mozione, non penso - come dicevo prima - che dobbiamo nasconderci dietro falsi problemi, è un'istituzione che anche noi dovremmo calare sui nostri territori, economicamente è estremamente vantaggiosa, una località o una regione tipicamente turistica come la nostra penso non debba attendere oltre nel farsi idee chiare su questo tema. Grazie.

PRÄSIDENT: Bevor ich Abg. Delladio das Wort gebe - wir haben auch andere Redner auf der Rednerliste - möchte ich auf folgendes aufmerksam machen: Zum Antrag Benedetti ist zunächst einmal ein Abänderungsantrag Delladio, Benedetti, De Stefani, Chiodi eingereicht worden, der diesen ursprünglichen Antrag ersetzt. Somit - nachdem er die Unterschrift von Benedetti mit enthält - nehme ich an, daß damit der ursprüngliche Antrag im Artikel 1 ersetzt wird. Il punto 2 non viene modificato. Das heißt der zweite Punkt würde aufrechtbleiben.

Aber dann habe ich - er müßte jetzt noch übersetzt werden - einen Begehrensantrag im Sinne des Artikels 35 des Autonomiestatutes erhalten.

Unterschieden Moser, Bolzonello, Delladio und Benedetti. Also, ich nehme an auch mit dem Einverständnis des Einbringers, der den ursprünglichen Beschlußantrag ersetzt, daß der Antrag im Sinne des Artikels 35 des Statutes an das Parlament gerichtet ist.

Jetzt haben wir überprüft, ob es möglich ist die Dokumente zu ersetzen. Uns scheint es möglich zu sein, aber Sie müßten erklären, Abg. Benedetti, daß Sie die ursprünglichen Anträge zurückziehen erstens. Und zweitens müßten Sie uns Zeit lassen, das zu übersetzen. Wir können ohne weiteres in der Diskussion weitergehen, wenn Sie meinen, aber wenn Sie darauf bestehen, dann müßten wir zuerst die Übersetzung machen, weil in diesem Falle müßten wir dann unterbrechen oder abschließen.

Präsident Tretter ist zwar dagegen. Der Antrag ist in diesem Moment eingereicht worden. Also konnten wir es nicht vorher machen.

Aber zunächst einmal die Frage: Ziehen Sie mit diesem Begehrensantrag und mit Ihrer Unterschrift unter diesem Begehrensantrag die Unterschrift unter den Beschlußantrag zurück und auch unter dem Abänderungsantrag oder ziehen Sie die Dokumente zurück - besser gesagt.

BENEDETTI: Questa è una mozione datata 27 giugno, quindi ritengo che i consiglieri che gradivano ricevere informazioni sul tema avessero avuto tutti il tempo di poterlo fare, quindi non me la sento assolutamente di ritirare questa mozione...

(Interruzione)

BENEDETTI: Nella mozione ci eravamo appellati all'art. 107 dello statuto, che prevede l'emanazione di una nuova norma di attuazione in relazione a competenze già acquisite, su suggerimento dell'assessore competente Moser, che faceva notare come l'articolo al quale ci dobbiamo rivolgere sia l'art. 35 dello statuto speciale, in quanto non abbiamo competenza in materia, quindi ritengo questo Voto come emendamento al dispositivo della mia mozione e quindi ritengo giusto svolgere la discussione su questo.

PRÄSIDENT: Das gilt auch für den Abänderungsantrag Benedetti, Delladio usw. Nicht? Gut.

Jetzt frage ich also den Abg. Delladio, weil er der Erstunterzeichner des Abänderungsantrages ist, im Moment nur prozedurell: Sie haben einen Abänderungsantrag unterschrieben, den ich jetzt ersuchen würde, zurückzuziehen. Wollen Sie, daß wir über den Begehrensantrag reden, weil wir sonst mehrere Dokumente haben, Abg. Delladio? D'accordo.

Wir erachten den ursprünglichen Beschlußantrag und den Abänderungsantrag Delladio als zurückgezogen und arbeiten jetzt mit dem Begehrensantrag, aber jetzt müssen wir ihn übersetzen lassen.

Wenn Sie trotzdem weiterdiskutieren wollen, muß ich die Sitzung abschließen. Präsident Tretter hat mir zwar aufgetragen, in seiner Abwesenheit ja nicht die Sitzung zu unterbrechen, aber ich sehe mich außerstande, diesem Wunsch zu folgen. Er konnte auch nicht vorhersehen, daß dieses Problem auftritt. Gut, dann würde ich

sagen, daß wir die Sitzung für heute abschließen, um die Möglichkeit der Übersetzung zu gewährleisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit in dieser mühseligen Woche, die wir hinter uns haben und wünsche einen schönen Abend. Wir sehen uns wieder im Februar, wie programmiert am 14. Februar. Schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 16.59)

INDICE

INHALTSANGABE

Interrogazioni a risposta orale nn. 14, 16, 18, 26, 28, 30, 32, 35, 36, 37, 38, 40, 42, 46 e 47

Anfragen mit mündlicher Antwort Nr. 14, 16, 18, 26, 28, 30, 32, 35, 36, 37, 38, 40, 42, 46 und 47

Seite 1

pag. 1

Mozione n. 22, presentata dai consiglieri regionali Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori e Montefiori, concernente la Regione Trentino-Alto Adige e prospettive europee

Beschlußantrag Nr. 22, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Divina, Muraro, Vecli, Boldrini, Delladio, Tosadori und Montefiori betreffend die Region Trentino-Südtirol und die europäische Perspektiven

pag. 14

Seite 14

Mozione n. 26, presentata dai consiglieri regionali Benedetti, Vecli e Delladio, concernente la trasformazione dell'Unione Europea in Federazione Europea e la realizzazione del "piano Delors"

Beschlußantrag Nr. 26, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Vecli und Delladio betreffend die Umwandlung der Europäischen Union in eine Europäische Föderation und die Verwirklichung des "Delors-Plans"

pag. 18

Seite 18

Interpellanza n. 4, presentata dai consiglieri Taverna, Benussi, Bolzonello, Holzmann e Minniti

Interpellation Nr. 4, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Taverna, Benussi, Bolzonello, Holzmann und Minniti

pag. 46

Seite 46

Interpellanza n. 6, presentata dal cons. Palermo

Interpellation Nr. 6, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Palermo

pag. 54

Seite 54

Interpellanza n. 7, presentata dal cons. **Intepellation Nr. 7**, eingebracht vom
Palermo Regionalratsabgeordneten Palermo

pag. 63

Seite 63

Mozione n. 16, presentata dai consiglieri regionali Benedetti, Chiodi e De Stefani, riguardante l'apertura di una casa da gioco in regione.

Beschlußantrag Nr. 16, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Benedetti, Chiodi und De Stefani über die Errichtung eines Spielkasinos in der Region.

pag. 66

Seite 66

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

| | | |
|---|------|-------------------|
| KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol) | pag. | 2-6-7-9-28 |
| PAHL Franz (Gruppo Südtiroler Volkspartei) | " | 2-7-11-28-37-39 |
| PASSERINI Vincenzo (Gruppo La Rete) | " | 10-11-14 |
| DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Trentino) | " | 16-20 |
| BENEDETTI Marco (Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.) | " | 18-23-67-69-71 |
| LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen) | " | 19-28-31 |
| FRASNELLI Hubert (Gruppo Südtiroler Volkspartei) | " | 24-25-66 |
| ALESSANDRINI Carlo (Partito Democratico della Sinistra) | " | 32-34-35 |
| BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol) | " | 35 |
| ZENDRON Alessandra (Gruppo Verdi - Grüne - Vërc) | " | 35 |
| BOLZONELLO Marco (Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale) | " | 36-37-38-39-41-45 |
| MESSNER Siegfried (Gruppo Südtiroler Volkspartei) | " | 41 |
| PALERMO Carlo (Gruppo Misto) | " | 46-54-62-63-65 |

| | | |
|--|------|----------|
| TAVERNA Claudio (Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale) | " | 47-48-52 |
| CASAGRANDA Sergio (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese) | " | 50-54 |
| BONDI Mauro (Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.) | pag. | 66 |
| ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei) | " | 67 |